DIE MONATSZEITUNG FÜR SELBSTORGANISATION

CONTRASTE

POSTFACH 10 45 20 – 69035 HEIDELBERG
TELEFON 0 62 21 – 16 24 67

176 16. JAHRGANG Mai '99 8,00 DM

AUS DEM INHALT:

MEDIEN

Pünktlich zu ihrem 23. Geburtstag stellte im Februar die in Frankfurt erscheinende »az – andere zeitung« ihr Erscheinen ein. Die Rhein-Main-Stadtillustrierte hatte Ausgaben in Frankfurt, Darmstadt, Mainz und Wiesbaden. Die Hintergründe der Einstellung der selbstverwalteten az und ein Überblick über die eigentlich »erfolgreiche Geschichte« der Stadtillustrierte auf Seite 3.

NEWROZ 1999

Anläßlich des diesjährigen Newroz-Festes gab es in der Türkei und in Türkisch-Kurdistan die größten Aufstände gegen die Regierung seit Jahren. Die Sicherheitskräfte reagierten mit militärischer Gewalt. Ein Bericht einer Delegation aus Schleswig-Holstein, die über zwei Tage in Polizeigewahrsam festgehalten wurde auf Seite 4.

BOLO 'BOLO

Seit fast 20 Jahren schreibt der Schweizer Autor p.m. Romane und Pamphlete. Er ist Ideengeber für Kommune- und Genossenschaftsmodelle und Sience-Fiction-Autor. Im Juni kommt er nach Berlin – CONTRASTE ist Mitorganisatorin für die geplanten Veramstaltungen. Seite 5

TOMMY-WEISSBECKER-HAUS

In Berlins künftiger Protokollstraße steht das Tommy-Weissbecker-Haus, das allein schon durch das bunte Wandgemälde heraussticht, mit der gemütlichen Kneipe »Linie 1«. In dieser Straße sollen demnächst, wenn Berlin Regierungssitz ist, die Staatskarossen ihre Runden drehen und die Sicherheitsplaner haben das Haus schon als Gefahrenpotential ausgemacht. Ein Blick auf »26 Jahre leben mit Repressalien« auf Seite 6.

JUGOSLAWIEN

»Wir halten Massenmord – egal wo – für bekämpfenswert!«, so die Reaktion eines Fairsicherungsladen aus dem Ruhrgebiet auf unsere letzte Ausgabe, verbunden mit der Kündigung ihrer beiden Abos. Das zeigt, wie schwierig es ist, der Kriegsberichterstattung der bürgerlichen Medien etwas entgegenzusetzen. Es gab aber auch viel Lob zu unserem Versuch, sich mit dem Thema auseinanderzusetzen. Das hat uns darin bestärkt, in dieser Ausgabe weitere Hintergrundberichte zu dem schon länger schwelenden Konflikt auf dem Balkan abzudrucken. Alle Beiträge hinterfragen den unserer Meinung nach vorgeschobenen Grund der NATO, humanitäre Grundlagen herbeizubomben.
Ausgesucht haben wir Beiträge von Noam Chomsky, Robert Kurz und eine Dokumentation eines Textes aus der Basler Zeitung vom 24./25. April 1999.
Seite 10 bis 13

www.nadir.org/nadir/periodika/contraste

LEBEN IN GEMEINSCHAFT

Wohnprojekte auf dem Lande

Redaktion Bremen / Götz Paschen »Together is' bässä«, so sagen die Hessen. Die Finkenburg (Foto) ist eines der älteren Wohnprojekte in der Region Bremen/ Nordniedersachsen. Wir porträtieren in dieser Ausgabe fünf Beispiele gemeinschaftlichen Wohnens aus dieser Region und zusätzlich die »Meuchefitzer Gasthof und Werkstätten GmbH« aus dem Wendland. Die vorgestellten Projekte haben noch Raum frei für neue Bewohner/innen. Eine Chance für alle, die ihrem Leben eine neue Richtung geben wollen.

Finkenburg Foto: Birgit Ahlswe

Der ehemalige Hof des Bauern Rathjen in Hagen-Grinden ist das dritte Projekt der »AllerWohnen e.G.«. Diese regelt die Finanzierung der Projekte, die staatliche Rendite und die Einnahmen der Mieten. In dem Hagener Hof wohnen bis jetzt sieben Erwachsene und drei Kinder, bis zum Jahr 2001 soll sich die Anzahl der Bewohner auf zwanzig erhöhen.

Die Geschichte der *Scheeßeler Mühle* reicht bis vor die Zeit des 30-jährigen Krieges zurück. Das Anwesen war ursprünglich im kirchlichen Besitz und nach dem Krieg konnte der Müller die Mühle eigenständig bewirtschaften. Im Laufe der Zeit kamen weitere Wirtschaftszweige hinzu. Birgit Müller-Scheeßel kam vor 34 Jahren auf den Hof. Anfang der 80er Jahre gab die Familie die Landwirtschaft auf und die Ländereien sind seitdem verpachtet. Mit einer Zeitungsanzeige Anfang der 90er Jahre »Suche Menschen für alternatives Wohnprojekt« machte sich das Ehepaar daran, ihre Idee eines Gemeinschaftsprojektes in die Tat umzusetzen.

Der *Weidenhof* im Rieper Moor bei Schneverdingen wird seit 1973 nach den Prinzipien des biologisch-dynamischen Landbaus bewirtschaftet. 1995 wurde der Hof von einer Betriebsgemeinschaft übernommen, die seitdem ein vielseitiges Konzept neben der Landwirtschaft betreibt.

Der Verein *Bremer Beginenhof Modell* hat sich zum Ziel gesetzt, zukunftsweisende Wohn- und Arbeitsgemeinschaften für Frauen zu schaffen, nach dem Vorbild der Beginenhöfe im Mittelalter. Ein erstes Projekt in Fischerhude ist nach ersten Verhandlungen gescheitert, ein zweites Projekt in Dörverden ist in Planung. In Dörverden handelt es sich um einen Gebäudekomplex aus dem 17. Jahrhundert.

Die *Finkenburg* wurde 1989 von sechs Studenten ersteigert. Ihr Anliegen war es, dort über das gemeinsame Wohnen hinaus eine Lebensgemeinschaft zu führen. Sie gründeten eine Kommune mit einer gemeinsamen Kasse und gemeinsamen Arbeitsprojekten. Der nächste Nachbar lebt einen Kilometer entfernt. Auf der Höhe von Achim-Uesen, auf der linken Weserseite, liegt ziemlich abgeschieden, die *Finkenburg*. Die Hofstelle existiert seit 1590 und der damalige Bewohner Finkenborg gab ihr seinen Namen.

Das Projekt *Meuchefitz* ist über die Grenzen des Landkreises Lüchow-Dannenberg hinaus als Kristallisationspunkt des Widerstands gegen die Atomanlagen in Gorleben bekannt. Das Tagungshaus mit Kneipe, Restaurant und landwirtschaftlichem Betrieb blickt auf eine wechselvolle fast 20jährige Geschichte zurück, an der nicht mehr und nicht weniger als 60 Menschen beteiligt waren. Aktuell sind es drei Personen, die das Projekt bewirtschaften und nun das Projekt an eine neue Gruppe übergeben möchten.●

Schwerpunktthema auf den Seiten 7 bis 9

D 8008

00.1371 363 001 ##
Ute Barwig
Gabelsberger Str. 3
D-63225 Langen

»VIETNAM VETERANS AGAINST THE WAR« VOR DEM HEIDELBERGER NATO-HAUPTQUARTIER

Wer Widerstand leistet, ist der wahre Held!

Unter dem Motto »Stoppt die Bombardierungen! – Nein zum Krieg gegen Jugoslawien!« fand am 24. April eine Demonstration zum Nato-und US-Hauptquartier statt, an der sich ca. 600 KriegsgegnerInnen beteiligten. Aufgerufen hatten das Heidelberger Bündnis »Stoppt die NATO – Nein zum Krieg!«, das Friedensplenum Mannheim und das Friedensbündnis Karlsruhe. Neben weiteren RednerInnen (siehe Kasten Seite 10) sprach auch Dave Blalock, Mitglied der »Vietnam Against The War« vor dem Hauptquartier, dessen beeindruckende Rede wir nachfolgend dokumentieren:

»Seit einem Monat bombardiert die NATO Jugoslawien mit ihren Massenvernichtungsmitteln, Tag für Tag. Und Tag für Tag und Stunde für Stunde bombardieren die NATO-gesteuerten Medien seit einem Monat die Völker der Welt mit den Bildern der Kosovo-Flüchtlinge und den Berichten von den »Ethnischen Säuberungen«, die die Serben durchführen.

Natürlich ist das Elend der Menschen im Kosovo entsetzlich, für jeden Betrachter. Aber wenn ich die Krokodilstränen sehe, die Leute wie Bill Clinton, Tony Blair, Chirac, Joschka Fischer, Schröder, Scharping, General Clark und alle anderen NATO-Imperialisten vergießen, die sich heute für die neue »Mutter Teresas« der Welt ausgeben, dann wird mir übel. Glaubt mir, nichts ist schlimmer als die Tränen des Krokodils, das sein Opfer herunterwürgt.

Sie sagen, sie wollen den Menschen im Kosovo beistehen gegen die »ethnischen Säuberungen«, aber das ist gelogen. Die Menschen im Kosovo sind denen egal. Das sind nur Spielfiguren, mit denen sie momentan ihre Verbrechen an allen Völkern des Balkan rechtfertigen wollen. Woher weiß ich das? Sind wir doch realistisch.

Wo waren die Mutter Teresas von der NATO, als letztes Jahr die USA Raketenangriffe auf Afghanistan und eine Pharmafabrik im Sudan flog? Nichts hat man da gehört, gar nichts.

Was tun die Mutter Teresas von der NATO heute gegen die gewaltige humanitäre Krise im Irak? Schaut es Euch doch an. Seit dem Ende des Golfkriegs vor acht Jahren sind eine Million Menschen, darunter 700.000 Kinder, gestorben. Das waren keine natürlichen Todesursachen. Die sind an den Sanktionen der USA und der UN gestorben, weil sie keine Lebensmittel und keine Medikamente bekommen haben. Im Mai '96 beantwortete in einer Fernsehsendung über die Sanktionen gegen den Irak die Außenministerin Madeleine Albright folgende Frage: »Eine halbe Million Kinder sind gestorben, mehr als in Hiroshima. Ist dieser Preis gerechtfertigt?« Mit Todeskälte in der Stimme sagte sie: »Ja, das ist es uns wert.« Heute vergießt sie verlogen ihre Krokodilstränen über das leid im Kosovo und gelobt, Serbien auf die Knie zu bomben.

Der NATO sind »humanitäre« Krisen so was von egal. Wenn das nicht so wäre, dann würden sie doch die Sanktionen gegen den Irak abschaffen.

Warum verlangen die Mutter Teresas von der NATO nicht von der türkischen Regierung, daß Schluß sein muß mit der brutalen ethnischen Säuberung der kurdischen Minderheit, die seit Jahren dort abläuft? Da sind an die 40.000 Menschen umgekommen, und eine Million Kurden wurden in der Türkei aus ihrer Heimat vertrieben.

Warum zwingen die Mutter Teresas von der NATO nicht die von den USA unterstützte israelische Regierung zur Beendigung der ethnischen Säuberung, deren Opfer seit 50 Jahren die PalästinenserInnen sind? 750.000 PalästestinenserInnen im Nahen Osten leben immer noch in Flüchtlingslagern. Da sagen die Heuchler von der NATO nichts dazu.

Fortsetzung auf Seite 10

OFFENER BRIEF

zum Beitrag von Burghard Flieger: »Genossenschaftsgründungen mit Kombilohn« in CONTRASTE, April 1999

Lieber Burghard,
ich finde Deine Studie interessant, weil mich die Frage kollektiver Existenzgründungen von Erwerbslosen auch schon länger beschäftigt. Aber warum mußt Du dafür ausgerechnet das neoliberale Lohndrücker-Modell des Kombilohns verwenden? Damit wird eine untertariflicher Bezahlung schleichend eingeführt. Erstmal fällt das ja nicht so auf, weil die Leute den fehlenden Lohn vom Staat bekommen, in Form des Kombilohns. Und immerhin ist die Genossenschaft ihre eigene Firma. Aber wenn ein Kombilohn eingeführt wird, dann hat das Auswirkungen auf den gesamten Arbeitsmarkt, und trifft ebenso ArbeiterInnen und Angestellte in kapitalistischen Unternehmen. Tarifliche Bindungen werden damit ausgehöhlt. Und wenn dann vielleicht irgendwann kein Geld mehr da ist für den Kombilohn, dann ist das Problem individualisiert. Entweder ist eineR bereit, zum Niedriglohn zu arbeiten, oder nicht.

Wozu dieser Kombilohn? Es gibt schon heute Arbeitsförderungs-Programme, die Lohnzahlungen subventionieren, z.B. Beschäftigungshilfe für Langzeitarbeitslose (BHI) oder Strukturanpassungsmaßnahmen (SAM) für Wirtschaftsbetriebe gem. SGB III. Diese Fördermittel werden den ArbeitgeberInnen für die Einstellung von Langzeitarbeitslosen gezahlt, und könnten ebenso von Produktivgenossenschaften beantragt werden. Dabei bleibt die Höhe der Löhne, die das Unternehmen - ob kollektiv oder kapitalistisch – zu zahlen hat, bestehen. Durch die Zuschüsse sinken jedoch die Lohnkosten, ebenso wie beim Niedriglohn mit Kombilohn-Aufstockung. Die Frage der Lohnhöhe bleibt aber weiterhin kollektiv verhandelbar, es ist keine Aushöhlung tariflicher Vereinbarungen erforderlich.
Auf dem Kongreß »Anders arbeiten – oder gar nicht?!« in Berlin (mehr darüber in der nächsten CONTRASTE) wurde im Rahmen des verabschiedeten »Berliner Frühlingspapiers« ganz klar gefordert, daß für alle geförderten Arbeitsplätze der volle Tariflohn gezahlt werden soll. Ich finde es schade, wenn Leute aus »unseren« Zusammenhängen lieber ins neoliberale Horn stoßen.

Elisabeth Voß, April 1999, Berlin

CONTRASTE ZUR HÄLFTE ÜBER DEN BERG

Auf dem Weg ins neue Jahrtausend

Einiges von dem, was unser Redaktionsplenum Anfang Februar beschlossen hatte, um die Entwicklung der heranwachsenden Zeitung zum Erwachsenendasein im Jahre 2000undx zu ebnen, wurde umgesetzt. Jedoch CONTRASTE ist noch nicht über den Berg.

von Dieter Poschen, Redaktion Heidelberg ● Unserem Ziel, das Anwachsen unserer Verschuldung zu stoppen, sind wir wieder etwas näher gekommen. Noch 4.000 DM fehlen uns, um das zu erwartende Defizit von ca. 10.000 DM in diesem Jahr auszugleichen. Mehreinnahmen von 6.000 DM verdanken wir unseren AbonnentInnen, von denen sich seit November vergangenen Jahres 29 entschließen konnten, Mitglied im CONTRASTE e.V. zu werden. Auch kleinere und größere Spenden haben dazu beigetragen. Wir hoffen, daß wir bis zum Jahresende noch die verbliebenen 40% schaffen (Coupon für die Fördermitgliedschaft siehe unten – Spendenkonto: Volksbank Bergstraße, BLZ 509 601 01, Kt.-Nr. 64076).

Leih- und Schenkungsgemeinschaft CONTRASTE

Für die Tilgung bereits bestehender Schulden und zur Finanzierung technischer Neuerungen wurde im ersten Schritt die »Leih- und Schenkungsgemeinschaft CONTRASTE I« gebildet. 21.500 DM konnten aus dem Redaktionskreis und durch Einzelpersonen aufgebracht werden. Jedoch ist das erst knapp die Hälfte der Summe, die benötigt wird, um das Projekt endgültig zu entschulden.

Die »Leih- und Schenkungsgemeinschaft CONTRASTE II« ist jetzt in Vorbereitung und wir bitten Leute, Projekte und Betriebe, die sich vorstellen können über 48 Monate einen monatlichen Beitrag zwischen 20 und 80 DM für CONTRASTE anlegen zu können, um Rückmeldung. Unterlagen hierzu können bei der Heidelberger Redaktionsanschrift angefordert werden.

CONTRASTE wird 15...

Das in der Februar-Ausgabe angekündigte Riesenereignis zum 15jährigen Geburtstag der CONTRASTE wird voraussichtlich nicht in dieser Form stattfinden können. Geplant war eine gemeinsame Feier mit den JubilarInnen ASH-Krebsmühle (21 Jahre), dem Verband der selbstverwalteten Betriebe Hessen (20 Jahre) und eventuell auch mit dem Energiespartrendsetter Wagner & Co (20 Jahre). Seit einem ersten gemeinsamen Vortreffen Anfang März hatte sich aber nichts mehr weiterentwickelt und wir gehen davon aus, daß die geplante Feier im August 1999 ausfallen wird. Das gilt auch für den von uns zu diesem Zeitpunkt geplanten »Internationalen Frühschoppen« mit verschiedenen JournalistInnen aus verschiedenen Ländern zu Frage der »neuen sozialen Bewegung« im neuen Jahrtausend. Unser nächstes Redaktionsplenum (s.u.) wird sich mit der weiteren Planung beschäftigen.

Verschoben werden muß leider auch die für den Juni angekündigte Podiumsdiskussion zum Thema »Neue Arbeit«, da der Redaktion Hamburg mitten in der Vorbereitungsphase zur Veranstaltung die gerade angemieteten Redaktionsräumlichkeiten gekündigt wurden.

Auf nach Köln !

Von Ende Mai bis zum 20. Juni 1999 ist einiges los in Köln (Näheres dazu siehe Kasten zum Gegengipfel auf dieser Seite bzw. CONTRASTE Februar bis April). Vom 17. bis 18. Juni 1999 findet in Köln der »Alternative Weltwirtschaftsgipfel« als Gegenkongreß zum G7-Treffen statt. CONTRASTE plant auf dem Alternativgipfel einen Informationsstand, an dem sich mehrer Redaktionen beteiligen. Wir hoffen viele unserer LeserInnen dort zu treffen. Im Anschluß, d.h. am 18. Juni ab 18 Uhr, findet in den Räumen des INA bei der Sozialistischen Selbsthilfe Mülheim das CONTRASTE-Redaktionsplenum statt, zum dem wir Euch herzlichst einladen möchten. Das Plenum wird am Freitagabend (openend) und am Samstagvormittag tagen. Samstagmittag wollen wir an der geplanten Demonstration teilnehmen und uns anschließend, je nach Teilnahme, noch zu einem Gedankenaustausch treffen.

Unsere Tagesordung sieht folgendes vor:
- Finanzen
- Schwerpunktplanung
- CONTRASTE allgemein
- CONTRASTE-Veranstaltungen
- BUNTE SEITEN 2000
- LeserInnenreise zur Jahreswende 1999/2000

Über Anmeldungen von Leuten, die einfach mal die Redaktionen beschnuppern wollen, würden wir uns freuen (bis zum 30.5.99). Bitte wendet Euch an die Heidelberger Re-

17./18. JUNI 1999

Alternativer Weltwirtschaftsgipfel

vorläufiges Programm (30.03.99)

Forum I Migration (17.6)
Panel 1
»Wir sind hier, weil ihr dort seid« 10:30 bis 12:30
Diskussion mit Videoclips
Die Biographien von MigrantInnen zeigen: Der globalisierte Kapitalismus [illegible] die Lebensumstände derart verschlechtert, daß immer mehr Menschen vertrieben bzw. zur Flucht gezwungen werden.
Mit Theophilus E. Osezua (The Voice), N.N. (Vertreter des Wanderkirchenasyl), Aurora Pelaja (Maquila Beschäftigte, Mexiko) u.a.

Panel 2
Abschiebung bricht Menschenrecht
14:00 bis 16:00
In der Festung Europa sitzen tausende Menschen in Abschiebehaft. Eingesperrte und Illegalisierte resignieren aber nicht, sondern entwickeln Widerstand.
Mit Madjiguène Cissé (sans papiers), Osaren Igbinoba (Karawane der Flüchtlinge und MigrantInnen), Vertreter von SOLATINA u.a.

Panel 3
Viele Wege zu einem Ziel?!
16:00 bis 18:00
Diskussion mit Plenumsbeteiligung.
Weltweit verteidigen Menschen ihre Menschenwürde und setzen sich gemeinsam in Bewegung. Haben unsere Visionen die Kraft Alternativen zu entwerfen?
Mit allen bis dahin vertretenen Podiumsteilnehmern.

Forum II Zukunft der Arbeit (17.6.)
Das allgemeine Ziel dieses Forums liegt darin, im Ausgang von einer Analyse der postfordistischen Transformation des Kapitalismus Grundrisse emanzipatorischer Gegenstrategien und gesellschaftlicher Alternativen zu (re)konstruieren. Ein besonderer Akzent ist auf emanzipatorischen Perpektiven aus den Ländern des Südens sowie der ehemals staatssozialistischen Länder zu legen.

Panel 1
Jenseits der Lohnarbeit? Die Perspektiven der Metropolen.
10:30 bis 12:30
Mit Yann Moulier Boutang (Frankreich), Paolo Virno (Italien), Georg Zinn (Deutschland), Joachim Hirsch (Deutschland) u.a.

Panel 2
Jenseits der Lohnarbeit? Die Perspektiven der Peripherie.
13:30 bis 15:30
Mit Boris Kagarlit[illegible] (Russia), Farida Akther (Bangla Desh), Silvia Fedric[illegible]A), Neville Alexander (RSA) u.a.

Panel 3
Ethos, Utopie und Ideologie der Arbeit
16:00 bis 18:00
Mit Christa Wichterich (NRO-Frauenforum), Alex Demirovic (Deutschland), Fra[illegible]Berardi (Frankreich) u.a.

Forum III (17.6)
Für eine andere Weltwirtschaft

Panel 1
Business ohne Grenzen? Welthandel, Auslandsinvesti-tionen und Kontrolle der TNC's
10:30 bis 12:30
Mit Sunita Narain (Centre for science & environment, Indien), Martin Khor (Third World Network, Malaysia), Jessica Woodroffe (World Development movement, UK), Charles Arden Clarke (WWF international, Schweiz) Moderation: Myriam Vander Stichele (Trans National Institute, NL)

Panel 2
Die Macht der Finanzmärkte brechen
14:00 bis 16:00
Mit François Chesnais (Universität Paris), Suzanne de Brunhoff (CNRS, Frankreich), Jörg Huffschmid (Uni Bremen), Kevin Watkins (Oxfam international, UK).
Moderation: Martina Metzger (FU Berlin)

Panel 3
(De)Regulierung der Weltwirtschaft – Demokratische Alternative zum Neoliberalismus
16:30 bis 18:30
Mit Candidou Grzbowski (ibase, Brasilien), Susanne Lütz (MPI Köln), Susan George (Autorin, Frankreich), Michel Chossudovsky (Universität Ottawa).
Moderation: Peter Wahl (WEED)

Abschlußdiskussion:
Jenseits des Neokeynesianismus
Mit Walden Bello (Focus on the Global South, Thailand), Vandana Shiva (Trägerin des Alternativen Nobelpreises, Indien), Alain Lipietz (CEPREMAP, Frankreich).

Abschlußtag – Plenum (18.6.)

Orientierungsreferat: Elmar Altvater (FU Berlin) 9:30

Panel 1
Zurück in die Zukunft? Perspektiven neokeynesianischer Reformalternativen
10:30 bis 12:30
Mit André Gorz, Lori Wallach (USA), Walden Bello (Focus on the Global South, Thailand)

Panel 2
Veränderung kommt von unten. Neue strategische Ansätze und Akteure?
14:00 bis 16:00
Mit Boris Kagarlitzky, VertreterIn der EZLN (Mexico), Pat Horn (RSA).

Panel 3
Es genügt nicht die Welt zu interpretieren Wege, Strategien, Allianzen
17:30 bis 19:00
Mit Martin Khor (Third World Network, Malaysia), Detlev Hensche (IG Medien), Frieder Otto Wolf (MdEP)

Abschlußdiskussion
20:00 bis 21:30
Mit Pierre Bourdieu (Universität Paris) , Madjiguène Cissé (Sans papiers, Frankreich) und Wole Soyinka (Literaturnobelpreisträger, Nigeria)
Moderation: Angelika Zahrnt (BUND)

Ort: VHS Köln

Weitere Informationen bei:
WEED, Bertha-von-Suttner-Platz 13,
D-53111 Bonn, Tel: (02 28) 76 61 30,
Fax 69 64 70
e-mail: weed@weedbonn.org

JETZT CONTRASTE FÖRDERN !

- O Tut mit leid, aber ich bleibe weiterhin AbonnentIn...
- O Ich werde Fördermitglied bei CONTRASTE – Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie, dafür erhalte ich CONTRASTE jeden Monat umsonst.
- O Mein Mitgliedsbeitrag beträgt ..... DM pro Jahr.
  (mindestens 120,– DM für Einzelpersonen, mindestens 300,– DM für juristische Personen)
- O Schickt mir erst mal Eure Satzung.
- O Ich bin bereits CONTRASTE-AbonnentIn und kündige mit dem Eintritt in den CONTRASTE-Verein mein Abo.

Name, Vorname _____

Straße _____

Wohnort _____

Datum _____ Abo-Nr.: _____

Unterschrift _____

Coupon ausschneiden und einsenden an: CONTRASTE e.V.· Postfach 10 45 20 · D-69035 Heidelberg

KLEINE STATISTIK:

Nach der Schnellproduktion wegen des Jugoslawienkonfliktes im April nun wieder der aktuelle Stand zu unserem Aufruf, mitzuhelfen, um das zu erwartende jährliche Defizit in Höhe von 10.000 DM zu veringern. Erfreulicherweise haben sich sieben AbonnetInnen dazu entschließen können, dem CONTRASTE e.V. beizutreten:
- Ulenspiegel Druck- und Verlag GmbH, Andechs (500 DM)!
- Der Reinighof, Bruchweiler (300 DM)!
- Kurt Fichtner, Hofgemeinschaft Laakenhof, Beckum (120 DM)
- Christine Hauge, Neustadt an der Weinstraße (120 DM)
- Ralf Fuhrmann, Holzminden (120 DM)
- Alwin Baumert, Weigendorf (120 DM)
- Klaus-Dieter Eickhoff, Jena (120 DM)

Vielen Dank, die neuen Mitgliedsbeiträge ergeben 1.040 DM an Mehreinnahmen.
Erfeuliches gibt es von unserem Spendenkonto zu vermelden:
- Nico Reiner Schindler, Mannheim (200 DM)
- Heinz Weinhausen, Köln (100 DM)
- Björn Toelstede, Bodenwerder (20 DM)

Herzlichen Dank!

Neue Abos machen einen Mehrbetrag von 480 DM aus. Im Ergebnis sind das Mehreinnahmen von 1.840 DM.

Wie immer blieben auch Kündigungen nicht aus. Fünf Abos wurden gekündigt. Das ergibt Mindereinnahmen von 400 DM und bereinigt einen Mehrerlös von 1.440 DM. Bis zum Erreichen unseres Zieles, zumindest zukünftig die jährlich auftretende Deckungslücke von 10.000 DM zu schließen, fehlen uns noch **3.904 DM**. Wir hoffen auf weitere neue Fördermitgliedschaften, Spenden bzw. neue Abos und werden in der nächsten Ausgabe wieder über den neuesten Stand berichten.

Also: Bitte kündigt Eure Abos und werdet Mitglied im CONTRASTE e.V.!●

dp

ANDERE ZEITUNG FRANKFURT: ERSCHEINEN EINGESTELLT

Fliegen trotz Flauten

Februar 1999: Pünktlich zum 23. Geburtstag stellte die az-andere zeitung, ihr Erscheinen ein. Pünktlich zum 23. Geburtstag der ersten Stadtillustrierten in Rhein-Main verabschiedete sich Rot-Grün aus der Regierungsverantwortung in Hessen, wenig später sagt Oskar Lafontaine nicht »Salü« sondern »adios«; der Rücktritt der EG-Kommission – überfällig. Die »taz« verabschiedete sich bei tausenden von Lesern. Erstmals rutschte sie im Quartal IV/98 bundesweit unter 50 000 verkaufte Exemplare. Adieu »az«. In den Abschiedsreigen reihte sich nahtlos die Rhein-Main-Stadtillustrierte ein. Wen interessiert das alles noch, wo von deutschem Boden wieder Krieg ausgeht?!

Von Willi Hau aus Frankfurt

Klau-schau-wem

Pommes sind nicht mit Grünkern-Bratlingen zu vergleichen. Wo dieser Abschied Freude auslöst, kommen einem bei jenem echte Tränen. Gewiß. az-Rhein-Main-Stadtillus und ihre Ausgaben für Frankfurt, Darmstadt, Mainz, und Wiesbaden: Mit dem allgemeinen gesellschaftlichen Wandel geht ein Strukturwandel der Öffentlichkeit mit Auswirkungen auf den gesamten Mediensektor einher. Neue Medien drängen Publikumszeitschriften und Tageszeitungen zurück. Letztere sanieren ihre Orientierungskrisen und drastischen Auflagenverluste zu Lasten von Stadtillustrierten. Tägliche Programmkalender, vermehrte lokale Kulturberichterstattung, TV + Hörfunkprogramme, verstärkte regionale Berichterstattung, Lifestyle-Themen, News aus dem »urban dschungel« – originäre Nutzenelemente klassischer Stadtillustrierten sind mittlerweile integraler Bestandteil von Tageszeitungen und machen mit dem Wettbewerbsvorsprung »Tagesaktualität« kleine independent Monatsblätter schlichtweg überflüssig. Will nicht heißen, daß es für eine »andere« Presse keine erträgliche Nische gäbe. Trotz rasant zunehmender Faktenüberflutung in Rhein-Main mit seinen »lächerlichen 2,8 Mio« und Frankfurt mit seinen mickrigen 600.000 Einwohnern durch: kostenlose Kleinanzeigenzeitungen, billige TV-Programme, neun Tageszeitungen, Sonntagszeitungen, zwei Stadtillus, ca. vierzig Anzeigenblätter, HR & SWR, Sat1, RTL, FFH, Radio X, Radio Darmstadt, Offener Kanal Offenbach, K2R Rüsselsheim, und ein Internet im Aufbruch. Rhein-Main ist hoffnungslos Info-überflutet. Nirgendwo im Lande ist der Kampf um 1/16 Seite Anzeige so hart wie hier.

Community-Organizer

Neue unabhängige lokale und regionale Printmedien werden sich publizistische Konzepte suchen müssen, die zumindest für einige Jahre wieder Alleinstellung haben. Dies bedarf auch neuer Vermarktungsformen. Der Kapitalbedarf ist ungleich höher als vor 23 Jahren und erfordert ein zukunftsträchtiges wirtschaftliches Konzept das traditionelle Selbstverwaltungselemente mit neueren Ansätzen mischt: Verlage als Community-Organizer, Informationsdienstleister, die für »ihre« Communities unterschiedlichste mediale Wege organisieren und Navigationshilfen für neue Welten und Sub-Welten liefern. Der Begriff »Community« verlangt Neudefinition. **Gesellschaftliche Milieus jenseits von Parteien, die öffentlich eine entschieden humane, soziale, gerechte, ökologische Welt diskutieren und provozieren, müssen sich in numerisch ernstzunehmenden Größen erst wieder bilden, um aus sich heraus informell wie ökonomisch »andere Medien« zu schaffen und zu tragen.** Altersschichten zu focusieren reicht so wenig aus wie kurzlebige »Szenen« anzuvisieren. Der gesellschaftliche Wandel ist dynamisch, schnell, alters-, berufs-, und bewußtseinsunabhängig, nicht länger eingrenzbar: Wer hätte gedacht, daß der gesellschaftliche Konsens »Nie wieder Krieg«, sich in den letzten Jahren unbemerkt schleichend derart aushöhlt, sich innerhalb weniger Stunden ohne Massendemonstrationen oder Generalstreik verflüchtigt, sich politisch-ethisch dermaßen entwertet? Wo blieben die Gewerkschaften? Ortswechsel: Wo bleiben die Entwürfe gegen Globalisierung und hemmungslose Deregulierung? Dimension Zukunft: Politische und kulturelle Zielsetzungen müssen bis in die Details aller Lebens- und Arbeitsbereiche modifiziert werden. »Andere« Printmedien, die neu starten, müssen alte, zwanghafte »Standarts« und Zwänge hinterfragen: Feste »Periodizitäten«, »statisches Erscheinungsbild«, »einheitlicher Preis für jede Ausgabe«, »Vertriebssyteme: radikale Senkung von Remissionen«, und natürlich »Visualität«: Wir leben in einer Welt von Bildern u.v.m. Kurzum: ein neues Objekt darf nicht schnell ersetzbar sein. Das 21. Jahrhundert wird das Leben verändern wie noch keine Epoche vorher – darin sind sich alle Zukunftsforscher einig. Sind mediale Independents dabei?

Stadtillus – eine Erfolgsgeschichte

Stadtillustrierte waren in den Endsiebzigern Pioniere neuer urbaner Print – Medien – Kommunikation. Sie begleiteten neue soziale, kulturelle, politische Bewegungen und Strömungen, die keine andere publizistische Plattform fanden und gossen diese Information zusätzlich zu traditionellen journalistischen in neue Nutzenformen wie Veranstaltungskalender, Kleinanzeigen, Adreßseiten – Lebens- und Orientierungshilfen durch den Großstadtdschungel. Schon bald stellte sich heraus, daß sozio-demografische Merkmale über Sein oder Nichtsein entschieden. Nur Städte ab einer Größenordnung von 500.000 Einwohnern konnten die von großen Medienkonzernen noch unabhängigen Kleinverlage ernähren. Die enge Verbindung von Milieu und Stadtillus ließ die Auflagenzahlen der Newcomer explodieren. Die Medienwissenschaft bejubelte eine »erste wirklich neue Gattung nach 1945«. Die anderen Informations- und Meinungsbedürfnisse schufen schnell einen attraktiven, lokalen Werbemarkt, dem sich bald nationale Werbung anschloß.

Außerparlamentarische, zumeist parteiunabhängige »Szenen« setzten in der gesamten Stadtkultur Impulse und wurden von der konzeptionslosen »ersten« Kultur gerne aufgesogen. Was dem demokratischen Gehalt der Gesellschaft nur gut tat! Je mehr Integration dieser Kultur – ein ständiges Geben und Nehmen –, um so stärker bedienten sich bestehende Medien »originärer« Themen, Kommunikationskonzepte, und Redaktionsprofile von Stadtillustrierten. Ohne dafür auch nur einen Pfennig zu zahlen. Umgekehrt näherten sich Stadtillustrierte branchenüblichen publizistischen Qualitätsstandarts an.

NO GO

Die Schere schloß sich schnell von der wirtschaftlichen Seite. Das neue »Format« Stadtillustrierte wurde von Verlagen mit rein kommerziellen Interessen entdeckt und genutzt. Spätestens seit Mitte der 80er wurden die Städte mit kostenlosen Anzeigenblättern im Stile von Stadtillustrierten überflutet. Mit dem Anzeigenraum wurden redaktionelle Beiträge verkauft. Ironie der Geschichte: Jenseits der »Alternativblätter« boten sie der Werbeindustrie eine »glattere«, » gefälligere«, konsumfreundlichere »Alternative«.

Seit 1997 gaben zunehmend »linientreue« lokale Anzeigenkunden, den wirtschaftlichen Druck, der auf ihrem Gewerbe lastet, weiter, und verrechten selbst kleinste Anzeigenaufträge an den Abdruck von harten Produktinformationen im Mantel von Redaktion zu koppeln. NO GO!

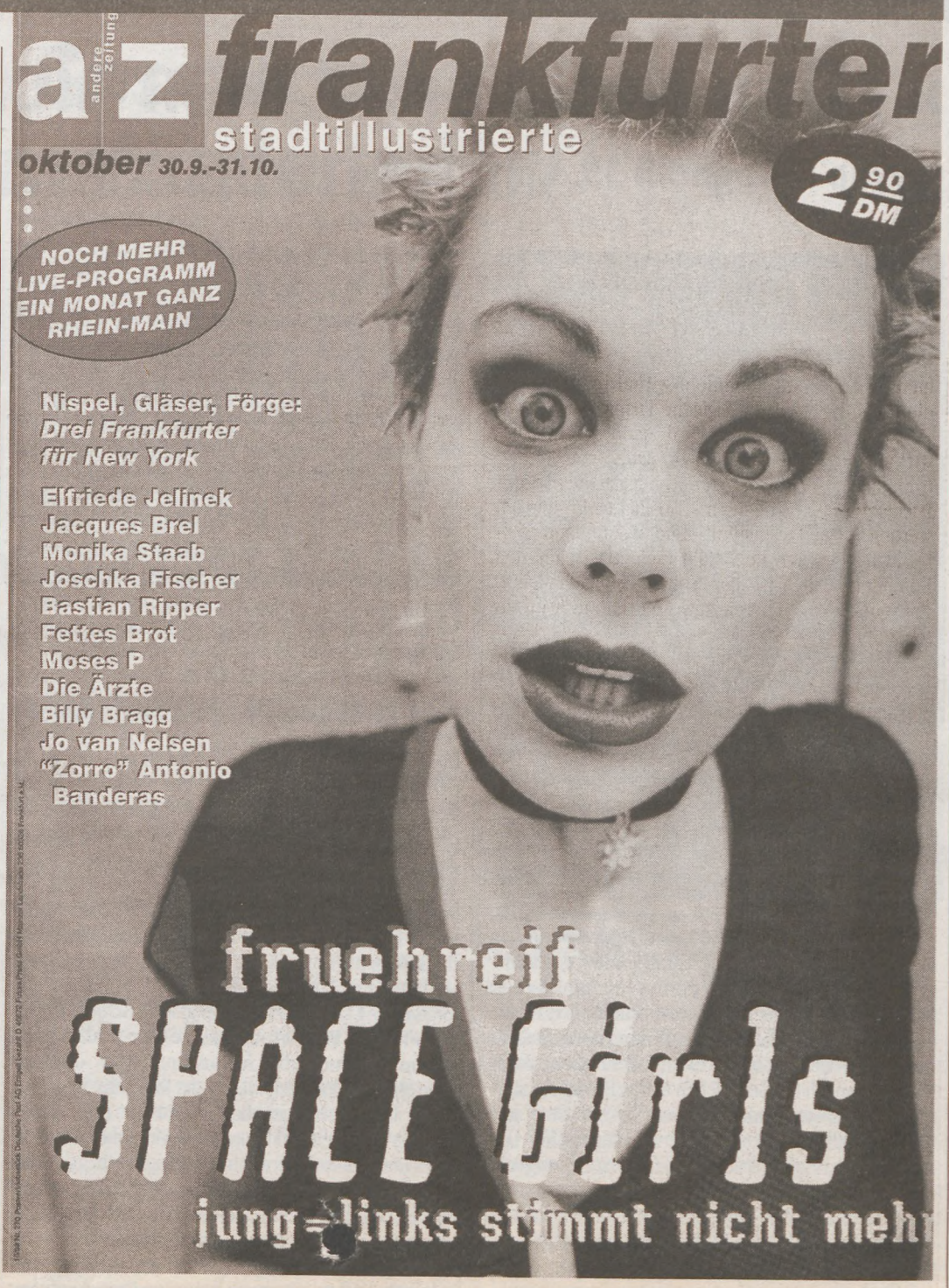
Stadtillustrierte lebten ökonomisch stark von Film-, Buch- und Musikverlagen. Diese orientierten sich im Lauf der Jahre werbepolitisch nahezu vollständig neu. Zu dieser Krise addierte sich die allgemeine Finanzkrise der Kommunen. Die rabiate Kürzung von Kulturetats wirkte sich ruinös auf das Veranstalter-Segment aus. Nationale Markenartikler investierten in neue Werbestrategien. »Fraktale Werbung«, zielte mit Sponsoring von Kleinevents auf den jungen Markt«, und absorbierte bei der az bis zu 70% der Anzeigenschaltungen. Auflage und meßbare Werbeleistung waren weniger gefragt. Zielgruppen fragmentierten sich bis zur Atomisierung und für jeden Furz wurde Werbung angeboten und verkauft. Ehemalige Spezial-Interests wie Stadtillus wurden werblich wie inhaltlich plötzlich als General-Interest-Medien mit angeblich erheblichen »Streuverlusten« gruppiert. Ein reiner Schmarrn'! Egal – Aufträge weg!

Vier Ausgaben für die Region

Auf diesen Wandel reagierte die az mit vier Ausgaben für Rhein-Main. Bessere Durchdringung des heterogenen regionalen Raumes, mit dem Ziel größerer Leser- und Kundennähe. In Darmstadt, Mainz und Wiesbaden hatte sie als Kauftitel nun Alleinstellung! Eine Innovation, die von der Fachwelt positiv bewertet wurde. Die Anschubfinanzierung erfolgte aus dem az-Umfeld. Wieder betraten wir Neuland. Nirgendwo gab es einen vergleichbaren Ansatz, Lernen aus Erfahrungen war also nicht möglich. Nach sehr gutem Start stellte sich bald heraus, daß die Investitionsphase ca. 10 Jahre andauern würde. Die sofort angestrebte, mehrfach gesicherte Langzeit-Finanzierung wurde von der Hausbank aus bis heute aus unerklärlichen Gründen verweigert. Am Rande sei vermerkt, daß dieses Geldinstitut mit einem Mitbewerber über Online-Dienste & Gelddienstleistungen verbunden ist, bei der Eröffnung eines Kontos werden junge Leute mit einem Gratis-Abo beglückt! Obwohl auf der Hand liegend, können wir keine Marktbereinigungsabsicht unterstellen.

Ruinöser Wettbewerb in Rhein-Main

1999 rechnen sich Stadillustrierte bis auf drei Ausnahmen bundesweit nicht aus dem Objekterlös. Sie werden subventioniert von begleitenden, ertragstarken Verlagsobjekten, oder durch Zufluß firmenfremder Kapitalien oder Abschreibungen. Als 1997 selbst die bundesweit auflagenstärkste Stadtillustrierte, der Berliner »tip«, an Gruner &



Jahr zu einem äußerst lukrativen Preis verkauft wurde, spürte man förmlich die immer dünner werdende Luft für kleine Independents!

Regional waren wir konfrontiert mit einem 14-tägigen Mitbewerber, der heute bei der FAZ druckt, und dessen Verlag eine sehr verschachtelte, undurchsichtige Beteiligungsstruktur mit zahlreichen Sub-Unternehmen aufweist. Dazu kam mit dem Filialisten »prinz« aus dem Hamburger Jahreszeiten-Konzern, eine Stadtillu für die Nach-Bravo-Generation. Ein Mitbewerber, der in den letzten 15 Jahren ca. 30 Millionen verpulverte und jüngst wieder einen Millionen-Etat für den nächsten »Relaunch« ankündigte, der wieder in die Hose geht. Im regionalen Markt störte »prinz« nicht, er absorbierte aber nationale Markenartikelanzeigen. Mit diesen Geldvernichtungsmaschinen wollte und konnte die kleine, bis zum letzten Tage selbstverwaltete »az«, nicht konkurrieren.

Wir sind gespannt, wie sich der regionale Print-Markt entwickeln wird. Was von Stadtillus abzukupfern war, ist von Stadtillus abgekupfert worden – der Auflagenschwund reißt aber nicht ab. Noch vor Sommer soll der bundesweit führende FAZ-Stellenmarkt auf Initiative von FR und Süddeuscher Zeitung hin Konkurrenz bekommen. Diese beiden überregionalen Tageszeitungen bieten dann mit »Welt am Sonntag«, und »Welt« (beide Springer, der über BILD die FR beherrscht) überregionale Personal-Anzeigen zu Schleuderpreisen an. Damit will die FR ihr drastisch geschrumpftes Aufkommen von Fließtextanzeigen kompensieren. Erstmals in ihrer Geschichte ließ es das stolze sozialdemokratische Blatt am 23.03.99 zu, daß eine redaktionelle Seite von Werbung zerschnitten wurde, Inhalte müssen also auch hier nun zur Garnierung von Anzeigenwerbung herhalten! Rein kaufmännisch müßte die letzte Stunde der Anzeigenblätter »Sunny« und »Sunday« (FAZ-Gruppe) längst geschlagen haben. Mal sehen, was die andauernd kränkelnde »Frankfurter Neue Presse« (FAZ-Gruppe) im ruinösen Wettbewerb unternimmt.

Der az-»Abschied« mit der Januarausgabe 99 war erforderlich, um die ertragsstarken Publikationen und damit die Existenz der Mitarbeiter des Verlages zu sichern: die Gastro-Reihe »Wo die Nacht den Doppelkorn umarmt«, »Uni-Extra«, »Rad-Extra«, neue Projekte. Die az-Kostendeckung war fast erreicht, die Leserschaft stabil; Anzeigenschaltungen für 99 nicht schlecht, aber nicht so üppig, um die eingerissene Unsitte kurzfristiger Stornierungen, garantiert zu neutralisieren. az – und Verlag waren nicht mehr kalkulierbar. Es drohte eine Umsatzlücke in Dimensionen, die alles andere ruiniert hätte.

Medien machen keine Ereignisse, sie leben davon

Es gibt derzeit nichts mehr thematisch originäres, was exklusiv nur in Stadtillus zu lesen ist. Folglich bleibt nur noch Ergänzung und Korrektur. Damit verliert Gedrucktes in einer schnellen Welt mit extrem rasanter Verfallzeit von Nachrichten an informellem Wert. Nichts ist tödlicher als die Info von Gestern. Festhalten am Konzept einer klassischen, nutzenorientierten Stadtillustrierten für Frankfurt und/oder Rhein-Main erforderte informell ein Umschalten auf wöchentliches, vielleicht gar tägliches Erscheinen. Ob dies überhaupt sinnvoll ist – zur Beantwortung dieser Frage sind Verlage anderer Größenordnung zuständig.

Die az war sehr stark in DA, Wi, MZ. Ein stabiles Medium wie die az, das den sozialen und ökologischen Wandel thematisiert, hat es in Frankfurt sehr schwer. Die demografische Struktur und damit das öffentliche Bewußtsein durch Zuzug internationaler Business-People verschiebt sich täglich. Frankfurt ist ein künstliches Zentrum mit »Metropolen-Image« aber einer Wohnbevölkerung von nur knapp 600.000. Mit 280.000 Pendlern täglich, die überwiegend aus Main-Taunus, dem Hochtaunus, also den einkommensstärksten Kreisen Deutschlands kommen und Leben und Selbstverständnis prägen. Dazu ein starker konservativer Kern. **Was derzeit ist: eine kleine Größe von entschiedener gesellschaftlicher Opposition, die eine andere Kultur und Öffentlichkeit nachfragt, in dieser Größenordnung allerdings wirtschaftlich kein »Publikumsmedium« trägt.**

Stadtillustrierte haben bis auf wenige Ausnahmen bundesweit ihren Charakter geändert. Von Aufklärung und Kritik hin zu Infotainement, Lifestyle und Fun. Diese Funktionen werden von der Werbewirtschaft erwartet. Wer problematisiert »nervt«, »stört«, ist »zu schwer«. Der extremen gesellschaftlichen Opposition ist alles »viel zu lasch« und »kommerziell«. Gemeinsam ist beiden »Lagern«: sie lesen nicht. Dafür lauthalses Klagen über kulturelle Verluste durch das Verschwinden von kleinen Verlagen und Programmkinos. Aber wer wünscht im Heft Rezensionen von Filmen, die nur dort laufen? Wann haben Sie das letzte Buch aus einem Kleinverlag in den Händen gehalten? Seien Sie ehrlich: Lokale Bands interessieren Sie doch garnicht! Programmkinomacher und Kleinverleger klagen ihrerseits über mangelnde Medienresonanz - versuchen Sie mal innerhalb einer Woche!!!!!!(ja,doch!) ein(!) Rezensionsexemplar, oder Hintergrundinfos zu einem bestimmten Film zu erhalten! **Das Kernpublikum von Stadtillus wie der az wird von der Schizophrenie zwischen Wünschen und eigener Wirklichkeit zerrieben. Wozu also noch dieses Medium?**

Demokratische Struktur

Wir haben als Kleinbetrieb das bewiesen, was Große viel besser könnten, aber nicht wollen: Frauen arbeiteten in Leitungspositionen. Aktive Pressefreiheit für alle! Durch

Fortsetzung auf Seite 4

NEWROZ 1999 – BERICHT EINER DELEGATIONSFAHRT

»...Das Helle sieht man nicht mehr....«

(Eyyüp Karagecili 19. März 1999)

Anläßlich des diesjährigen Newroz-Festes gab es in der Türkei und in Türkisch-Kurdistan die größten Aufstände gegen die Regierung seit Jahren. Die Sicherheitskräfte reagierten mit militärischer Gewalt. Ausländische Delegationen wurden von der Polizei durch Festnahmen und Ausweisung daran gehindert, die kurdischen Newroz-Feiern und -Demonstrationen zu beobachten. Eine Delegation von neun Schleswig-HolsteinerInnen, die nach Adana in der Südtürkei geflogen war, wurde über 2 Tage lang in Polizeigewahrsam festgehalten.

Die schleswig-holsteinische Delegation bestand aus acht TeilnehmerInnen aus Kiel, Lübeck und Eckernförde sowie einer Dolmetscherin. Wir hatten uns Adana als Ziel ausgesucht, weil dort sehr viele Flüchtlinge aus Kurdistan leben; zum Teil in großen Lagern und Flüchtlingsvierteln. Neben der Newroz-Beobachtung wollten wir uns auch über die Lage dieser Flüchtlinge informieren, um festzustellen, ob es tatsächlich eine sichere »inländische Fluchtmöglichkeit« für KurdInnen innerhalb der Türkei gibt. Dies wird immer wieder von deutschen PolitikerInnen und Gerichten in Asylverfahren behauptet.

Am 18. März, drei Tage vor Newroz, trafen wir in Adana ein. Von der Stimmung gerade unter der kurdischen Bevölkerung konnten wir uns kein umfassendes Bild machen, da uns von unseren kurdischen FreundInnen davon abgeraten wurde, uns frei in der Stadt zu bewegen. In der Zeit bis zu unserer Festnahme, konnten wir dennoch bei Gesprächen einige Eindrücke sammeln. Wir konnten unter anderem längere Gespräche mit dem örtlichen Parteivorsitzenden der *HADEP* (Demokratische Partei des Volkes), *Eyyüp Karagecili*, und dem Vorsitzenden des Menschenrechtsvereins *IHD*, *Süleyman Kilic*, führen. Beide betonten, daß sich die Lage der kurdischen Bevölkerung noch weiter verschlechtert habe, seitdem der PKK-Vorsitzende, *Abdullah Öcalan*, vergangenen November in Rom um politisches Asyl nachsuchte. Seitdem versuche die türkische Regierung, »alles Kurdische zu vernichten«, so der HADEP-Vorsitzende. Zur Zeit gelte: »Jeder Kurde ist schuldig.« Die HADEP, die einzige (noch) legale pro-kurdische Partei, die auch zu den Parlamentswahlen am 18. April zugelassen ist, ist massiver Repression ausgesetzt. Seit November wurden zahlreiche HADEP-Büros von Polizei-Einheiten gestürmt, Funktionäre verhaftet und sehr viele Menschen verletzt oder getötet. Aktuell wurde uns berichtet, daß zum Beispiel die HADEP-Vorsitzenden von Mersin, Van und Bingöl im Gefängnis sitzen. In Diyarbakir gab es zwei Tote, als Polizisten und Faschisten gemeinsam ein HADEP Büro stürmten. Auch der HADEP-Vorsitzende von Adana, mit dem wir sprachen, wird demnächst ins Gefängnis gehen müssen, weil er eine Presseerklärung zu dieser Repressionswelle abgegeben hat. Auch während unseres Besuches erhielt er einen diesbezüglichen Drohanruf der Polizei. Für die HADEP gibt es kaum eine Möglichkeit, Gegenöffentlichkeit zu schaffen und Wahlkampf zu betreiben. Uns wurde von massiven Behinderungen der Wahlkampfveranstaltungen berichtet. Es sieht nicht so aus, als werde es in der Türkei im April auch nur annähernd freie Wahlen geben, insbesondere gilt dies für die Gebiete mit kurdischer Bevölkerung. Drohungen von Seiten der Militärkommandeure, sie würden ganze Dörfer angreifen, werde dort auch nur eine einzige Stimme für die HADEP abgegeben, bestätigen diese Befürchtung.

Keine freie Berichterstattung

Über die politische Situation der KurdInnen frei zu berichten oder sich öffentlich zu der Thematik zu äußern, steht unter Strafe und wird umgehend mit staatlicher Repression beantwortet. Über die Schwierigkeiten einer unabhängigen Berichterstattung erfuhren wir etwas von einem Journalisten der ehemaligen – jetzt verbotenen – Zeitung *ÜLKEDE GÜNDEM*. Diese wurde nach eineinhalb Jahren (»eine lange Zeit !«, so unser Gesprächspartner) von der türkischen Justiz verboten. Man muß damit rechnen, daß auch die geplante Nachfolgezeitung *ÖZGÜR BAKIS* das gleiche Schicksal erleiden wird. Die MacherInnen der Zeitung sind trotzdem Willens, mit ihrer Arbeit fortzufahren, da es »ihre Aufgabe, ihre Mission« sei, wie uns der Journalist versicherte. Daran könnten auch die Bedrohungen durch rechte Gruppen einerseits und durch den türkischen Staat andererseits nichts ändern. Am 7. März waren zuletzt die Häuser mehrerer Journalisten von der Polizei gestürmt worden. Anschließend berichtete uns eine junge Frau über ihre Schwester, eine 19-jährige Studentin, die wenige Tage zuvor verhaftet worden war, als sie gemeinsam mit anderen StudentInnen eine Pressekonferenz an der Uni abhielten. Die StudentInnen forderten unter anderem die Beendigung des Krieges des türkischen Militärs in Kurdistan. Die Veranstaltung wurde von 100 Polizisten gestürmt, die Teilnehmenden zusammengeschlagen und viele von ihnen wurden festgenommen. Die Schwester unserer Gesprächspartnerin sitzt als einzige immer noch in Haft, weil sie die offensichtlich verbotenen Forderungen vorgelesen hatte. Sie wird nun des »Terrorismus und Separatismus« bezichtigt und soll voraussichtlich im April vor das Staatssicherheitsgericht (DGM) gestellt werden. Sie und die anderen StudentInnen wurden während der »Untersuchungshaft« gefoltert und ihre Familienangehörigen bedroht.

Festnahmen im Vorfeld

Am Tag vor Newroz hatten wir geplant, den Mesopotamischen Kulturverein zu besuchen; dieser wurde jedoch noch vorher von der Polizei gestürmt und alle Anwesenden festgenommen. Bereits am 18. März wurden in Mersin 300 StudentInnen festgenommen, als sie – wie jedes Jahr – Newroz feiern wollten. Dieser und andere Vorfälle mit Massenverhaftungen machten uns deutlich, wie fest entschlossen die türkische Regierung war, die diesjährigen Newroz-Feierlichkeiten zu unterdrükken. Am Samstag, dem Tag vor Newroz, war die Stimmung noch angespannter. Wir hatten den Eindruck, daß unsere GesprächspartnerInnen jeden Moment mit Polizeiaktionen rechneten. So konnten wir nur relativ kurze, wenn auch sehr beeindruckende und bedrückende Gespräche mit einigen Menschen führen. Die Anspannung und die bestehende Gefahr für alle war deutlich zu spüren. Deshalb kehrten wir diesmal schon gegen Nachmittag in unser Hotel zurück. Dort warteten bereits Polizisten in Zivil auf uns. Unter dem Vorwand, einer unserer Pässe sei gefälscht, wurden wir festgenommen und im Polizeipräsidium in eine für Ausländer zuständige Abteilung gebracht. Dort wurden wir zusätzlich des Drogenhandels beschuldigt. Alle wurden durchsucht, und einige Dinge, die wir bei uns trugen, wurden beschlagnahmt, darunter unsere Gesprächsnotizen und unsere Mobiltelefone. Während des 52-stündigen Gewahrsams wurden wir unterschiedlichen Formen psychischen Drucks ausgesetzt. Vor allem unsere Dolmetscherin wurde mit rassistischen Schikanen drangsaliert.

Am nächsten Tag (Newroz-Sonntag) wurden wir in verschiedenen Räumen der Anti-Terror-Polizei festgehalten. Von Newroz selbst haben wir dort nichts mitbekommen. Aber am Newroz-Abend konnten wir zufällig beobachten, daß sehr viele Gefangene in Bussen auf das Gelände gebracht wurden. Zwei jugendliche Gefangene wurden versehentlich zunächst zu unserem Gebäudeteil gebracht; als sie wieder weggeführt wurden und die Polizisten sich im Schutz der Dunkelheit wähnten, schlugen sie die beiden Gefangenen zusammen, indem sie mit Knüppeln seitlich auf deren Köpfe einschlugen, bis sie zu Boden gingen. Danach wurden sie in ein uns gegenüberliegendes Gebäude geschleift.

Abschiebung

Montag vormittag (22. März, am Tag nach Newroz) haben wir unsere Pässe und die meisten der beschlagnahmten Gegenstände zurückbekommen. Auch die Mobiltelefone wurden uns zurückgegeben, so daß wir endlich telefonieren konnten. Es wurde uns angekündigt, wir würden jetzt dem Haftrichter vorgeführt. Im Polizeibus wurden wir zum Justizgebäude gefahren, jedoch nur, um dort zu Propagandazwecken der Presse vorgeführt zu werden. Ohne den Bus verlassen zu haben, wurden wir weitergebracht zum Staatssicherheitsgericht (DGM). Hier wurden wir am nachmittag von einem angeblichen Staatsanwalt vernommen, der uns mit dem Vorwurf konfrontierte, Propaganda für die PKK betrieben zu haben. Bei dem Verhör haben wir, wie auch zuvor, keinerlei Aussagen gemacht. Kurz darauf wurde uns mitgeteilt, daß wir umgehend ausgewiesen würden, ohne daß es ein Urteil gegen uns gäbe. Daraufhin wurden wir zum Flughafen verfrachtet, wo wir noch eine Nacht verbrachten, um danach mit dem ersten Flugzeug am Morgen mit zahlreicher Begleitung ausgeflogen zu werden.

Repressionen gegen die Feiern

Wir wissen, daß die Behandlung, die uns widerfahren ist, nicht zu vergleichen ist mit dem, was zum Beispiel KurdInnen in der Türkei erleben müssen und wollen deshalb unsere Erlebnisse nicht weiter ausführen. Das was wir später über den Verlauf der Newroz-Feierlichkeiten in Adana erfahren haben, läßt keinen Zweifel mehr an dem Grund unserer Festnahme zu: Es waren an verschiedenen Plätzen und Straßen insgesamt 60.000 Menschen in Adana auf der Straße, gegen die das Militär bereits ab 10 Uhr morgens mit Panzern und Schußwaffen vorging. Über 1.000 Menschen wurden allein in dieser Stadt verhaftet, es gab zahlreiche Schwerverletzte mit Schußwunden. Bei diesen Ausschreitungen der Sicherheitskräfte sollten keine ausländischen BeobachterInnen als Zeugen zugegen sein. Was den Organisationen und Menschen, zu denen wir Kontakt hatten, widerfahren ist, konnten wir bisher nicht zuverlässig in Erfahrung bringen. Es spricht aber alles dafür, daß das HADEP-Büro von der Polizei gestürmt worden ist, da es bereits am Samstag abend komplett umstellt war und sich später niemand mehr am Telefon gemeldet hat...●

Schleswig-Holsteiner Newroz-Delegation 1999,
25.März 1999

Welche politischen Forderungen ergeben sich aus den Erfahrungen der Newroz-Delegation ?

1. Fast alle GesprächspartnerInnen betonten, wie wichtig der internationale Druck auf die türkische Regierung sei, um zu einer politischen Lösung der Kurdistan-Frage zu kommen. »Wenn die USA, Frankreich, Großbritannien und die BRD es wollten, könnte der Kurdistankonflikt innerhalb einer Stunde gelöst werden !« (HADEP-Vorsitzender, Adana) »Die Kurdenfrage ist eine Menschheitsfrage !« (IHD-Vorsitzender, Adana)
2. Abschiebungen in die Türkei sind sofort zu stoppen ! JedeR Verantwortliche in der BRD weiß genau, daß den abgeschobenen Menschen in der Türkei Folter und Mißhandlung drohen. (Jüngstes Beispiel ist der 17 jährige Kurde Emin Acar, der am 12. März 1999 aus der BRD nach Istanbul abgeschoben wurde und dort vier Tage lang von der Anti-Terror-Abteilung der Polizei gefoltert wurde und anschließend in das Gefängnis Ümraniye gebracht wurde.) »Wenn du mit einem Fuchs handelst, kannst du ihm den Hasen nicht in die Hand geben.« (IHD-Vorsitzender, Adana)
3. Die Waffen- und Militärhilfe an die Türkei muß beendet werden. Die Delegationen waren Zeugen, daß es Waffen aus Deutschland sind, mit denen Militär und Sondereinheiten der türkischen Polizei ausgerüstet sind, die dann gegen KurdInnen vorgehen. Die dieser Tage von der deutschen Regierung genehmigte Lieferung von U-Booten aus Deutschland an die Türkei hat nur auf den ersten Blick nichts mit der Unterdrückung der KurdInnen zu tun. Jede Waffen- und Rüstungshilfe stützt das Militärregime, und außerdem dient die so gestärkte türkische Marine z.B. dazu, Griechenland mit Krieg zu drohen, wenn es die KurdInnen unterstützen sollte.
4. Der kurdische Fernsehsender MED-TV muß sofort wieder senden können. Er wurde am 22.März von den britischen Behörden geschlossen, zunächst vorübergehend. (Von London aus strahlt MED-TV sein Programm via Satellit nach ganz Europa aus.) Dies ist ein gravierender Einschnitt in die Meinungs-und Pressefreiheit, da in der Türkei selbst unabhängige Informationen zur Lage der KurdInnen und der Menschenrechte unterdrückt werden.

FORTSETZUNG VON SEITE 3

exemplarischen, offenen Zugang für von Massenkommunikation sonst Ausgeschlossener: Rehabilitanten, Freigängern, Umschülern. Bis heute kommen wir der Selbstverpflichtung zur Ausbildung nach. Herr Henkel und die deutsche Industrie sollten sich in Grund und Boden schämen.

Irritationen

»az macht krank, blind und blöd! Und zwar alle: die sie lesen und die sie machen. Stadtillustrierten sind sowieso scheiße! Scheiße! Sprüche von enttäuschten Liebhabern, Neidern, Zynikern. Kommen sie Ihnen bekannt vor? Nicht daß wir das alles nicht längst schon wissen. Wir seien »von gestern« weil wir keine Karriere machten, uns persönlich »weit unter Wert verkauften« und unsere »Talente verschleuderten...«. Den etablierten Medien ein Dorn im Auge, weil wir selbst mit vergleichsweise mickrigen Mitteln bewiesen, daß es durchaus geht, Benachteiligte aus allen Schichten aktiv an der Massenkommunikation teilhaben zu lassen, dem Grundgesetzgebot nach aktiver Pressefreiheit folgend aus **Konsumenten Produzenten machten**. Völlige Transparenz und Offenheit grenzen immer an Naivität. Nicht selten wurden interne Informationen gegen das Projekt und Personen gerichtet. Die az wurde heiß geliebt, aber nicht von Allen, was auch schlecht für ein Medium wäre. Sie wurde zuweilen gehaßt, weil sie sich den jeweiligen Szene-Strömungen ebenso wie irrsinnigen staatstragenden Forderungen verweigerte – und dennoch für Impulse, Anregungen allzeit offen blieb. Unsere Verlagskonzepte aus den Achtzigern werden heute von allen relevanten Stadtillusverlagen erfolgreich vermarktet. »Uni-extra«, »Gastro-Titel«, »Rad-« und andere Themenspezials erschienen nachweislich erstmals bei uns. Wir waren beteiligt am ersten bundesweiten Anzeigenverbund für Stadtillustrierten, und boten als Erste und bisher »Einzige« einer heterogenen Region vier eigenständige Ausgaben an. Bis heute wird der Verlag plenar geführt.

Nur wenige verstanden und akzeptierten, daß wir in verantwortlicher Position einen qualifizierten Freigänger, im Programmkalender zeitweise eine Heroin-Abhängige beschäftigten. Norbert blieb mit einer finalen Infektionskrankheit bis zur Bettlägrigkeit integriert. Die Arbeit wurde so organisiert, daß Mitarbeiter ohne Aufgabe ihrer Tätigkeit akademische Prüfungen ablegen konnten. Es ging um die praktische Umsetzung des Konzeptes »Arbeit & Leben«. Diese Personalpolitik brachte massive Kritik ein, denn schließlich ist ein Medienbetrieb weder Sozialamt, noch Therapiestation. Oder? Es war die konkrete Utopie, die soziale Kompetenz der jeweiligen Belegschaften im Versuch der Vorwegnahme eines Stückchens wirklich sozialer, gerechter Gesellschaft, der Antrieb und damit auch eine gute Variante von »Zeitgeist«: Statt der heutigen totalen Ergebnisorientierung – es zählt nur, was hinten rauskommt (H.Kohl) – war der Weg zum Ziel so wichtig wie das Ziel. Ein komischer Haufen?! Es war nicht alles glänzend und gelackt. Immerhin boten wir 23 Jahre einem immer stärker werdenden Strom paroli. Auf diesen Erfolg sind wir stolz und der Dank gebührt auch und gerade dem aktiven Umfeld, das mit uns gejubelt, gelitten und geblutet hat. Fast hätten wir es geschafft, dem privatwirtschaftlich organisierten Pressewesen, wenigstens exemplarisch ein quasi-öffentlich-rechtliches Stückchen abzuschneiden. Die privaten Geldgeber waren dabei! Ihnen fühlen wir uns weiterhin verpflichtet.

Ende Gut?

Natürlich gab es 1.000 Gründe, das Projekt »az« pünktlich zum 23. Geburtstag zu beenden. Ideel gab es 1.000 und einen Grund den Stadtillus-Pionier fortzusetzen. Die zugespitzen Rahmenbedingungen führten aber auch zu einer sich ständig verschlechternden »inneren Ordnung«, sinkender Qualität und schrieen so förmlich nach der »latest Show«.

Die az war journalistisch viel besser, als es die Erinnerung sagt. Eineinhalb Jahre nach uns widmete die FR dem sozialen Brennpunkt »Ahornstraße« eine Reportage. »Heroin vom Staat« wurde von der az bundesweit als erste thematisiert. Wiederholt erschienen Beiträge des TV-Journalisten und Kämpfers gegen die organisierte Kriminalität Jürgen Roth. Wir interviewten in Genf Jean Ziegler, der seinen Schweizer Landsleuten das »Judengold« auf's Brot schmierte. Zahlreiche Beiträge des Hessenfernsehens über kleine HeldenInnen des Alltags standen zuvor in der az: Schoko-Nikoläuse aus dem Odenwald, Vespa-Museum in Rüdesheim, die Marktfrau von nebenan. Helge Schneider wurde quasi von unserem Musikredakteur entdeckt!

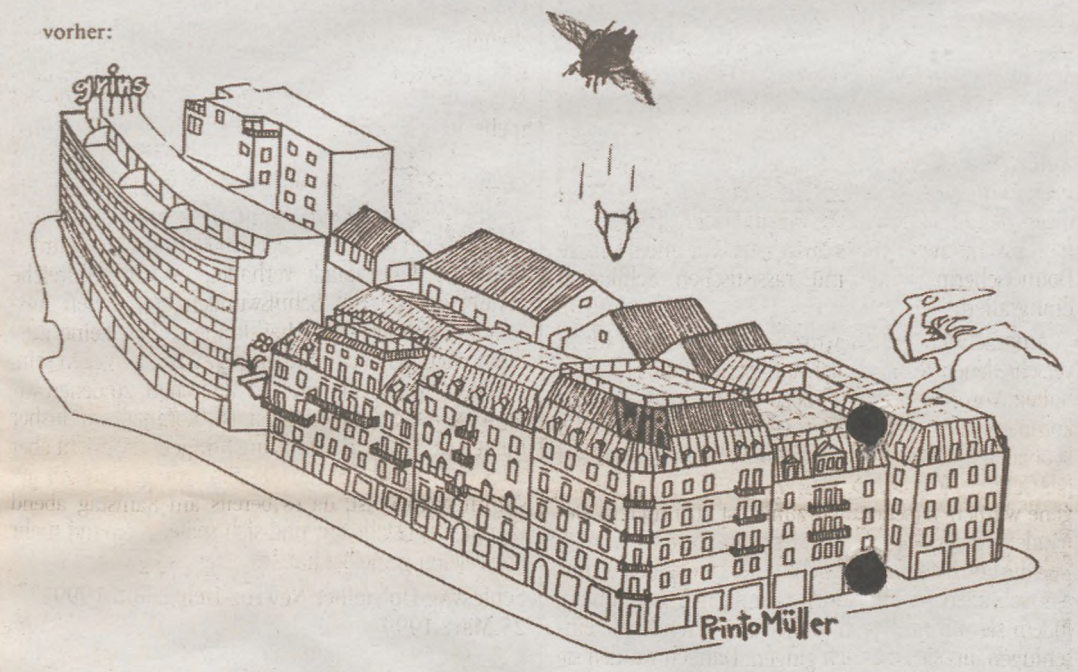
23 Jahre sind mehr als ein halbes Berufsleben. Der Verlust bedeutet das Ende von Geschichte. Allgemein wie persönlich. Das wird wohl erst später hochkommen. Meistens dann, wenn man nicht damit rechnet. Der Abschied markiert das Ende von Freundschaften, langen intensiven persönlichen Beziehungen. Anfänglich tut es gut, diese und jene Nervnase nicht mehr zu sehen, diese Kappe nicht länger ertragen zu müssen – und dann? Dann wird man sich plötzlich fehlen. Ja, man wird wütend. Weil man dem nicht Rückholbaren, Irreversiblen hilflos gegenübersteht, bis man merkt: Wenn schon Wut, dann auf sich selbst. Und die Verhältnisse. In jedem Abschied steckt die Chance auf einen Neubeginn. Was meistens schwerer fällt als alte Wege fortzusetzen. Er fordert persönliche Veränderung, die Bereitschaft loszulassen, verursacht Schmerzen, weil man die Vergangenheit schnell schöner sieht als sie war. Die zweite Seite der Medaille: Ein Alptraum geht zu Ende und es ist Gewißheit, daß dieses Projekt keine Menschenleben gekostet hat. Eine Feststellung, die für sich selbst befreiend wirkt. Natürlich kommen Selbstvorwürfe: »Hätte ich damals nur, dann müßte ich jetzt nicht....«. Alles kann man einem Menschen klauen, nur seine Erfahrungen, sein Bewußtsein nicht! Drum gilt es sie – bei aller notwendigen Trauer – zu nutzen.●

CONTRASTE PRÄSENTIERT IN BERLIN LESUNG MIT P.M. (1)

Von der Notwendigkeit die Geschichte zu ändern, statt sie immer zu Wiederholen

Der Schweizer Autor p.m. kommt am 11. und 12.6.99 nach Berlin für drei Veranstaltungen. Seit fast 20 Jahren schreibt er Romane und Pamphlete, und gemäß den verschiedenen Intentionen des Autors – der politische p.m., p.m. als Ideengeber für Kommune- und Genossenschaftsmodelle und p.m. als Sience-Fiction-Autor. Aber kann man das überhaupt so trennen?

von Jochen Knoblauch aus Berlin ● Vor zehn Jahren schien die Welt noch in Ordnung. Es gab zwei verschiedene Wirtschaftssysteme, die miteinander konkurrierten. Sie teilte die Welt – für einige – in Gut und Böse. Der weitgehendste Zusammenbruch des Staatssozialismus, brachte dem Kapitalismus einen vorübergehenden Sieg. Diesem Sieg folgte ein Taumel, bei dem vor allem der Linken (falls man das überhaupt so sagen darf) kotzübel wurde, aber statt kämpferisch aufzutreten, versanken viele in ein Nichts, welches wohl mit Privatheit am besten umschrieben werden kann.



Hier taten sich nun eigentlich die Chancen auf, die Karten neu zu mischen: Ein Staat verschwand, warum also nicht auch sein Pendant? Eine Armee wurde aufgelöst, warum also nicht auch die Nato? Der Westen lebte mit einer provisorischen Verfassung, warum also nicht mal eine Verfassung machen, an der alle mitwirken können? Volkseigentum – vom Staat verwaltet hätte eigentlich wieder in Volkes Hände gehört, warum also nicht gleich zur Selbstverwaltung und Autonomie übergehen?

Im Frühjahr 1990 wollte *p.m.* unbedingt eine Lesung in Berlin machen, und wir waren begeistert. Die politischen Umstände forderten ein Aufzeigen möglicher Alternativen geradezu heraus. Eine Lesung fand im Westteil statt (im Mehringhof) und eine Lesung im Ostteil (im Bert-Brecht-Haus), aber die Leute schienen sich doch eher für andere Dinge zu interessieren, als für eine alternative Lebensperspektive, jenseits von D-Mark und Westautos.

Hier beginnt aber auch ein p.m.'sches Prinzip: Er liefert nicht die Vorlage für Sektenmitglieder, die an seine Thesen und Vorstellungen glauben und sich missionieren lassen sollen. Die Sozialutopien des *p.m.* sind nur so gut, wie es eben Menschen gibt, die sie aufgreifen, und für sich inhaltlich erarbeiten wollen. D.h., es muß so etwas wie eine Bewegung geben, die eh schon in dieser Richtung experimentiert. Diskussion statt Heilslehre.

Ein weltweites Problem – so langweilig und eng der Begriff »global« (2) auch ist – ist das vorherrschende Patriarchat und seine dümmlichen Machtansprüche, sowie die immerwiederkehrenden Ausreden von 'Sachzwängen', 'Traditionen' usw. »Die Mechanismen, die aus Menschen 'Opfer der Umstände' machen waren immer die gleichen« (3), heißt es bei *p.m.*, und »lieber erklären wir überzeugend, warum wir nichts tun können , als daß wir darüber reden, was wir denn tun müßten.« (4) So ist nun mal der Slogan: Täuschen, tarnen und verpissen. Jetzt aber auf das Matriachat zu warten, käme einem Status quo gleich – bloß nichts verändern, die Sachzwänge usw. Dass Geschichte einen anderen Verlauf nehmen könnte, und vor allem *MUSS*, das ist der Knackpunkt. Geschichte wiederholt sich immer wieder, genauso wie die Ausreden um sie nicht zu ändern.

So benutzt *p.m.* die erste Jahrtausendwende als Romangrundlage für eine Utopie, welche daraufhin zielt, zu erfahren wie die Geschichte hätte verlaufen können, wenn, ja wenn nur ein klitzekleines Detail anders gelaufen, oder in eine andere Bahn gebracht wäre. »Die Geschichte , das sind sozusagen die 'Schichten' in uns selbst. Es geht vielmehr darum, die Geschichte zu verändern, ihr zu entkommen – damals wie heute. Wenn wir nicht eine andere Geschichte für das zehnte Jahrhundert erfinden können, dann gibt es auch keine andere für das zwanzigste und umgekehrt. Wenn wir keine realistischen Phantasien für ein zehntes Jahrhundert, das aus den ewigen Sachzwängen und Rechfertigungen ausschert, entwickeln können, dann werden wir auch im zwanzigsten gefangen bleiben. Die Aufgabe ist dieselbe.« (5)

Nach jedem Krieg wird gesagt, daß es sowas nie wieder geben darf – und es passiert immer wieder. Tragödien der Menschheitsgeschichte wiederholen sich, weil niemand bereit ist, dieses Band der Geschichte zu durchtrennen und neue Maßstäbe anzulegen, die sich am Menschen messen, und nicht an vorgefertigte Meinungen, Weltbilder und Kulturen, die sich vornehmlich am patriarchalen und zerstörerischen Geist orientieren. Nur wir selber haben es in der Hand – ich meine nicht gleich die Welt zu ändern, aber wir haben es in der Hand, die Grundlagen dafür anzulegen, nämlich uns selbst zu ändern.

Von 'Karthago' zu 'KraftWerk1'

1981 zog *p.m.* »eine Art ideologische Bilanz«, wie er sich in einem Interview ausdrückte, nachdem die Zürcher Bewegung ins Stocken geriet, und schrieb für sich die Dinge auf, die ihm im Leben wichtig sind, und wie er sie erreichen könnte. Diese Bilanz verdichtete sich zu dem Buchprojekt *»bolo'bolo«* (6), welches bis heute mehrere auch erweiterte Auflagen erlebte und bis jetzt in sieben Sprachen übersetzt worden ist. Die HausbesetzerInnen in Zürich kämpften viele Jahre lang um einen Häuserblock in der City, welcher leerstand und als das *»Karthago«*-Projekt über die Stadtgrenzen hinaus bekannt wurde. Von 1980-89 wurde darum gekämpft, aus diesem Quatier einen Ort zu machen für ökologisches Wohnen und Arbeiten im Großhaushalt. 'Die Anderen' hatten mal wieder gewonnen, aber die Idee ist geblieben – sie wurde sogar weiter ausgearbeitet. So enstand 'bolo'bolo', als ein Vorschlag, den einige für sich auch aufgegriffen und für ihre Zwecke weiterentwickelt haben, wie z.B. *Horst Stowasser* und das *»Projekt A«*.

Träume aufzugeben, heißt sich selbst aufzugeben. Auch in Zürich wird weiterhin geträumt. Die Ideen kursierten, und *p.m.* bekam selbst von staatlicher Seite her angeboten, sein Projekt vielleicht 'irgendwo auf einer grünen Wiese' zu realisieren, aber das war und ist nicht sein Ziel gewesen. Er will und wollte nie ein staatlich verordnetes Anarcho-Biotop. Freiräume müssen erkämpft werden, und Alternativen, die etwas in der Gesellschaft bewirken sollen, müssen mitten in der Stadt präsent sein, und nicht irgendwo am Waldesrand.

Seit Anfang der 90iger Jahre nun, wird über das Projekt *»KraftWerk1«* diskutiert, geplant, verhandelt usw. Es geht hierbei um ein Industrie/Wohngelände in Zürich, auf dem rund 700 Menschen leben und arbeiten, die sich im Austausch mit Bauernhöfen aus der Region selbst versorgen wollen. Gemeinschaftseinrichtungen wie Restaurants, Bäder, Werkstätten usw. sollen entstehen, die dann auch für alle nutzbar sind.

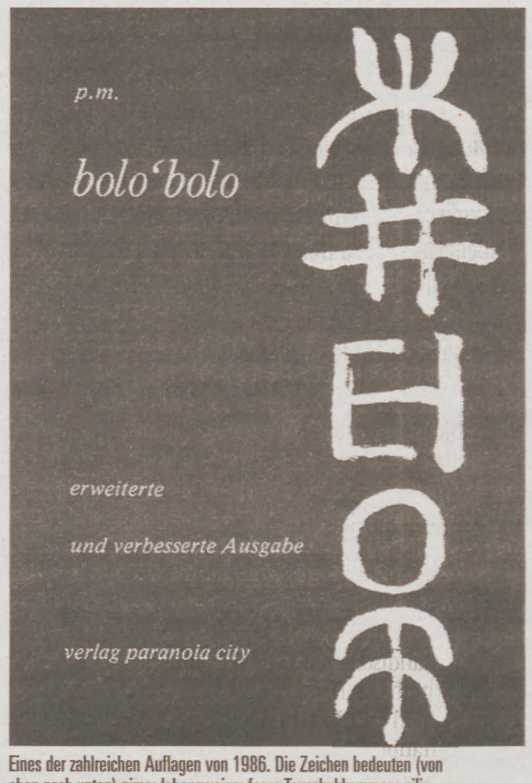
Zur Zeit ist die Situation des Projektes so, daß sie das Gelände haben und mit der Gestaltung beginnen. Auch in Deutschland scheint die Kommune-Bewegung wieder im Aufschwung zu sein. In Berlin/Brandenburg und anderswo werden verschiedene Modelle entwickelt und Vernetzungen von Großhaushalten, Kommunen etc. vorangetrieben. Dies alles läuft aber nicht mehr im Rahmen des erkämpften Freiraumes, als vielmehr, dass man eher das kauft, was sonst keiner mehr haben will. Dies ist sicher nicht das non plus ultra, aber andere Möglichkeiten scheinen im Moment nicht realisierbar zu sein.

Die Schrecken des Jahres 1000

Bei *p.m.* gibt es kein idealisiertes Menschenbild. Er ist kein Vegetarier, und er geht nicht davon aus, daß es in Zukunft eine total gewaltfreie Gesellschaft gibt. Aber: Niemand muß jeden Tag Fleisch essen, und wir müssen lernen mit Gewalt umzugehen und ihre Ursachen zu verstehen. Das realkapitalistische System kann sich mit Hilfe von ReformerInnen wie SPD und DIE GRÜNEN zwar immer wieder an neue Verhältnisse anpassen, aber eben nicht ändern. Hierzu muß es gezwungen werden, und sei es dadurch, daß so viele wie möglich ausscheren und in anderen Bahnen Lebensformen entwickeln.

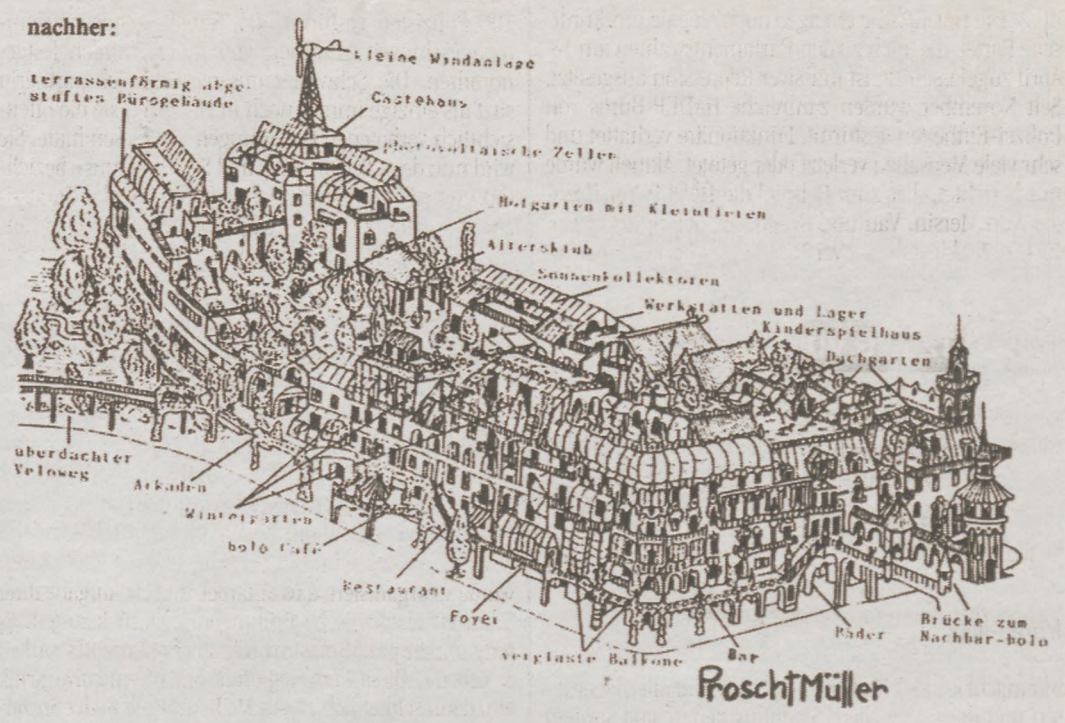
Wie gesagt, das hätte vor 1000 Jahren passieren können, oder heute. Wir können nicht ständig unsere Vorfahren bemitleiden oder sie freisprechen von ihren Unterlassungen – ebensowenig, wie uns nachkommende Generationen unsere Versäumnisse nicht verzeihen werden.

Eine Utopie ist gemeinhin ein Hirngespinst, aber das, was wir heute meinen errungen zu haben, gegenüber den Menschen von vor 1000 Jahren, sind das nicht auch Hirngespinster? Wir können heute auf dem Mond landen, aber wer will das eigentlich? Wir können heute für zwei Wochen in der Karibik Urlaub machen – 'all inclusiv' - aber wäre es nicht schöner hier so zu leben, daß dieses Hirngespinst von Urlaub gar nicht den Stellenwert bekommt, den er heute hat? Und wen es in die Ferne zieht, nun, der ist auch im Mittelalter weitgekommen. Daran kann es nicht liegen.



Eines der zahlreichen Auflagen von 1986. Die Zeichen bedeuten (von oben nach unten) nima: lebensweise; feno: Tauschabkommen; pili: Verständigung; asa: Erde; bumi: Geschenk

Am 12.6. (ca. 11-16 Uhr) treffen mit GenossenschaftlerInnen und KommunardInnen aus Berlin und Brandenburg mit dem Thema: Von 'Karthago' zu 'KraftWerk1' –Bolo'bolo in Zürich. Vortrag, Diskussion und Meinungsaustausch.
Die genauen Orte und Uhrzeiten können unter anderem beim Archiv der Jugendkulturen e.V. in Berlin erfragt werden unter Tel. (0 30) 694 29 34.
Fest steht aber bis jetzt der Termin am 12.6. um 18 Uhr in der UFO-Buchhandlung, Bergmannstr. 25 in 10961 Berlin mit dem Titel: »Die Schrecken des Jahres 1000« Lesung und Präsentation des letzten Bandes seiner neuesten Roman-Trilogie.



Bevölkern wir die Insel Amberland (7), bevor es uns die Tourismusindustrie wieder wegnimmt. Der Schrecken des Jahres 1000 ist auch der Schrecken des Jahres 2000, und bei aller Technik (und sonstigen 'Errungenschaften' – so unsinnig viele davon auch sind) sind wir es, die im Moment die Entscheidungen zu treffen haben. Tun wir das richtige. Lauschen wir der Utopie, und drehen der Geschichte den Hals um.●

Bei Redaktionsschluß standen noch nicht alle Lesungsorte am 11.6. abends und am 12.6. Vormittag fest. Wir versuchen dies in der Internet-Ausgabe von CONTRASTE so schnell wie möglich nachzuholen, ansonsten bitte auf die Hinweise in einschlägigen Veranstaltungskalendern zu achten.
Geplant ist am 11.6. abends 20 Uhr eine politische Veranstaltung mit dem Titel: »Von der Notwendigkeit die Geschichte zu ändern, statt sie immer zu Wiederholen. Lesung und Disskussion.

Anmerkungen:

1) Neben CONTRASTE unterstützen und organisieren noch andere die p.m.-Lesungen am 11. und 12. 6. in Berlin, wie z.B. Klaus Farin, AurorA-Buchversand, Anti-Quariat, Espero, und eventuell Netzwerk e.V. usw.
2) vgl. hierzu: Der arbeitsfreie Mittwoch / Für eine planetare Alternative – Zwei Vorschläge. Edition Anares Bern / Espero Hamburg-Berlin 1997.
3) p.m. als Rodulf von Gardau in: Die Schrecken des Jahres 1000. Bd.1. Rotpunktverlag Zürich 1996. S. 7/8. vgl. hierzu auch die Rezension von Klaus Farin in: CONTRASTE Nr. 164 vom Mai 1998. Die Bände 2 und 3 erschienen 1997 und 1999.
4) ebenda. Schon wegen dem hervorragenden Vorwort lohnt sich dieses Buch!
5) ebenda
6) p.m.; bolo'bolo. Paranoia City Verlag Zürich 1983 ff
7) p.m.; Amberland – Ein Reisebuch. Paranoia City Verlag Zürich 1989. Hierbei handelt es sich um die Beschreibung einer (ziemlich unbekannten) Insel, die das bolo'bolo-Prinzip schon seit geraumer Zeit übernommen hat. Mit zahlreichen Fotos, wie es sich nun mal für ein Reisebuch gehört. Es soll Leute gegeben haben, die angefragt haben, wo man Reisen dorthin buchen kann.

KASSEL: EHEMALIGER BAUWAGENPLATZ K18

Die Räumung eines Wagenplatzes und seine Folgen

Die Geschichte des Kasseler Wagenplatzes K18 beginnt Anfang 1989 mit der Gründung des interdisziplinären Projekts »Schrottkunst/ (Über-)Leben im Herzen der toten Stadt« durch einige StudentInnen des Fachbereiches Sozialwesen an der Gesamthochschule Kassel (Ghk). Ihr vorläufiges Ende fand sie mit der Räumung am 27.11.1997 (s. CONTRASTE Nr. 159). Jetzt sollen einzelne Leute aus dem selbstverwalteten Wohnprojekt nachträglich zur Kasse gebeten werden.

von Diana Engel aus Kassel ● Mitte Februar flattert der Kasseler Kunststudentin Birgit E. ein Brief in ihren Bauwagen. Als eine von zwei Gesamtschuldnern wird sie aufgefordert, binnen zwei Wochen einen Geldbetrag von 50.390,01 Mark auf ein Konto des Rechtsanwalts Hans Werner Weingart zu überweisen. Beauftragt ist der Anwalt von der Gesamthochschule in Kassel (GhK).

Birgit E. hatte mit einer Gruppe von 15 Leuten bis vor eineinhalb Jahren auf dem ehemaligen Bauwagenplatz K18 gelebt, einem brachliegenden Gelände in der Kasseler Nordstadt, das sich im Besitz der GhK befindet. 1997 wurde hier mit dem Bau des sog. Nordstadtparks begonnen – der Wagenplatz, der Ende der 80er Jahre als hochschuleigenes Projekt entstanden war, störte. Da half auch die Forderung der Bauwagenleute nach einer »integrativen Lösung« nichts, alternativer Nutzungsplan wanderte in den Papierkorb. Während bereits um den Wagenplatz gerodet und planiert wurde, lehnte das Oberlandesgericht Frankfurt eine Räumungsklage der Hochschule ab, ließ aber nicht unerwähnt, daß »hier die Exekutive gefordert« sei, »mit polizeirechtlichen Mitteln Abhilfe zu schaffen.«

Am 27. November 1997 ließ die Hochschulspitze die Wagenburg polizeilich räumen, den Abtransport der Wagen erledigte eine private Baufirma. Mehrere hundert Demonstrierende versammelten sich spontan und versuchten, sich den Abschleppfahrzeugen in den Weg zu stellen – unter ihnen viele Studierende, die auf dem Weg zu einer Demonstration in Bonn wieder aus den Bussen gestiegen waren, als sie das Großaufgebot an Polizei neben der Mensa erblickten. Zeitgleich versuchte die Wagenbewohnerin Birgit E. erfolglos, die Räumung per einstweiliger Verfügung gerichtlich stoppen zu lassen; hierfür erklärte sie eidesstattlich, Besitzerin eines der zum Abtransport bestimmten Bauwagen zu sein – was sie jetzt womöglich teuer zu stehen kommt.

Es hagelte Protestbriefe von Hochschulangehörigen und Initiativen an der ehemaligen Reformhochschule. Der Allgemeine Studierenden Ausschuß (AStA) forderte den Präsidenten Hans Brinckmann zum Rücktritt auf, »denn die Hochschulleitung«, so der AStA, »hatte mit der Räumungsaktion einen Beschluß der studentischen Vollversammlung gegen die Räumung in autoritärem Stil schlichtweg ignoriert.« Ein harter Brocken für eine Bildungsinstitution, die Anfang der siebziger Jahre als »Kasseler Modell« mit der Idee der Demokratisierung der Hochschulen gegründet worden war.

Der ehemalige Wagenplatz K18

Mittlerweile sind rund 30 DemonstrantInnen, gegen die in Folge der Räumung strafrechtlich ermittelt wird, die ersten Strafbefehle zugegangen. Der AStA appelliert an die Hochschulleitung, sämtliche Anzeigen wegen Hausfriedensbruch »unverzüglich zurückzuziehen« – und ruft zum Spenden an den Verein »Freies Wagenleben« auf. Denn die GhK versucht nun, die ihr durch die Räumung entstandenen Unkosten wieder einzutreiben. Birgit E. soll das Geld zusammen mit einem anderen Wagenbewohner berappen. Bei ihm ist allerdings nicht sicher, zum Zeitpunkt der Räumung überhaupt auf dem Platz gewohnt zu haben. Darum argumentiert Uni-Anwalt Weingart hier zusätzlich mit »Anstiftung«. Schließlich sei die zweite Person öffentlich für die Wagenleute aufgetreten. Darüber kann Sabine Grünewald vom Verein »Freies Wagenleben« nur mit dem Kopf schütteln. Der Wagenplatz K18 sei ein selbstverwaltetes Wohnprojekt gewesen, »da gibt es keine Anstifter«, sagt sie, »politisch dient es der Abschreckung, wenn hier zwei Leute finanziell ruiniert werden sollen.«

Laut Rechtsanwalt Müller-Goebel, der die beiden Wagenleute vertritt, sind die einzelnen Posten der Schadensersatzforderung »juristisch schwer durchzubringen«. Dazu zählt die Bewachung der K18-Fläche vor und während der Räumung sowie eines Areals, auf das die Bauwagen gegen den Willen ihrer BesitzerInnen verbracht worden waren. Auch der Abtransport der Wagen wird in Rechnung gestellt. »Dabei haben wir noch am Morgen der Räumung erklärt«, sagt Sabine Grünewald, »die Wagen mit den eigenen Zugmaschinen wegziehen zu wollen.« Die entstandenen Unkosten wären also vermeidbar gewesen. Für den Verein »Freies Wagenleben« stellt das jüngste Vorgehen der GhK denn auch nichts anderes dar, als die konsequente Fortsetzung einer Politik des Hochschulpräsidenten Brinckmann, der zielstrebig auf eine Räumung des Wagenplatzes hingearbeitet habe und dafür den Wagenleuten die Schuld in die Schuhe geschoben hätte.

Die GhK will ihre Forderungen nun gerichtlich durchsetzen. Gewinnt sie den Rechtsstreit, wird Birgit E. gemeinsam mit dem zweiten Gesamtschuldner aufgrund der hohen Anwalts- und Gerichtskosten mit über 60.000 Mark in der Kreide stehen.●

Das Spendenkonto des Vereins »Freies Wagenleben«: J. Laube, Kontonummer: 1003920694, BLZ: 52050353, Stadtsparkasse Kassel

BERLIN: TOMMY-WEISSBECKER-HAUS

26 Jahre leben mit Repressalien

In Berlins künftiger Protokollstraße – der Wilhelmstraße – steht das Tommy-Weissbecker-Haus, das allein schon durch das bunte Wandgemälde aus der Umgebung heraussticht, mit der gemütlichen Kneipe Linie 1. Zu den Nachbarn gehören die SPD-Führung (Willy Brandt Haus), das Finanzministerium und demnächst auch die Vertretung der Industrieverbände (»Haus der Industrieverbände«). In dieser Straße sollen demnächst, wenn Berlin Regierungssitz ist, die Staatskarossen ihre Runden drehen. Ein Gefahrenpotential haben die Sicherheitsplaner bereits ausgemacht: das Tommy-Weissbecker-Haus und seine Bewohner. Vor drei oder vier Jahren wurde in einer Pressekonferenz in Bonn die Ecke als Gefahrenzone ausgemacht. Seitdem hat sich die Sicherheitskommission so konspirativ verhalten, daß keine weiteren Informationen zu dem Thema an die Öffentlichkeit kamen.

Als 1973 das Haus besetzt wurde – knapp ein Jahr nach dem legendären *Georg-von-Rauch-Haus* – war das Gebäude wegen seiner Randlage und Nähe zur Berliner Mauer unbedeutend und weitgehendst uninteressant. Bis 1969 waren in dem Haus Gastarbeiter der Firma *Eternit*untergebracht. Danach stand es leer bis zur Besetzung.

Etwa 80 Leute, meist Treber, besetzten im Februar 1973 das selbstverwaltete Jugendzentrum *Drugstore*, um das Gebäude in der Wilhelmstraße 9 für selbstverwaltetes Wohnen vom Berliner Senat nach dem Vorbild des *Georg-von-Rauch-Hauses* gestellt zu bekommen. Zu dem Zeitpunkt gab es bereits einen Beschluß der Bezirksverordnetenversammlung (BVV), kein zweites *Rauch-Haus* zu dulden. Am 2. März wurde allerdings ein zweijähriger Nutzungsvertrag unterschrieben. Als Trägerverein wählte man den *SSB* (Sozialpädagogische Sondermaßnahmen Berlin e.V.) dem u.a. auch das *Drugstore* angehörte. Die beiden oberen Etagen des Hauses durften aufgrund baupolizeilicher Erwägungen nicht genutzt werden, so daß die freigegebenen Etagen restlos überfüllt waren. Der Senat erhoffte sich davon, daß sich durch die Konflikte, die auf so engem Raum entstehen, das Problem von allein lösen würde: schließlich lebten die 80 Bewohner sehr zusammengepfercht und setzten sich aus einer heterogenen Gruppe zusammen, unter denen teilweise nicht die »nettesten Gesellen« waren. »Das Problem ist nicht ein Haus zu bekommen, sondern es zu halten«, faßte ein Senatsbeamter die Doktrin zusammen.

Die neuen Bewohner benannten das Haus nach dem Anarcho *Tomas Weissbecker*, der ein Jahr zuvor bei der Fahndung nach der *Baader-Meinhoff*-Gruppe von der Polizei im Alter von 23 Jahren in Augsburg erschossen wurde. Er stammte aus dem Umfeld der umherschweifenden *Haschrebellen* und der *Blues*-Bewegung, einer antiautoritären Bewegung aus der sich später die Bewegung *2. Juni* rekrutierte. Sein Todestag fiel mit der Besetzung zusammen, so daß eine Benennung nach ihm auf der Hand lag. »Es war damals so, daß man das Haus nach jemanden benennen mußte, zu dem man sich hingezogen fühlte. Zudem fiel der Todestag mit dem Einzug zusammen«, erzählt ein Hausbewohner. Mit Pioniergeist wurde das Leben im Haus organisiert. Dazu gehörten wöchentliche Plena, gemeinsame Kassen, Küchendienst und ein Weckdienst für die Schüler.

1974 wurde der Nutzungsvertrag wiederum nur für ein Jahr verlängert und gleichzeitig nahmen die Repressalien durch die Polizei zu. Im Rahmen der Entführung des CDU-Politikers *Peter Lorenz* durch ein Kommando der *Bewegung 2. Juni* im März 1975 stürmten 400 mit Maschinenpistolen bewaffnete Polizisten das Haus und verwüsteten es auf der ergebnislosen Suche nach dem Politiker. »Etwa drei Hundertschaften Bereitschaftspolizei, zwei Wasserwerfer, Hundestaffeln und Spezialeinheiten standen vor unserem Haus. Mit entsicherten Maschinenpistolen und Pistolen besetzte die Polizei die vier Etagen unseres Hauses. Nach alter Manier wurden wieder einmal nicht unsere Schlüssel benutzt, sondern Türen mit Äxten und Brecheisen aufgebrochen. Im Fotolabor wurden ohne sichtlichen Grund Geräte zerstört (...) Als um fünf Uhr das Wüten zuende war, notierten wir 25 zerschlagene Fensterscheiben, demolierte Türen und Fensterrahmen, drei zertretene Plattenspieler, zwei demolierte Waschmaschinen, ein demolierter Fernseher, ein Radio, ein Kassettenrekorder, zwei Spiegel, eine Autobatterie wurde mutwillig zerschlagen und 20 Jugendliche wurden festgenommen.« (Gedächtnisprotokoll entnommen aus einer gemeinsamen Dokumentation der betroffenen linken Berliner Projekte zum Polizeiüberfall)

Das drastische Vorgehen der Polizei hinterließ einen Schaden, den die BewohnerInnen mit 40.000 DM bezifferten. Die Springerpresse setzte dem ganzen noch einen drauf – aus Medikamenten wurden »zwei Säcke voll Drogen«, die im Stützpunkt der »anarchistischen Chaoten« entdeckt wurden. Bevor es zu einer gerichtlichen Verhandlung der Klage des SSB e.V. wegen der Zerstörung bei der Durchsuchung kam, bot der Berliner Senat eine »großzügige« Abfindung von 10.000 DM an und die Bauaufsichtsbehörde führte eine Begehung durch. Das Ergebnis war von vornherein schon klar. Das Haus war wegen der Zerstörung nicht mehr bewohnbar. Doch durch die Proteste in der Öffentlichkeit mußte der Senat seinen Plan ändern. Die nächsten Schikanen begannen, als der Posten des Hausmeisters vergeben werden sollte. Die vom Haus gestellte Person wurde als Hausmeister vom Senat nicht akzeptiert. Das Bezirksamt beschloß nun als nächstes die »Betriebsschließung« des Hauses. Neuer Mieter sollte die Arbeiterwohlfahrt werden, die die Einrichtung zu einer Ausländerberatungsstelle ausbauen wollte. Zur selben Zeit standen sehr viele Häuser im Kiez leer.

Ein erneuter Versuch, dem »Problem« *Tommy-Weissbecker-Haus* (THW) Herr zu werden, wurde Ende 1975 gestartet. Der Senat drückte dem Haus eine Sozialarbeiterstelle auf. Die Stelle wurde letztendlich mit einer dem Haus nahestehenden Sozialarbeiterin besetzt, so daß es keine größere Auswirkungen auf die Selbstbestimmung innerhalb des Hauses hatte. In der folgenden Zeit wurde das Haus häufiger Opfer von Polizeieinsätzen wegen Ruhestörung oder kleinerem Kaufhausdiebstahl. Bei einem klärenden Gespräch über die Polizeipraxis, an dem der Senat und führende Beamte der Polizei teilnahmen, wurde ein Teilsieg errungen. Vor Polizeieinsätzen in bezug auf das *TWH* mußte der Senat in Kenntnis gesetzt werden, der wiederum Kontakt mit dem Sozialarbeiter des Hauses aufnehmen mußte.

Im Jahr 1978 durchlebte Berlin die erste Welle von Instandbesetzungen und Räumungen von Häusern. Für das *TWH* hatte dies allerdings keine nennenswerten Folgen. Das Problem, mit dem hier gekämpft wurde, waren fehlendes Werkzeug und Baumaterialien für eine Renovierung und Beseitigung von Schäden. 1980 wurde deshalb ein Finanzierungsantrag gestellt, der mit der Forderung nach Einbeziehung und Mithilfe der Bewohner bei der Planung und Renovierung gekoppelt war. Nach zweijährigem Kampf mit der Bürokratie wurden letztendlich die Gelder bewilligt und die Renovierung konnte durchgeführt werden. Je nach Arbeitsverhältnis hatten die Bewohner bei der Renovierung mitzuhelfen. Sieben Jahre lang zogen sich die Arbeiten hin, bis alles fertig war. Ursprünglich war eine hauseigene Werkstatt geplant, um sich selber noch Ausbildungsplätze zu schaffen, aber das scheiterte an der Umsetzung.

1987 machte das Haus wieder einmal Schlagzeilen. Die meist arbeitslosen Bewohner schrieben einen Brief an den Ostberliner Oberbürgermeister Krack und baten ihn, ihnen Arbeitsplätze und Lehrstellen zur Verfügung zu stellen, da es im Westen bei der Arbeitsmarktlage keine Chancen gebe. Dieser verwies sie allerdings an den Berliner Senat, der sich reichlich blamiert vorkam. Da wundert es eigentlich wenig, daß die Subventionen als Kulturprojekt bereits nach kurzer Zeit gestrichen wurden und auch ein Antrag auf eine ABM-Stelle ein paar Jahre später schnell verschwand. 1990 wurde die Hauskneipe *Linie 1* eröffnet. Der nächste Höhepunkt in der jüngeren Geschichte des Hauses war der Geheimgig der amerikanischen Polit-HC-Combo *Rage Against The Machine*. Sie spielten für 10,- DM Eintritt. Insgesamt fanden bei der Tour nur 3 Geheimgigs statt.

Ein weiteres Problem des Hauses sind die lieben Nachbarn, die bei der kleinsten Lärmbelästigung sofort die »110« wählen und sich beschweren. Bisher verlief es allerdings für das Haus relativ glimpflich – bis das Bezirksamt merkte, was für ein gutes Druckmittel sie damit in der Hand halten. Bei erneuter Beschwerde über Lärmbelästigung drohte das Bezirksamt der *Linie 1* mit Lizenzentzug. Die Anwohner für sich zu gewinnen, hat das Haus schon mehrere Male versucht. Die Anwohner wurden zu Infoveranstaltungen geladen oder hatten Selbstdarstellungsbroschüren in ihren Briefkästen. Noch nicht einmal die VoKü wird genutzt, obwohl es gerade in dieser Gegend viele sozialschwache Anwohner gibt. Großes öffentliches Interesse herrschte zum 25-jährigen Bestehen des Projektes. Eine Woche lang wurde gefeiert und über die Geschichte berichtet.

Bands, die Interesse haben im *TWH* zu spielen, können sich im Büro melden. Wohnkapazitäten sind zur Zeit ebenfalls noch frei.●

Kontakt:
Tomas-Weissbecker-Haus, Wilhelmstr. 9, D-10963 Berlin
Haus-Büro 10-14 Uhr, Tel: (0 30) 251 29 43, Saal-Büro, Mo, Di, Do 16-20 Uhr, Tel: (0 30) 251 85 39
Regelmäßige Termine: VoKü von Mo-Do; Di: Punkrocktresen in der Linie 1 (mit billigen Getränken); jeden 1. Fr. im Monat Ska/Soul-Nighter in der Linie 1.

Aus: Wahrschauer Nr. 37, von Maurice

HAGEN 4

Wohnprojekte

Mit Geduld und Ausdauer

... die werden benötigt von der Idee beziehungsweise dem Traum – denn viele verbinden damit auch ein Idealbild und hohe Erwartungen – bis zur wirklichen Realisation eines gemeinschaftlichen Wohnprojektes. Auf dem ehemaligen Hof des Bauern Rathjen in Hagen-Grinden – landschaftlich schön in der Wesermarsch gelegen – ist diese Realität jetzt ein Stück weit verwirklicht. Die ersten Mieter des Projektes sind eingezogen.

Redaktion Bremen / Birgit Ahlswe ● Es begann in der Finkenburg, wo fünf der jetzigen beziehungsweise zukünftigen Bewohner des ehemaligen Hof Rathjen ihre ersten Erfahrungen im Zusammenleben mit einer mehr oder weniger bunten Gemeinschaft sammelten. Das war vor fünf Jahren. Einige hatten mittlerweile in Bremen gewohnt, so wie Karin Hartrampf. Sie hat bereits verschiedene Wohnformen kennengelernt. Auch das Leben in einer Kleinfamilie in der Stadt. Ursprünglich kommt sie aus einer großen Familie vom Land und bevorzugt diese Lebensform der sozialen Gemeinschaft wegen. Die bietet gegenseitigen Austausch, Anregung und Unterstützung im Alltag. Sie zieht den Kontakt mit Menschen dem abendlichen Fernsehkonsum vor. Dazu bietet eine größere Gemeinschaft auf dem Lande einfach mehr Möglichkeiten. Mehr Möglichkeiten für eine gemeinsame Auseinandersetzung und auch die Erledigung der notwendigen Arbeiten in Haus und Garten. Das ist manchmal anstrengend aber auch spannend und lebendig.

11 Menschen, 60 Rinder und ein Hund

Dieser Hof ist das dritte Projekt der *AllerWohnen e.G.* Diese regelt die Finanzierung durch externe Geldanleger, staatliche Rendite und die Einnahmen der Mieten. Die Wohnprojekte gründen einen Hausverein, der sich eine Satzung gibt, um das Zusammenleben zu regeln und kümmert sich um alle weiteren Angelegenheiten selbst, wie Renovierung und Vermietung. Im ehemaligen Rathjens Hof wohnen bis jetzt sieben Erwachsene und drei Kinder. Hinzu kommen die sechzig Galloway-Rinder des Landwirts Johannes Schettler und der Hofhund Topper. Bis zum Jahre 2001 soll sich die Anzahl der Bewohner auf zwanzig erhöhen – so viele Mieten werden bis dahin zur Finanzierung benötigt.

»Die Organisation des Kaufes hat viel Kraft gekostet«, erzählt Karin Hartrampf. Ein Jahr lang haben sich die Beteiligten damit befaßt. Prüfung der Umbau- und Renovierungsmöglichkeiten, Bauanträge und Finanzierung. Die Suche eines passenden Objektes war nicht einfach. Es sollte ein bißchen Land dabei sein, eine gute Verkehrsanbindung haben und vor allem mußte es die Möglichkeit zum Ausbau von Wohnraum für zwanzig Personen bieten. Im Oktober 1998 war der Kauf schließlich perfekt. Mit dem Vorbesitzer wurde eine fließende Räumung bis zum Herbst 2000 vereinbart. Inhaltliche Überlegungen über die Gestaltung des Zusammenlebens waren im voraus kaum möglich. Die müssen sich jetzt in der Praxis ergeben.

»Learning by doing«

Die jetzigen Mieter sind im Alter zwischen 29 und 44 Jahren und kommen aus den verschiedensten Berufen: Landwirt, Pädagogen, Tischler, Hauswirtschaftlerin und ein Politik-Wissenschaftler. Was alle gemeinsam haben, ist das Ziel ökologisch zu wirtschaften. In den Nebengebäuden sollen zwei weitere Wohneinheiten ökologisch ausgebaut werden. Insgesamt wird es dann vier Wohneinheiten geben. Langfristig gibt es Überlegungen zur Ansiedlung ökologisch wirtschaftender Betriebe, wie einen Hofladen und einen Verarbeitungsbetrieb für Nahrungsmittel. Auch eine Werkstatt wäre möglich. Die Umbau- und Renovierungsarbeiten werden zum größten Teil selbst ausgeführt. Handwerkliches Geschick ist da schon gefragt. Aber mit einer guten Portion Interesse und der Bereitschaft zum »learning by doing« kommt man irgendwann auch ans Ziel. Die Hofstelle existiert

Die ersten Mieter des Wohnprojektes im ehemaligen Hof Rathjen in Hagen-Grinden Foto: Birgit Ahlswe

bereits seit dem 17. Jahrhundert, und die jetzigen Mieter sind die dreizehnten in der Besitzerfolge. Zu gegebener Zeit werden sie ihre Hofstelle jedoch noch mit einer weiteren, bereits eingesessenen Familie teilen: Ein Storchenpaar nistet seit einigen Jahren in dem Horst hinter dem Hof.●

SCHEESSELER MÜHLE

»Suchen Menschen für alternatives Wohnprojekt«

... lautete die Anzeige, die Birgit Müller-Scheeßel und ihr Mann Anfang der 90er Jahre in verschiedenen überregionalen Zeitungen aufgaben. Nachdem ihr Mann in Ruhestand gegangen war, machte sich das Ehepaar daran, ihre Idee eines Wohnprojektes für jüngere und ältere Menschen auf dem ehemaligen Gut an der Scheeßeler Mühle in die Tat umzusetzen. Die Resonanz auf die Annoncen war riesig.

Redaktion Bremen / Michael Fitschen

Alter Kirchenbesitz

Die Geschichte der Scheeßeler Mühle reicht bis vor die Zeit des 30-jährigen Krieges zurück. War das Anwesen ursprünglich in kirchlichem Besitz, konnte der Müller nach dem Krieg die Mühle eigenständig bewirtschaften. Im Laufe der Zeit wurde der Besitz größer, es kamen weitere Wirtschaftszweige dazu: Eine Sägerei, eine eigene Gärtnerei, eine Kornbrennerei. Daneben gehörten zum Gut selbstverständlich ein großer landwirtschaftlicher Betrieb und eigene Waldbestände. Als Birgit Müller-Scheeßel vor 34 Jahren auf den Hof kam, hat sie selbst noch im Stall mitgeholfen. Doch Anfang der 80er Jahre gab die Familie die Landwirtschaft endgültig auf; die Ländereien sind seitdem verpachtet.

Traum vom gemeinschaftlichen Leben

Am Anfang des Projektes standen einige Treffen mit den Interessenten, die sich auf die Zeitungsannoncen hin gemeldet hatten. Teilweise mußten sie aus Platzgründen im Dorfgemeinschaftshaus abgehalten werden. Die Treffen wurden von zwei Profis begleitet, einem Architekten und einem Landschaftsarchitekten. Zunächst mußte sich zeigen, wer von den Interessenten für das Projekt geeignet erschien. »Es waren sehr unterschiedliche Menschen. Schon bald haben sich Gruppen mit speziellen Interessen und Schwerpunkten gebildet«, berichtet Birgit Müller-Scheeßel: »Uns war von vornherein wichtig, mit den Leuten zu planen und deren Interessen zu berücksichtigen.«

Ihre Vorstellung war, daß die Gebäude im Besitz der Familie bleiben und in den ehemaligen Stallgebäuden etwa 20 Wohneinheiten entstehen sollten. Diese sollten möglichst konsequent nach ökologischen Gesichtspunkten gebaut werden. Den alten Familienbesitz wollten sie jedoch nicht aus der Hand geben, so daß sie als Vermieter der Wohnanlage auftreten würden. Ihr Sohn, der zur Zeit nicht auf dem Hof lebt, zeigte sich mit dem Projekt einverstanden. Heute bezeichnet Birgit Müller-Scheeßel ihre damaligen Vorstellungen als blauäugig. »Wir wollten einer unter vielen sein. Die Leute sollten gleichberechtigt mit uns zusammen an der Planung teilnehmen,« erzählt sie. »Anstehende Probleme wurden jedoch nicht gleich mit uns besprochen, sondern erst einmal in den einzelnen Gruppen. Wir als Eigentümer standen eher außen vor.«

In diesem Teil des Gebäudekomplexes befindet sich noch der Hansa-Landhandel. Später könnte es ebenfalls Teil des Wohnprojektes werden Foto: Michael Fitschen

Gartenbau, Kultur und Ökologie

Die Gruppen hatten eigene inhaltliche Schwerpunkte. Die einen konzentrierten sich auf landwirtschaftliche Themen wie gemeinsame Tierhaltung und Gartenbewirtschaftung. Andere wollten soziale oder künstlerische Projekte umsetzen. An die Einrichtung von Atelierräumen war gedacht, in regelmäßigen Abständen sollten Kinovorführungen stattfinden.

Als erster Schritt wurde ein Neubau mit fünf Wohnungen auf dem Gelände der ehemaligen Südscheune realisiert. Die künftigen Mieter konnten bei der Aufteilung der Räume und anderen gestalterischen Fragen ihre Wünsche einbringen. Es wurde nur Stein und Holz verbaut, kein Beton, das Isoliermaterial ist Isofloc (Papierflocken), Sonnenkollektoren sind auf dem Dach installiert ... Die konsequente ökologische Bauweise hat verständlicherweise zur Folge, daß die Wohnungen nicht gerade billig sind: 11 DM pro Quadratmeter beträgt zur Zeit die Miete.

Stagnation oder neue Perspektiven

Auch wenn Birgit Müller-Scheeßel heute von Stagnation redet – einige Ideen wurden durchaus umgesetzt. Ein Anteil der Miete fließt in eine Gemeinschaftskasse. Davon wird ein gemeinsamer Hauswirtschaftsraum finanziert. Auch ein Aufsitzrasenmäher wurde davon angeschafft. Ein paar Interessierte kümmerten sich von Anfang an um Hühnerhaltung und Gartenbau – alle dürfen davon profitieren. Einzelne halten daneben ein paar Schafe und Ziegen, einen Stall mit drei Pferden gibt es auch.

Künstlerische oder soziale Projekte wurden dagegen bisher nicht umgesetzt. »Die Kräfte waren durch den Bau gebunden. Wir wollten dann den ehemaligen Kuhstall umbauen, doch es gab rechtliche Schwierigkeiten. Und vor einem Jahr ist mein Mann gestorben ... Seitdem ist nichts mehr passiert. Mein Sohn, auf den der Hof jetzt überschrieben ist, hat noch nicht konkret geäußert, was er vorhat«, so schildert Birgit Müller-Scheeßel die heutige Situation. Dennoch betont sie, daß durch den gemeinsamen Prozeß der Planung Freundschaften entstanden sind. Ein Jahr nach dem Einzug feierten alle zusammen mit Freunden ein großes Hoffest. Der von den Gebäuden kreisförmig umgebene Hof ist für solche Veranstaltungen wie geschaffen.

Wie es mit dem Projekt weitergeht, ist zur Zeit offen. In diesem Jahr werden zwei Wohnungen frei, die erste im August. Der Grund: Es hat sich Nachwuchs eingestellt, die Wohnung wurde zu klein. Auch mehr Aktivitäten in der Landwirtschaft wären in Zukunft wieder möglich, da einige Pachtverträge demnächst auslaufen. Wer Interesse an dem Projekt hat, kann sich gerne an Birgit Müller-Scheeßel wenden: Tel. (0 42 63) 84 54.●

Z.B.: GEMEINSCHAFTEN

435 selbstorganisierte Lebensgemeinschaften – davon 181 in Deutschland – sind in den BUNTEN SEITEN 1999 der CONTRASTE unter der Rubrik »Gemeinschaften« zu finden. Einige dieser Projekte aus der BRD werden sich Pfingsten (20.-24.5.99) in der Kommune Niederkaufungen bei einem Treffen unter dem Motto »Los geht's: Selbstbestimmt leben – Gruppen gründen«, vorstellen. Zu diesem Treffen sind Menschen eingeladen, die Interesse daran haben, neue Gemeinschaftsprojekte zu gründen oder in bestehende einzusteigen (Näheres dazu auf Seite 16).

Auf unseren Serviceseiten »Ethische Geldanlagen« in den BUNTEN SEITEN stellen wir einen Solidarfonds zur Förderung von Wohnprojekten vor. Vorgestellt werden der Ottersberger Bahnhof bei Bremen und Heidjer Reetz, Vorstandsmitglied des Hamburger Vereins zur Förderung alternativer Wohnprojekte e.V., der federführend die Idee zur Förderung von Wohnprojekten entwickelt hat. Anschließend wird die derzeitige Situation des durch die Hamburger »TRION Geldberatungsgenossenschaft e.G.« verwalteten Solidarfonds dargestellt und ein Einblick in den Versuch, Boden und Immobilien langfristig dem marktwirtschaftlichen Kreislauf zu entziehen, gegeben.

Die BUNTEN SEITEN 1999 enthalten neben 12.500 ausgewählten Anschriften auch den »Reader der AlternativMedien« mit Beschreibungen von Zeitschriften, Verlagen, Freien Radios und Film- & Videogruppen.●

CONTRASTE (Hg): BUNTE SEITEN 1999. Alternative Projekte, Initiativen & Betriebe – Mit Reader der AlternativMedien. Über 12.500 ausgewählte Anschriften. 292 Seiten, ISBN 3-924085-05-6, 30 DM zzgl. 4 DM Versandkosten, Bestellungen über die Redaktionsanschrift oder den Buchhandel.

WEIDENHOF / RIEPHOF

Wohnprojekte

Gemeinschaftliches Projekt mit aktuellem Finanzbedarf

Der Weidenhof im Rieper Moor bei Schneverdingen wird seit 1973 nach den Prinzipien des biologisch-dynamischen Landbaus bewirtschaftet. 1995 wurde er von Heidjer Reetz, Franz Schumacher und Eckhard Weber als Betriebsgemeinschaft übernommen, weil die Vorbesitzer des Demeter-Hofes Konkurs anmelden mußten.

Heidjer Reetz, Mitinhaber der Hofgemeinschaft »Weidenhof« bei Schneverdingen. Auf dem Hof wird traditionelle bäuerliche Landwirtschaft mit einem modernen Konzept des gemeinschaftlichen Lebens verbunden. Photo: Michael Fitschen

Redaktion Bremen / Michael Fitschen ● Bisher konnte aufgrund von Schwierigkeiten bei der Klärung der Altschulden nur ein Teil der Schulden übernommen und grundbuchlich abgesichert werden. Ziel ist die Überführung des Hofes in einen gemeinnützigen Trägerverein. Die aktuelle Finanzsituation ist durch den plötzlichen Ausstieg eines der drei Teilhaber bedingt. Dieser Schritt führt zu einem aktuellen Finanzbedarf von 50.000,– DM.

Vielseitiges Konzept neben der Landwirtschaft

Der Weidenhof ist mit einer Fläche von 58 ha Acker- und Grünland sowie 18 ha Wald ausgestattet. Angebaut werden Roggen zum Brotbacken und Hafer für die Fütterung des Viehs sowie Gemüse und Obst. Zur Zeit gibt es zwölf Milchkühe und einen Stier auf dem Hof, alles »alte schwarzbunte Niederrinder«, eine alte, robuste niederdeutsche Rasse; daneben acht Schweine und dreißig Hühner. Aus eigener Produktion stammen das Roggenbrot, gebacken im Lehmkuppelofen, die Wurstwaren und Milchprodukte.

Der Weidenhof hat ein eigenes Energiekonzept für sich entwickelt. 1997 wurde ein Holzvergaserkessel mit Fernwärmenetz installiert. 1998 wurde als zweiter Schritt ein mit Heizöl betriebenes Blockheizkraftwerk errichtet. Dieses Konzept kann sich jeder auf dem Hof vorführen lassen. Eine umfangreiche Beratung ist möglich.

Ganzheitliches Erleben wird für Schulklassen angeboten. In einem separaten Gebäude befindet sich das Landschulheim mit zwei Schlafräumen für 33 Kinder, einem großen Saal, einer Küche und einem Waschraum. Die Kinder können durch die Mitarbeit in allen Betriebszweigen den »Wert« landwirtschaftlicher Produkte selbst erfahren. Zugleich ist der Aufenthalt auf dem Hof praktisch erlebter Biologieunterricht, wo die Rolle und das Zusammenspiel der verschiedenen Tier- und Pflanzenarten beobachtet werden können. Im Winter und Frühjahr liegt der Schwerpunkt der Arbeit im Wald: Bäume werden gefällt, Holz transportiert und neue Bäume gepflanzt.

Soziales Engagement und Philosophie

Seit Februar 1998 wird ein weiteres Projekt auf dem Hof etabliert: »Menschen in schwierigen Lebenslagen« – zum Beispiel sucht- oder psychisch kranke Menschen – werden aufgenommen, um in der Hofgemeinschaft zu leben und mitzuarbeiten. Beide Seiten können gewinnen: Die vielseitige, naturverbundene Arbeit wirkt heilsam; auf dem Hof können so arbeitsintensive Produktionsabläufe beibehalten werden. »Wir wollen in der Gemeinschaft kein 'Inselbewußtsein' entwickeln«, so Heidjer Reetz. »Wir verstehen uns vielmehr als Spiegel der Gesellschaft. Das Single-Dasein nimmt heutzutage immer weiter zu. Da bietet das Leben in einer frei gewählten Gemeinschaft eine echte Alternative. Diese Lebensform ist eine Chance, den Vereinsamungstendenzen in der Gesellschaft entgegenzuwirken.«

Pro Jahr werden ein bis zwei Seminare zu philosophischen Themen durchgeführt. Die Treffen finden jeden ersten Samstag im Monat statt. Ausgewählte Texte philosophischer und anthroposophischer Literatur werden besprochen, nächstes Thema: »Das reine Denken als individuelle Lebenskraft und als sozialer Schulungsweg«.

Unterstützung ist möglich

Es ist noch ein Platz in dem oben beschriebenen Wohnprojekt frei – das Zimmer kann ab sofort bezogen werden. Jeder, der die Angebote des Hofes in Anspruch nimmt, trägt mit seinem Geld zum Bestehen des Hofes bei. Spenden werden selbstverständlich in dieser Situation auch gerne entgegengenommen. Darüber hinaus bietet sich der Hof als transparente Geldanlage an! Privatdarlehen werden mit 3% verzinst. Es wird eine grundbuchliche Sicherheit geboten. So kann jeder mit etwas Geld auf der hohen Kante direkt zum Bestehen des Hofes beitragen.●

Kontaktadresse:
Interessenten setzen sich unter Tel. (0 51 93) 97 00 26/-27 mit dem Weidenhof in Verbindung. Für ganz eilige die Bankverbindung: Nr. 8436800, BLZ 2589136 , bei der BFS Hannover.

NUR FÜR FRAUEN

Beginen-Wohnprojekt doch nicht in Fischerhude

»Die Kleinstfamilie ist nicht mehr tragfähig – wir brauchen vernünftige Alternativen!« sagt Frau Dr. Riemer-Noltenius, Mitbegründerin des Vereins »Bremer Beginenhof Modell«. Dieser hat sich zum Ziel gesetzt, eine zukunftsweisende Wohn- und Arbeitsgemeinschaft für Frauen zu schaffen, nach dem Vorbild der Beginenhöfe im Mittelalter. Eines der Projekte war für Fischerhude geplant.

Redaktion Bremen / Angelika Jenkner ● Konkret verhandelten die Projektfrauen mit der evangelischen Kirche Fischerhude um das Gebäude des ehemaligen Dorfhelferinnen-Seminars. Am Tag vor der Vertragsunterzeichnung hätten die Beginen einen wesentlichen Punkt des gemeinsamen Entwurfes nachverhandeln wollen, und dabei sei das Vorhaben gescheitert, so Pastor Ringmann aus Fischerhude. Seit dem 1.3.99 renoviert nun der Verein »Kinder haben Rechte e.V.« das Gebäude für seine Zwecke. Schade für die Beginen. Sicherlich entgeht auch Fischerhude damit ein spannendes Projekt:

Ohne männliche Bevormundung

Ein wesentliches Charakteristikum der Beginen – damals wie heute – ist, daß sie »ohne männliche Bevormundung durchs Leben gehen wollen« (E. Riemer-Noltenius). Noch heute ist das eine Einstellung, die mit Vorurteilen zu kämpfen hat, ähnlich wie im Mittelalter.

Im 12./13. Jahrhundert stieg die Zahl der Beginenhöfe explosionsartig an. Das lag daran, daß sich viele Männer auf einem der Kreuzzüge befanden. Damals galten Frauen ohne männlichen Schutz als »vogelfrei«. Es gab für sie eigentlich nur die Alternativen Ehe oder Kloster. Die Frauen, die beides nicht wollten oder deren Ehemänner nicht verfügbar waren, schlossen sich zusammen und gaben sich so gegenseitig Schutz und Unterstützung.

Leben und Arbeiten unter einem Dach

Beginenhöfe waren wie eine kleine, in sich abgeschlossene Stadt, mit eigener Kirche und von einem Graben oder einer Mauer umgeben. Die Häuser wurden jeweils nur von einer oder von einer kleinen Gruppe Beginen bewohnt. In den meisten Beginenhöfen waren die Häuser entweder Eigentum der darin lebenden Frauen oder sie gehörten der Beginengemeinschaft, die sie dann an eine, manchmal auch zwei Frauen vermietete. Es fanden sich dort Frauen aller Altersstufen zusammen, teilweise auch mit Kindern, die in einer Art Wahlverwandtschaft zusammenlebten. Die Älteren hüteten die Kinder der Jungen, wenn diese arbeiteten. Die jüngeren Frauen pflegten die Alten, wenn die sich nicht mehr selbständig versorgen konnten.

Im Unterschied zu den Nonnen legten Beginen kein lebenslanges Gelübde ab, sie verzichteten auch nicht auf Privatbesitz. Da sie alle berufstätig waren und für ihren eigenen Lebensunterhalt aufkamen, zudem aus verschiedenen gesellschaftlichen Schichten stammten, waren die unterschiedlichsten Berufe vertreten. Das brachte ihnen Ärger mit den Zünften, die darin eine Art Konkurrenz sahen. Auch der Klerus war mit dieser Form des Zusammenlebens von Frauen, das weder durch Ehe- noch durch Kirchenmänner kontrolliert wurde, nicht einverstanden. Im 14. Jahrhundert wurden die Beginen als Ketzerinnen oder Hexen verfolgt.

Schlüsselprojekt im Rahmen der Agenda 21

Die modernen Beginen orientieren sich an dem Konzept mittelalterlicher Beginenhöfe, daher auch die Wahl des Namens. Frau Riemer-Noltenius: »Es ist eine in die Zukunft weisende Wohnform, energiesparend, platzsparend und bildet durch ihr solidarisches Miteinander ein Gegengewicht zu der Vereinsamungstendenz in unserer Gesellschaft«. Aus diesem Grunde ist das Bremer Beginenhof Modell auch ein Schlüsselprojekt für Bremen im Rahmen der Agenda 21. Zur konkreten Umsetzung ihrer Ideen habe die Bremer Beginen eine Wohnungsbaugenossenschaft gegründet, und es existieren schon konkrete Pläne für einen Beginenhof in der Bremer Neustadt. Es soll ein Neubau errichtet werden mit ca. 60 Wohneinheiten, die Hälfte davon als sozialer Wohnungsbau, die andere Hälfte als Eigentumswohnungen. Frauen, die dort einmal leben möchten, müssen einen Genossenschaftsanteil von 1.250,– DM erwerben – für nicht so finanzkräftige Frauen ist Ratenzahlung möglich.

Schaffung von Arbeitsplätzen für Frauen

»In dem Konzept moderner Beginenhöfe hat der Arbeitsaspekt, die Schaffung neuer Arbeitsplätze den gleichen Rang wie die Wohnraumbeschaffung. Geplant sind Einzelhandelsgeschäfte, Servicebüros, Praxen, Dienstleistungen aller Art, ein Frauenhotel mit Tagungsräumen usw.

Frau Dr. Erika Riemer-Noltenius brachte die Idee der Beginen nach Deutschland zurück Foto: Angelika Jenkner

Dafür suchen wir gegenwärtig noch Frauen mit Unternehmungsgeist, selbstbewußte Existenzgründerinnen«, so das Infromationsblatt.

Projekt 2: Dörverden

Aber das Bremer Modell ist nicht das einzige, was die tatkräftigen Frauen in Angriff genommen haben. Margret Maring aus Dörverden erzählt voller Begeisterung von einem denkmalgeschützten Gebäudekomplex aus dem 17. Jahrhundert, um den sich der dortige Beginen-Verein derzeit bemüht. »Wenn wir mittelalterliche Wohnweise aufleben lassen wollen, sind wir da gut aufgehoben«. Auch dort ist generationsübergreifendes und solidarisches Wohnen geplant, es gibt aber auch eine Menge Ideen für berufliches Engagement von Frauen innerhalb der Gemeinschaft. So wollen sie zum Beispiel ein »Wellness-Center« einrichten, wo auch Frauen, die kranke Angehörige pflegen, Erholung ermöglicht werden soll. Des weiteren ist ein Restaurant geplant und diverse andere Einrichtungen, die etwas mit dem Thema »Gesundheit« zu tun haben.Interessierte Frauen, die mehr über eines der Projekte erfahren wollen oder selber einen Beginen-Verein gründen wollen, können sich bei Frau Dr. Riemer-Noltenius (Tel. 0421/23 97 53) oder bei Margret Maring (Tel. 04234/815) informieren.●

Anzeige

anarchistisch gewaltfrei

graswurzelrevolution

- widerstand gegen staat und krieg
- befreiung im alltag
- gewaltfreie und anarchistische bewegungen in anderen ländern
- aktuelle politik aus gewaltfrei-anarchistischer sicht
- rezensionen
- concert for anarchy u.v.m.

NEU

Im Verlag Graswurzelrevolution erschienen:

Lou Marin
Ursprung der Revolte
Albert Camus
und der Anarchismus
326 Seiten • 39,80 DM
ISBN 3-9806353-0-9

Jahresabo: 40 DM (10 Ausgaben)
Schnupperabo: 3 Ausgaben gegen 10 DM Vorkasse
Förderabonnentinnen und SpenderInnen herzlich willkommen

Graswurzelrevolution
Breul 43
D-48143 Münster
Tel 0251/48290 57
Fax 0251/4829032
www.comlink.de/graswurzel

GWR
Postbank Hamburg
Kto.-Nr.:26657207
BLZ 200 100 20

MEUCHEFITZ:

Wohnprojekte

Die Mühen der Ebenen

Wir schreiben diesen Artikel, um eine im Sommer 1998 begonnene Diskussion, um das Projekt Meuchefitz einer Leserschaft näherzubringen, die um die »Mühen der Ebenen« in selbstverwalteten Projekten weiß. Meuchefitz, ist über die Grenzen des Landkreises Lüchow-Dannenberg hinaus als Kristallisationspunkt des Widerstandes gegen die Atomanlagen in Gorleben bekannt. Das Tagungshaus mit Kneipe, Restaurant und landwirtschaftlichem Betrieb blickt auf eine wechselvolle fast 20jährige Geschichte zurück, an der nicht mehr und nicht weniger als 60 Menschen beteiligt waren, die konkret dort gelebt und gearbeitet haben. Aktuell sind es drei Personen, die das Projekt bewirtschaften.

Neuanfang oder Auflösung

Die »Meuchefitzer« haben entschieden, das Projekt einer neuen Gruppe zu übergeben, für die kollektives Leben und Arbeiten ein konkretes Anliegen ist. Wenn sich diese Gruppe bis Juni 1999 nicht findet, muß das Projekt aufgelöst werden. Die »Meuchefitzer«, das sind Rainer, Marlis und Hansel, die eine dazugekommen vor 3 Jahren, um ihren Traum vom Leben auf dem Lande mit Tieren und Selbstversorgung zu verwirklichen, der andere seit 1986 vor Ort, angezogen von der politischen Szene im Wendland und der Idee, das abgebrannte Gebäude in Meuchefitz als Volkshaus wieder aufzubauen, der Dritte von Anfang an dabei, angetreten neue persönliche und politische Räume zu erobern.

War Meuchefitz einst Trutzburg des hiesigen Widerstandes und als solches über die Grenzen von Lüchow-Dannenberg hinaus bekannt, ist es in den vergangenen Jahren zur Privatangelegenheit der dort lebenden Menschen verkommen. In Zeiten, in denen der öffentliche Raum zusehends verwaist und die Idee vom kollektiven Leben und Arbeiten für viele zum Jugendtrauma wird, nimmt es nicht Wunder, daß ein weiteres Projekt die Segel streicht. Die politische Arbeit hat sich etabliert, der »Traum von einer Sache« begrenzt sich auf die individuelle Ausgestaltung des Bestehenden innerhalb wie außerhalb der Projekte. Parallel zu dieser Veränderung und der damit einhergehenden Vereinzelung im Landkreis, zogen sich auch die KommunardInnen in ihre Arbeitsbereiche und Bauwagen zurück.

Der erste Versuch im Juli 1998 die Szene in Lüchow-Dannenberg mit einem Flugblatt zu einem Gespräch einzuladen, die Situation zu schildern und um Unterstützung zu bitten, scheiterte kläglich. Es kamen drei! Damit schien die Bedeutung von Meuchefitz in der Szene klar und die Gedanken gingen in Richtung schnelle Übergabe an eine noch zu findende Gruppe von außerhalb. Das Kommunegründungstreffen zu Pfingsten in Niederkaufungen ist in diesem Zusammenhang ein wichtiger Termin.

Erst die nachträglichen Stellungnahmen und Kommentare von FreundInnen und GenossInnen ließen uns zusammen mit diesen Anlauf zu einem zweiten Versuch nehmen. Es wurde nochmals zu einer Diskussionsrunde Ende März eingeladen, um zu klären, was NutznießerInnen und das politische Umfeld dazu beitragen können und wollen, Meuchefitz als öffentlichen Ort zu erhalten. Per Bekanntgabe im hiesigen Szeneveranstaltungskalender und Verteilung einer Einladung über die anstehende Auflösung von Meuchefitz gelang es uns wider Erwarten mehr als 60 (!) interessierte Personen zu mobilisieren. Die Eindeutigkeit mit der in der zweiten Einladung die Auflösung des Projektes angekündigt wurde, hatte die Szene wachgerüttelt.

Es erschienen neben privaten KaufinteressentInnen auch eine Gruppe politisch aktiver junger Menschen aus Hamburg, die sich unter der Bedingung, daß weitere Personen dazukommen, vorstellen können, das Projekt zu übernehmen. Offen blieb, mit welchen Vorstellungen, Ideen und Erfahrungen im Gepäck sie anreisen. Darüber hinaus fühlten sich auch wieder Menschen aus dem Landkreis angesprochen, sich einzumischen und formulierten ihr Interesse am Erhalt des Projektes und ihre Bereitschaft, die sich neu formierende Gruppe aktiv zu unterstützen. Es wurde ein Förderkreis angedacht, ein UnterstützerInnenkreis der NutzerInnen des Projektes und politisch engagierter Personen. Schnell wurde deutlich, daß mit der Übernahme des Projektes längst nicht alle Probleme gelöst sind und es einer Vertiefung der Diskussion bedarf. Konkretes Ergebnis war die Verabredung zu einem weiteren Treffen Ende April. Vorher sollen die am Projekt Meuchefitz Interessierten ihre Vorstellungen und Gedanken schriftlich formuliert und ausgetauscht haben.

Wie nicht zuletzt auch deutlich wurde, ist Meuchefitz für viele immer noch mehr als die Kneipe am Donnerstagabend und die Erinnerung an bessere Zeiten. Nach wie vor besteht ein Bezug zur Szene, [illegible] ist der Ausdruck dieses Bezuges in etwa so brilliant strukturiert und klar erkennbar wie die Szene selbst. Dabei ist die Bedeutung als Treffpunkt existent, und wie das »Cafe International« beweist, auch für Neuerungen offen. Meuchefitz ist – mit all den Brüchen und Kontinuitäten – zu einem »sozialen Raum« geworden, dessen Erhalt und Weiterentwicklung für die außerparlamentarische und nichtkommerzielle Szene in der Region wichtig ist. Es ist zu einem Symbol dafür geworden – sowohl in der Außenwahrnehmung als auch im Binnenverständnis.

Aus der Idee des UnterstützerInnen-Kreises entwickelten sich nach und nach Gedanken zur generellen Veränderung der Besitzverhältnisse in Meuchefitz. Aufgrund der langjährigen Erfahrungen mit Meuchefitz halten es viele für nicht besonders sinnvoll, das Projekt wieder in die mehr oder weniger »privaten« Hände einer Gruppe zu übergeben, sondern zu einer grundsätzlichen Veränderung der Besitzverhältnisse zu kommen. In weiteren Gesprächen entwickelten sich Ideen, Meuchefitz in eine Stiftung, einen Fonds umzuwandeln, um mittels eines TrägerInnenkreises als Ausdruck der Politik und Geschichte von Meuchefitz in der Region die politische Kontinuität bei personellen Veränderungen zu wahren und neue Impulse langfristig zu fördern. Egal welche Gruppen Meuchefitz zum Leben, Arbeiten, Wohnen, Treffen etc. nutzen, der TrägerInnenkreis soll auch weiterhin den Raum für soziale Experimente offenhalten und dafür Sorge tragen, daß der öffentliche Raum nicht durch Einzelne vereinnahmt oder durch Gruppenprozesse lahmgelegt und damit ausgeschaltet wird. Wie das ausgestaltet werden könnte, ist noch im einzelnen zu klären und erfreulicherweise Gegenstand zahlreicher Gespräche und kleinerer Diskussionsrunden.

Zum Pfingsttreffen in Niederkaufungen wird es also einiges zu berichten geben und die bis dahin konkreteren Vorschläge regen hoffentlich auch dort zur Diskussion an und zur personellen Verstärkung der sich formierenden neuen Gruppe.

Zur Geschichte Meuchefitz

Begonnen hatte das ganze ja 1980, als das Haus von Ulf Mann gekauft und an Hansel verpachtet wurde. Schnell entwickelte sich das Haus mit seiner alten Kneipe zu einem Treffpunkt der Anti-AKW-Scene, [illegible] sich in der BI nicht so ganz vertreten sah. Dies war um so leichter, als die Räumung des Bohrplatzes 1004 1980 nach sechs Wochen mit dem Einzug in Meuchefitz in die [illegible]che Zeit fielen. Die anschließenden Jahre entwickelte [illegible] sich politisch sehr rasant mit vielen Treffen, Bastelgr[illegible]en und ähnlichem. Im Projekt wohnten zu dieser Zeit zwischen 6 und 12 Personen. Kneipe und Landwirtschaft wurden in kleinem Rahmen betrieben.

Nach dem Abbrand des Hauses 1984 und der einsetzenden Repression mit dem §129 verlief die nächste Zeit etwas ruhiger. Nach dem Brand war nur noch Hansel allein in Meuchefitz, unterstützt von außen durch einige ehemalige Mitbewohner und Freunde. Bereits beim Wiederaufbau des Hauses setzte eine Diskussion über »volkseigen« ein, aber wer und wie ?? Lange Diskussionen ohne konkretes Ergebnis. Mit der Fertigstellung des Hauses zogen wieder 4 Leute ein und der Schwerpunkt der Aktivitäten verlagerte sich schnell auf die betriebliche Ebene, da die Baukosten sich verdoppelt hatten und der Bau nur mit zusätzlichen Krediten fertiggestellt werden konnte, die jetzt erwirtschaftet werden mußten. Deshalb wurde der Tagungshausbereich erweitert und zu dem traditionellen Donnerstag am Wochenende noch ein »Touristen-Restaurant« betrieben. Das politische Konzept sah Meuchefitz als Tagungsort mit Bücherei und Archiv besonders für Gruppen aus dem autonomen Spektrum vor. Die reine Orientierung auf Anti-AKW sollte aufgehoben werden. Diese Jahre schleppten sich dahin, ohne daß das eine oder andere so richtig griff. Später kam als ein wesentlicher Bereich Antifa-Arbeit dazu. Die Personen, die hier wohnten, wechselten oft und die Diskussionen wiederholten sich. Den neu eingestiegenen Menschen gelang es selten, neben den vielen Anforderungen im Projekt sich im politischen Bereich so richtig einzuklinken. Die internen Auseinandersetzungen nahmen zu.

Nachdem Ende 1996 zwölf Leute im Projekt waren, machte Hansel seinen schon seit langem angekündigten Beschluß wahr, sich aus Meuchefitz etwas zurückzuziehen und nahm eine Auszeit von einem Jahr, um andere Projekte zu besuchen. Anfang 1998 war Meuchefitz im öffentlichen Raum kaum noch präsent und so gut wie keine Gruppen nutzten mehr das Haus.

Auch heute kann noch nicht gesagt werden, daß Meuchefitz ein öffentlicher Raum sei. Es ist aber immerhin so, daß wieder Gruppen das Haus nutzen und Veranstaltungen stattfinden. Dabei liegt das Schwergewicht einmal auf Anti-Akw und zum anderen auf Anti-Rassismus. Anti-Akw-Gruppen machen hin und wieder eine Veranstaltung hier, aber kontinuierlich tagende Gruppen sind nicht im Haus.

Die Anti-Rassismus-Gruppe tagt alle vierzehn Tage und einmal im Monat wird ein Cafe für Flüchtlinge gemacht. Kontaktadresse hierfür ist auch Meuchefitz. Dann gibt es noch den Tauschring und das Wagen-Plenum, die ab und zu ihre Treffen hier abhalten.

Nachdem im Oktober 1997 bereits beschlossen wurde, die Landwirtschaft abzuschaffen, verließen als Resultat hiervon einige Leute das Projekt, weitere folgten, so daß das gesamte Jahr 1998 von ständigen Ausstiegsdiskussionen geprägt war. An den politischen Treffen beteiligten sich kontinuierlich nur noch zwei Personen.●

Hansel und Karin

Meuchefitzer Gasthof und Werkstätten GmbH, Meuchefitz 12, D-29482 Küsten, Tel. (0 58 41) 59 77, Fax 69 76

FINKENBURG

Wir wohnen vor'm Deich

Der nächste Nachbar lebt einen Kilometer entfernt. Soweit das Auge reicht sind nur Wiesen, Wasser und Wolken zu sehen. In der Höhe von Achim-Uesen, auf der linken Weserseite liegt ziemlich abgeschieden die Finkenburg. Die Hofstelle existiert bereits seit 1590 und der damalige Bewohner Finkenborg gab ihr seinen Namen.

Redaktion Bremen / Birgit Ahlswe

Arche Noah

Erst in den 60er Jahren wurde der Deich gebaut, was erklärt, warum der Hof sozusagen auf der »falschen« Seite, nämlich vor und nicht hinter dem Deich liegt. Etwa alle zwei bis fünf Jahre beschert diese Tatsache den Bewohnern ein außergewöhnliches Erlebnis. Dann ist »Land unter« und die Finkenburg verwandelt sich in eine Hallig. Bei extremem Hochwasser ist das Gebäude nur noch per Boot zu erreichen. Andreas Meier, der bereits seit neun Jahren auf dem Hof lebt, hat das in dieser Zeit mindestens dreimal erlebt. In der Rolle als Fährmann ist er da schon mal an die 20 Kilometer gepaddelt. »Das ist sehr spannend, weil man von einer völlig veränderten Landschaft umgeben ist«, sagt er.

Einmal retteten sich in dieser Zeit Tiere auf die höher gelegene Warft. Plötzlich gab es da noch ein Fasanenpärchen, einen riesengroßen Hasen, zahlreiche Igel und noch zahlreichere Mäuse. »Die Katzen fraßen nur noch die Filetstücke«, schildert Uwe Ciesla diese Zustände anschaulich. Nach ein bis zwei Wochen fließt das Wasser in der Regel wieder ab, und der Betrieb nimmt seinen gewohnten Gang.

Die Finkenburg wurde Ende 1989 von sechs Studenten ersteigert. Ihr Anliegen war es, dort über das gemeinsame

Foto: Birgit Ahlswe

Wohnen hinaus eine Lebensgemeinschaft zu führen. Sie gründeten eine Kommune mit einer gemeinsamen Kasse und gemeinsamen Arbeitsprojekten, also gemeinsamer Ökonomie. Das Gebäude bietet fünfzehn Wohnzimmer, zwei Küchen und fünf Bäder. Dazu kommen diverse große Flure als Gemeinschaftsräume. Zum Wohngebäude kommen drei Nebengebäude und 3/4 ha zugepachtetes Land, das als Pferdeweide genutzt wird.

Die Grundidee des Lebens in einer Kommune stammt aus der 68er Bewegung. »Heute ist sie jedoch weniger provokant und mehr langfristiger angelegt«, erläutert Uwe. Andreas schildert die interne Entwicklung: »Früher waren wir noch sehr dogmatisch, mit bestimmten Ansprüchen. Heute ist die erste Priorität gut miteinander zu leben!« So war das Zusammenleben immer in Bewegung. Zwischenzeitlich waren ein Teil der Bewohner auch als reine Wohngemeinschaft organisiert, und momentan befindet sich die Gemeinschaft wieder im Umbruch, weil Platz für mehrere neue Mitbewohner frei ist. Gleichberechtigte Strukturen und Entscheidungen im Konsens sind nach wie vor wichtig, und die Finkenburg soll auf jeden Fall ein Gemeinschaftsprojekt des Hausvereins bleiben. Neueinsteiger sollen aber auch Zeit und Gelegenheit haben, sich einzubringen.

Viele Arbeits- und Bauprojekte

Finanziert wird das Projekt durch die Mieten und eine einmalige Krediteinlage der Mieter, die bei Auszug wieder ausgezahlt wird. Einige Bewohner sind an einer externen Windkraftanlage beteiligt. Und auch Arbeitsprojekte, wie die vor sieben Jahren gegründete Mosterei, tragen einen Teil zur Finanzierung bei. In der Mosterei werden vorwiegend Äpfel, Holunder oder Quitten zu Saft verarbeitet. Hier können Leute ihre Früchte nach Terminabsprache auf den Hof bringen, und innerhalb von rund einer Stunde den Saft ihres eigenen Obstes wieder mitnehmen. Etwa einmal im Jahr steht ein größeres Bauprojekt auf der Finkenburg an. So haben die Bewohner schon seit vielen Jahren ihre eigene Pflanzenkläranlage. Das warme Wasser wird von Mai bis September durch eine Solaranlage produziert und eine Diele wurde saniert und von Schadstoffen befreit. Außerdem wird mit Lehmbau experimentiert, und es entstand ein Ofen für 40 Brote. - Projekte ganz anderer Art waren die Hausgeburten. Im Laufe der neun Jahre kamen vier Mädchen auf der Finkenburg zur Welt: Ronja, Laura, Marie und Truus.●

Anzeige

50 Jahre NATO
Kein Grund zum Feiern

Sondernummer
der AKTION 3.WELT Saar und der SoZ, "Sozialistischen Zeitung", mit Hintergrundanalysen zu:

- ***NATO als Weltpolizei***
- ***Bundeswehr - weltweit einsetzbar***
- ***Warum Krieg gegen Jugoslawien?***

Zur öffentlichen Auslage auf Büchertischen, bei Veranstaltungen, als Beilage in Rundbriefen ...

Bestellungen:
– AKTION 3.WELT Saar, Weiskirchenerstr.24, 66679 Losheim, Tel 06872/9930-56, Fax -57
– SOZ-Verlag, Dasselstr.75-77, 50674 Köln, Tel 0221/92311-96, Fax -97
Umfang: 4 Seiten, Zeitungsformat

Mindestbestellmenge 25 Ex.; Preis 0,20DM/Ex. zzgl Porto bis 120 Ex. 6,90DM, ab 121: 8,90DM
Bitte in Briefmarken oder mit Verrechnungsscheck bezahlen

DIE GEGENWÄRTIGEN BOMBARDIERUNGEN:

Hinter der Rhetorik

von Noam Chomsky

Es hat viele Untersuchungen über die NATO (was in erster Linie bedeutet US-)Bombardierungen im Zusammenhang mit dem Kosovo gegeben. Viel wurde über das Thema geschrieben, nicht zuletzt Znet-Kommentare. Ich möchte ein paar allgemeine Anmerkungen machen und halte mich dabei an Fakten, die nicht ernsthaft in Frage gestellt werden.

Es geht hier um zwei grundlegende Punkte: 1. Welche sind die akzeptierten »Regeln der Weltordnung«, die hier zur Anwendung kommen sollten? 2. Wie lassen sich diese oder andere Erwägungen auf den Fall Kosovo anwenden?

1. Welche sind die akzeptierten »Regeln der Weltordnung«, die hier zur Anwendung kommen sollten?

Es gibt ein für alle Staaten verbindliches Regime internationaler Ordnung und Gesetze, basierend auf der UN-Charta, daran anschließenden Resolutionen und Entscheidungen des Internationalen Gerichtshofes. Kurzum, Androhung oder Einsatz von Gewalt sind geächtet, wenn sie nicht ausdrücklich vom Sicherheitsrat autorisiert wurden, nachdem dieser zu dem Schluß gekommen ist, daß friedliche Mittel versagt haben, oder als Mittel der Selbstverteidigung gegen »bewaffnete Angriffe« (ein enges Konzept) bis der Sicherheitsrat handelt.

Selbstverständlich gibt es noch mehr dazu zu sagen. So gibt es mindestens Spannungen, wenn nicht sogar offene Widersprüche zwischen den Regeln der Weltordnung, wie sie in der *UN-Charta* niedergelegt worden sind und den Rechten, die in der *Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte*, festgehalten worden sind. Sie bilden den zweiten Pfeiler der Weltordnung, die nach dem zweiten Weltkrieg auf Initiative der USA etabliert wurde. Die Charta ächtet Gewalt, die staatliche Souveränität verletzt; die *Allgemeine Erklärung der Menschenrechte* garantiert die Rechte von Personen gegen unterdrückerische Staaten. Das Anliegen der »humanitären Intervention« entsteht aus dieser Spannung. Die USA/NATO nehmen im Kosovo das Recht auf »humanitäre Intervention« in Anspruch, und das wird im Allgemeinen durch die Kommentare und Nachrichten der Medien unterstützt (im letzteren Fall, sogar reflexiv durch die Wahl der Ausdrucksweise).

Die Frage wird in einem Bericht der New York Times vom 27. März angesprochen, der mit »Juristen unterstützen den Einsatz von Gewalt« im Kosovo übertitelt ist. Es wird ein Beispiel gegeben: Allen Gerson, vormals Berater der US-Delegation bei den Vereinten Nationen. Zwei weitere Gelehrte werden zitiert. Einer von ihnen, Ted Galen Carpenter, »äußerte sich abschätzig über das Argument der Regierung« und verneinte das angebliche Recht zur Intervention. Der dritte ist Jack Goldsmith, ein Spezialist für internationales Recht an der juristischen Fakultät in Chicago. Er sagt, daß die Kritiker der NATO-Bombardierungen »ein gutes juristisches Argument haben«, aber »viele Leute glauben, daß [eine Ausnahme für humanitäre Intervention] auf der Grundlage des Gewohnheitsrechts existiert«. Damit sind die angebotenen Beweise für die in der Überschrift angegebene, bevorzugte Schlußfolgerung zusammengefaßt.

Goldsmiths Bemerkung ist vernünftig, zumindestens, wenn wir darin übereinstimmen, daß Fakten entscheidend für die Bestimmung des »Gewohnheitsrechts« sind.

Wir sollten auch einen Gemeinplatz beachten: das Recht auf humanitäre Intervention, so es denn existiert, basiert auf den »guten Absichten« der Intervenierenden, und diese Annahme basiert nicht auf ihrer Rhetorik, sondern auf ihrer historischen Bilanz, insbesondere auf ihrem Verhalten in Bezug auf die Einhaltung der Prinzipien internationalen Rechts, Entscheidungen des Internationalen Gerichtshofes, und so weiter. Wenigstens in Bezug auf andere ist dieses eine Binsenwahrheit.

Man betrachte z.B. die iranischen Angebote in Bosnien zu intervenieren, um Massaker zu verhindern, zu einer Zeit, als der Westen dieses ablehnte. Diese wurden abgelehnt und verspottet (in Wirklichkeit ignoriert); wenn es außer der Unterordnung unter die Macht Gründe dafür gab, dann, weil beim Iran »gute Absichten« nicht angenommen werden konnten. Ein rationaler Mensch stellt dann offensichtliche Fragen: ist die iranische Bilanz in Bezug auf Intervention und Terror schlimmer, als die der USA? Und weitere Fragen, wie z.B.: wie sollen wir die »guten Absichten« des einzigen Landes bewerten, das ein Veto gegen die Entschließung des Sicherheitsrates, die alle Staaten aufruft, sich an internationales Recht zu halten, ablehnt? Was ist mit dessen historischer Bilanz? Wenn solche Fragen nicht zuoberst auf der Tagesordnung des Diskurses stehen, wird ein ehrlicher Mensch ihn als bloße Treue zur Doktrin abtun. Eine sinnvolle Übung besteht darin zu ermitteln, welcher Anteil der Literatur, Medien oder anderes, die Erfüllung solch elementarer Anforderungen gewährleistet.

2. Wie lassen sich diese oder andere Erwägungen auf den Fall Kosovo anwenden?

Im vergangenen Jahr kam es im Kosovo zu einer humanitären Katastrophe, die in überwältigendem Masse den jugoslawischen Streitkräften anzulasten ist. Die Hauptopfer sind albanische Kosovaren, ungefähr 90% der Bevölkerung dieses jugoslawischen Gebietes. Es wird allgemein geschätzt, daß es zu 2.000 Toten und mehreren hunderttausend Flüchtlingen gekommen ist.

In solchen Fällen haben Außenstehende drei Möglichkeiten:

(I) zu versuchen die Katastrophe eskalieren zu lassen,
(II) nichts zu tun,
(III) zu versuchen die Katastrophe zu lindern.

Diese Möglichkeiten lassen sich durch andere gegenwärtige Beispiele illustrieren. Wir werden hier einige Beispiele ungefähr desselben Ausmaßes diskutieren und abschließend versuchen zu bestimmen, wie Kosovo in dieses Raster paßt.

Es gibt viele Arten zu töten.
Man kann einem ein Messer in den Bauch stechen,
einem das Brot entziehen,
einen von einer Krankheit nicht heilen,
einen in eine schlechten Wohnung stecken,
einen zum Selbstmord treiben,
durch Arbeit zu Tode schinden,
einen in den Krieg führen usw.
Nur weniges davon
ist in unserem Staate verboten.

Bertolt Brecht (1898-1956)

KOLUMBIEN

Nach Schätzungen des US-Außenministeriums liegt die jährliche Zahl der politischen Morde durch die Regierung und ihre paramilitärischen Verbündeten ungefähr auf der Höhe des Kosovos und die Zahl der Flüchtlinge, die, in erster Linie, vor diesen Grausamkeiten fliehen, liegt bei weit über einer Million.

Während des Anstiegs der Gewalt in den 90ern ist Kolumbien, in der westlichen Hemisphäre, zum größten Empfänger von Waffen und Ausbildung aus den USA geworden. Unter dem Vorwand eines »Drogenkrieges« wird die Unterstützung derzeit noch verstärkt, obwohl alle ernstzunehmenden Kommentatoren diese Erklärung ablehnen. Die Clinton-Regierung hat Präsident Gaviria, unter dessen Amtsführung es nach Angabe von Menschenrechtsorganisationen zu einer »entsetzlichen Anzahl von Gewalttaten« gekommen ist, besonders enthusiastisch hochgehalten. Er hat damit sogar noch seine Vorgänger

Fortsetzung nächste Seite

FORTSETZUNG VON SEITE 1

Wer Widerstand leistet, ist der wahre Held!

... Warum schauen die Mutter Teresas von der NATO *nicht nach London? Die britische Regierung* hält seit Jahren Nordirland besetzt und unterdrückt die katholische Minderheit. Irland ist Englands älteste Kolonie, und noch immer ist es teilweise besetzt. Eine der ersten ethnischen Säuberungen, einer der ersten Völkermorde im Europa der Neuzeit war die große Hungersnot, oder besser gesagt, die Aushungerung des irischen Volkes durch das britische Empire in den 1840er Jahren. Was sagen sie dazu?

Wo wir schon bei der britischen Regierung sind: da haben ja gerade Gerichte verfügt, daß General Pinochet nach Spanien ausgeliefert werden kann, um dort vor Gericht gestellt zu werden, wegen der Folter und den Morden an seinen Gefangenen in der Zeit, als er Diktator von Chile war. Das Witzige daran ist, daß natürlich die USA Pinochets Machtergreifung 1973 finanziert und organisiert haben, als der die demokratisch gewählte Regierung Salvador Allendes stürzte. Da wurden tausende eingesperrt, und zehntausende umgebracht. Und was haben die NATO-Führer damals gesagt oder getan? Gelobt haben sie Pinochet, daß er »die Demokratie gerettet hat«! Warum reden die Mutter Teresas von der NATO nicht von den Polizeistationen in den Großstädten der USA? Tagtäglich mißhandeln und töten die amerikanische Polizei und die SWAT-Einheiten Schwarze, Angehörige von Minderheiten und Arme – ist das etwa keine »ethnische Säuberung«, wenn die Regierung Clinton in ihrem Krieg gegen die Armen Millionen Menschen die Unterstützung streicht und vom gesparten Geld dann Gefängnisse baut? Amnesty International hat festgestellt, daß in den USA heute doppelt so viel Menschen im Gefängnis sitzen wie vor vier Jahren. In keinem Land der Welt sitzen relativ zur Bevölkerung mehr Menschen im Gefängnis als in den USA. In Amerika sitzen auch mehr Menschen in der Todeszelle als in jedem anderen Land, nämlich 3.500, darunter der politische Gefangene Mumia Abu-Jamal. Auch das möchte ich hier ansprechen: heute ist auch der Tag, an dem Millionen für Mumia demonstrieren, und wir wollen nicht vergessen, daß wir auch ihn vor der Hinrichtung bewahren wollen.

Warum nehmen sich die Mutter Teresas von der NATO nicht das Gebäude der Einwanderungsbehörde in Washington vor? Diese Behörde unterhält nämlich eine paramilitärische Polizei, die jedes Jahr mehr als 100.000 Menschen in den USA mißhandelt, terrorisiert und deportiert. Ist das denn keine ethnische Säuberung?

Wo waren die Mutter Teresas von der NATO 1989, als die USA mit 25.000 Mann in Panama einmarschierten und 7.000 Zivilisten mit ihren Bomben umbrachten, um ihren eigenen Präsidenten Manuel Noriega zu entführen? Genau das: ihren eigenen Präsidenten, denn der war ihr Mann, aber dummerweise wollte er den Befehl zur Unterstützung der amerikanischen Invasionspläne für Nicaragua nicht befolgen, und da haben sie ihm dann gesagt: »Das war's.« Seht ihr da die Parallelen zum Diktat von Rambouliet und der Dämonisierung von Milosevic? Wo waren die Mutter Teresas von der NATO in den 80er Jahren, als die von den USA unterstützten Todesschwadronen in Nicaragua, El Salvador und Guatemala Hunderttausende umbrachten? Und was ist mit Peru, Bolivien, Argentinien, Kolumbien, Mexiko und den ganzen anderen Ländern Südamerikas, in denen die USA »für Ordnung sorgen«?

Wo waren die Mutter Teresas von der NATO in den 60er und 70er Jahren? Warum haben sie nicht drei amerikanische Präsidenten und die Militärspitze wegen ihrer Kriegsverbrechen vor Gericht gestellt? Die USA veranstalteten schließlich eine der brutalsten ethnischen Säuberungen nach 1945. In Südostasien fielen den amerikanischen Bomben, den Gifteinsätzen und den Bodentruppen auf ihren »search and destroy missions« zweieinhalb Millionen Menschen zum Opfer, einfach so umgebracht. Ich weiß, wovon ich spreche, denn ich war dabei. Heute noch sterben da die Menschen, wenn wieder mal ein Blindgänger hochgeht, wenn sie auf eine Mine treten, oder an den Folgen des chemischen Krieges.

Und Afrika? Laßt uns von Afrika reden. Von der Unterstützung der NATO für die Apartheid von Südafrika, fünfzig Jahre lang. Von Somalia, Nigeria, Ruanda, dem Kongo. Von der Sklaverei und den ethnischen Säuberungen. Vom Völkermord an einem ganzen Kontinent, an einer ganzen Rasse, 500 Jahre lang, auf den die Staaten, die heute in der NATO sind, ihren Wohlstand aufgebaut haben. Wenn wir davon anfangen wollten, tagelang würden wir reden.

Tage würde es dauern, Wochen und Monate, wenn man von all den Verbrechen und Greuel reden wollte, die die USA und ihre NATO-Verbündeten begangen haben. Aber ich will mich kurz fassen. Seit dem Ende des zweiten Weltkriegs haben allein die USA 200 offene und 6.000 geheime Militärinterventionen durchgeführt. Das hat zum Tod von zig-millionen Menschen geführt. Ganze Länder, Familien und Kulturen wurden vernichtet. Was sagen die Mutter Teresas von der NATO dazu? Nichts sagen sie dazu.

Heute geht es bei den US-geführten NATO-Operationen in Jugoslawien nicht darum, Menschenleben zu retten. Es geht nicht um das Recht der unterdrückten Menschen im Kosovo auf Selbstbestimmung. Es geht um das, wo es immer drum geht. Großmächte wollen beherrschen: militärisch, wirtschaftlich und politisch. Wenn sie Kosovo und Jugoslawien besetzen, dann wird das auch eine Gegend, in der die Finanzbosse, für die die NATO eigentlich kämpft, eine Ausbeuterproduktion aufziehen, große Plantagen im Besitz der Multis und hoch rentable Zinkbergwerke. Alles mit dem Schweiß der Menschen des Balkan, und schwitzen werden sie, schwitzen bis auf die Knochen, damit ein Milliardär in New York oder Paris oder Frankfurt oder London oder Tokio ein paar Millionen Dollar oder Franc oder Mark oder Pfund oder Yen in seinen Geschäftsbericht schreiben kann. Das ist das wahre Interesse und die wahre Investition in diesem Krieg.

Abschließend möchte ich mich an die Menschen im Kosovo und an die Soldaten der NATO wenden:

An die Menschen im Kosovo: Überlegt Euch folgendes: wenn die Regierung von Jugoslawien das Abkommen von Rambouillet unterschrieben hätte und die albanische Bevölkerung des Kosovo nicht, und lieber selbst für ihre Befreiung gekämpft hätte, was wäre dann passiert? Das kann ich Euch sagen: dann wäret ihr jetzt das Ziel der NATO-Bomben. Ihr würdet die gleiche Counter-Insurgency zu spüren bekommen, die die USA und ihre Verbündeten seit 50 Jahren in aller Welt anwenden. Euer Flüchtlingselend wäre CNN genauso egal wie der übrigen Presse mit ihren Goebbels-Methoden. Wenn sie über Euch berichten würden, dann nur, um zu schreien, wie recht die NATO hat, daß sie Euch bombardiert, Eure Dörfer abbrennt, das Land von Euch säubert, denn für die wäret Ihr Unterstützer des Terrorismus. Das sind Tatsachen. Millionen von Menschen auf dieser Welt ist es so ergangen, seit unser furchtbares Geburtstagskind auf die Welt kam. Ich rufe Euch zu, Menschen des Kosovo und Menschen der ganzen Welt: vergeßt das nie!

An die Soldaten: Wenn Ihr glaubt, daß die NATO da draußen den Menschen auf dem Balkan helfen will, dann werdet Ihr Euch noch ganz gewaltig wundern. Ich war selber im Vietnamkrieg, ich weiß, wie sie mich und Millionen andere junge amerikanische Männer und Frauen benutzt haben, die Völker Indochinas zu unterdrücken. Ich weiß, wie sie das Leid des vietnamesischen Volkes im Vietnamkrieg benutzt haben, einer menschlichen Katastrophe, die sie selbst verursacht hatten, und heute in Jugoslawien machen sie es genauso. Dieses Leid haben sie benutzt, damit wir es für unsere Pflicht hielten, nach Vietnam zu gehen. Ich selbst habe ihrer Propaganda geglaubt, und ich habe mich freiwillig gemeldet. Auch der derzeitige Oberbefehlshaber der NATO, General Clark weiß das, denn seine Karriere fing in Vietnam an. Und dennoch wird er Euch ohne jedes Zögern losschicken, damit Ihr für die Interessen der NATO tötet und für die Interessen der NATO sterbt, die ganz bestimmt nicht unsere Interessen sind.

Viele von Euch werden im Krieg sterben, und ich kann Euch versichern: es wird nicht schön und nicht ruhmreich sein. Wer von Euch überlebt, der wird sich vielleicht wünschen, er sei gefallen. Dann bliebe ihm nämlich die Erinnerung an das erspart, was er getan hat und was er gesehen hat. Ich träume immer noch jede Nacht von den schrecklichen Dingen, die ich in Vietnam erlebt habe. Mehr als 75.000 Vietnam-Veteranen haben sich nach dem Krieg umgebracht, und ich kann sie verstehen. Ich kann nur deshalb überleben, weil ich aus meinen Erfahrungen im Vietnamkrieg gelernt habe, und das verdanke ich der damaligen und der heutigen Antikriegsbewegung, weil ich gelernt habe, die Gehirnwäsche zu überwinden. Ich lebe heute dafür, daß ich meine schrecklichen Erfahrungen berichte, um eine neue Generation von jungen Gehirnwäscheopfern vor dem Glauben an die Lügen der Propaganda zu bewahren; sie sollen nicht für die Sache des Imperialismus kämpfen. Friedrich der Große hat einmal gesagt: »Wenn meine Soldaten das Denken anfingen, so würde mir nicht einer verbleiben.«●

Schließt Euch uns – der Antikriegsbewegung – an!
Schließt Euch uns – den Menschen der ganzen Welt – an, um für wahre Menschlichkeit zu kämpfen!
Wer Widerstand leistet, der ist der wahre Held!

Übersetzung: Mathias Kohler

Kontaktadresse:
Stop The War Brigade, Gaulstr. 36, D-67547 Worms, Tel. (01 77) 481 61 28, Fax über STWB (0 62 21) 16 44 89

RednerInnen vor dem NATO-Hauptquartier:

Die sofortige Einstellung aller Kampfhandlungen wurde u.a. von Redner/innen der Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes (VVN/BdA), des DGB-Arbeitskreises für Frieden und Entwicklung und des Freidenkerverbandes gefordert.

Der Bundestagsabgeordnete der PDS Winfried Wolf kritisierte die völlig einseitige und überzogene Propaganda im Bundestag wie in den Medien und verurteilte die inakzeptablen Vergleiche der Ereignisse im Kosovo mit den Greuel des Nationalsozialismus durch die Minister Scharping und Fischer, mit denen die Verbrechen des deutschen Faschismus relativiert und verharmlost werden.

Die Sprecherin der »Serbischen Frauen für den Frieden« berichtete über die drohenden langfristigen katastrophalen Schäden im Kosovo wie im übrigen Land durch den Einsatz uranhaltiger Munition. Vietnam Veteranen richteten sich auf englisch direkt an die dort stationierten Soldaten und erinnerten u.a. an die verheerenden Folgen des Krieges und Embargo gegen den Irak für die Zivilbevölkerung, wo seither nach UNO-Angaben mehr als 600.000 Kinder an den Kriegsfolgen starben.

Zum Schluß mahnte der Vertreter des AKAS die Teilnehmer/innen, sich auf einen längeren Krieg einzustellen, da die NATO-Staaten zu keinem Kompromiß bereit scheinen und sich offensichtlich auf einen allmählichen Übergang zum Bodenkrieg rüsten.

Dave Blalock

1968-71 in der US-Army, 1969-70 in der Luftwaffe (First Aviation Brigade) in Vietnam, Mitglied der Vietnam Veterans Against The War, von A.I. und der Stop The War Brigade.

FORTSETZUNG VON SEITE 10

übertroffen. Detaillierte Informationen sind reichlich verfügbar.

In diesem Fall zeichnet sich das Verhalten der USA aus durch (I):
Ausweitung der Greueltaten.

TÜRKEI

Nach sehr konservativen Schätzungen fällt die Repression der Kurden durch die Türkei in die Kategorie des Kosovo. In den frühen 90ern erreichte sie einen Höhepunkt; ein Anzeichen ist die Flucht von über einer Million Kurden vom Land in die inoffizielle kurdische Hauptstadt Diyarbakir zwischen 1990 und 1994, als die türkische Armee die Dörfer auf dem Land zerstörte. Das Jahr 1994 sticht durch zwei Entwicklungen hervor: es war »das Jahr der schlimmsten Repression in den kurdischen Provinzen« der Türkei, wie Jonathan Randal als Beobachter vor Ort schilderte, und das Jahr in dem die Türkei »größter Einzelimporteur US-amerikanischer Rüstungsprodukte und damit größter Waffenkäufer der Welt« wurde. Als Menschenrechtsgruppen den Einsatz von US-Flugzeugen bei der Bombardierung von Dörfern aufdeckte, schaffte es die Clinton-Regierung, Gesetze, die das Aussetzen von Waffenlieferungen vorsehen, zu umgehen, so wie sie es auch in Indonesien und anderswo tat.

Kolumbien und die Türkei erklären ihre (durch die USA unterstützten) Greueltaten damit, daß sie ihre Länder gegen die terroristische Bedrohung verteidigen müßen. Wie dies auch die jugoslawische Regierung tut.

Erneut verdeutlicht dieses Beispiel (I):
den Versuch die Greueltaten zu eskalieren.

LAOS

Jedes Jahr werden Tausende Menschen, in erster Linie Kinder und arme Bauern, in der Ebene von Jars im Norden Laos getötet. Es scheint dies der Ort der massivsten, und wohl grausamsten, Bombardierungen ziviler Ziele in der Geschichte: Washingtons rasende Angriffe auf eine arme bäuerliche Gesellschaft hatten wenig mit den Kriegen in der Region zu tun. Die schlimmste Periode begann 1968, als Washington gezwungen war, Verhandlungen aufzunehmen (ausgelöst durch Druck der Bevölkerung und der Wirtschaft), wodurch die regelmäßigen Bombardierungen Nordvietnams beendet wurden.

Kissinger-Nixon entschieden sich dann dazu, die Flugzeuge zur Bombardierung von Laos und Kambodscha umzuleiten.

Die Toten stammen von »Bombies«, kleinen Antipersonenwaffen, weitaus schlimmer als Bodenminen: sie sind speziell konstruiert um zu töten und zu verstümmeln und haben keine Auswirkungen auf Lastwagen, Gebäude usw. Die Hochebene war gesättigt mit mehreren hundert Millionen dieser kriminellen Geräte, die nach Angaben des Herstellers Honeywell eine Fehlzündungsrate von 20%-30% besitzen. Diese Zahlen deuten entweder auf eine bemerkenswert schlechte Qualitätskontrolle oder aber eine gezielte Politik zur verzögerten Tötung von Zivilisten hin. Dabei stellten sie nur einen Bruchteil der eingesetzten Technologie dar, die auch fortgeschrittene Raketen beinhaltete, die Höhlen, in denen Familien Schutz suchten, durchdringen konnten. Derzeit werden die jährlichen Unfälle durch »Bombies« von einigen Hundert pro Jahr bis zu »einer jährlichen nationalen Unfallrate von 20.000« geschätzt, von denen mehr als die Hälfte zum Tod führen, nach Angaben des langjährigen Asien-Journalisten des Wall Street Journals, Barry Wein, in der Asien-Ausgabe des Magazins. Eine konservative Schätzung ist es denn, daß die Krise diesen Jahres in etwa vergleichbar mit dem Kosovo ist, wenngleich die Toten in der Mehrzahl Kinder sind, nach Angaben von Analysen aus Berichten des Mennonite Central Committee, welches seit 1977 dort, zur Linderung der anhaltenden Greuel, tätig ist.

Es gab Versuche, Informationen über diese humanitäre Katastrophe zu veröffentlichen und sie zu beenden. Eine britische Mine Advisory Group (MAG) versucht die tödlichen Gegenstände zu entfernen, aber die USA »fehlen offensichtlich unter der Handvoll westlicher Organisationen, die MAG gefolgt sind« berichtet die britische Presse, obwohl sie schließlich der Ausbildung einiger laotischer Zivilisten zugestimmt haben. Mit einiger Verärgerung berichtet die britische Presse auch über die Vorwürfe von MAG-Spezialisten über die Weigerung der USA ihnen die »Prozeduren zum Unschädlichmachen« auszuhändigen, die ihre Arbeit »erheblich schneller und sicherer« machen würden. Diese Prozeduren bleiben Staatsgeheimnis wie überhaupt die ganze Affäre in den Vereinigten Staaten. Die Bangkoker Presse berichtet über eine ganz ähnliche Situation in Kambodscha, insbesondere im Osten, wo die US-Bombardements seit Anfang 1969 am intensivsten waren.

In diesem Fall ist die Reaktion der USA (II):
Nichtstun.

Und die Medien und Kommentatoren reagieren mit Schweigen. Hierbei folgen sie dem Theorem, nach dem der Krieg gegen Laos als »Geheimkrieg« angelegt war, was bedeutet, daß er bekannt war, aber Informationen unterdrückt wurden, wie auch im kambodschanischen Beispiel vom März 1969. Das Ausmaß an Selbstzensur war damals, wie auch in der gegenwärtigen Phase, außerordentlich. Die Bedeutung dieses schockierenden Beispiels sollte ohne weitere Bemerkungen offensichtlich sein.

Ich werde weitere Beispiele für die Varianten (I) und (II), von denen es reichlich gibt, überspringen, wie auch das große »Schlachten« irakischer Zivilisten durch eine besonders bösartige Form biologischer Kriegsführung. Befragt nach ihrer Reaktion auf die Ermordung einer halben Million irakischer Kinder in 5 Jahren bezeichnete Madeleine Albright 1996 dies als »eine sehr schwierige Entscheidung« im US-Fernsehen, aber »wir denken der Preis ist es wert«. Derzeitige Schätzungen liegen bei 500 getöteten Kindern monatlich und der Preis ist es immer noch »wert«. Diese und andere Beispiele könnten vielleicht auch im Hinterkopf behalten werden, wenn wir die Ehrfurcht einflößende Rhetorik über den endlich vernünftig funktionierenden »moralischen Kompaß« der Clinton-Regierung, wie das Beispiel Kosovo zeige, lesen.

Was genau aber zeigt dieses Beispiel? Die Androhung von Bombardierungen durch die NATO führte zu einer scharfen Eskalation der Greueltaten der serbischen Armee und paramilitärischen Einheiten, und zum Abzug internationaler Beobachter, welches selbstverständlich dieselbe Wirkung hatte. Der Oberkommandierende General Wesley Clark erklärte, daß die Intensivierung des serbischen Terrors und Gewalt, genau wie geschehen, »vollständig vorhersagbar« gewesen war. Zum ersten mal erreichte der Terror die Hauptstadt von Pristina, und es gibt glaubwürdige Berichte über ausgedehnte Zerstörungen von Dörfern, Ermordungen, Schaffung eines massiven Flüchtlingsstroms, vielleicht ein Versuch einen Großteil der albanischen Bevölkerung zu vertreiben, all dieses eine »vollständig vorhersagbare« Konsequenz der Drohung mit und dem anschließenden Einsatz von Gewalt, wie General Clark richtig bemerkt.

Kosovo ist darum ein weiteres Beispiel für (I):
den Versuch die Gewalt zu eskalieren, genau in Erwartung derselben.

Es ist fast zu einfach Beispiele für das unter (III) beschriebene Vorgehen zu finden, zumindestens, wenn wir uns an die offizielle Rhetorik halten. Die groß angelegte, kürzlich erschienene, akademische Untersuchung über »humanitäre Intervention« von Sean Murphy überprüft erneut die Bilanz nach dem Kellogg-Briand-Pakt von 1928, der Krieg als Mittel der Politik ausschloß, und weiter seit der UN-Charta, die diese Vorkehrungen verstärkte und darlegte. In der ersten Phase, so schreibt er, waren der japanische Angriff auf die Mandschurei, Mussolinis Invasion in Äthiopien und Hitlers Besetzung von Teilen der Tschechoslowakei die bekanntesten Beispiele »humanitärer Intervention«. Alle waren begleitet von moralisch erhebender humanitärer Rhetorik, wie auch sachlichen Rechtfertigungen. Japan wollte, mit Unterstützung eines führenden chinesischen Nationalisten, einer weitaus glaubwürdigeren Figur als allen, welche die USA jemals während ihrer Angriffe auf Südvietnam präsentieren konnten, ein »irdisches Paradies« errichten, indem es die Mandschurier vor den »chinesischen Banditen« verteidigte. Mussolini befreite Tausende von Sklaven während er die westliche »zivilisierende Mission« ausführte. Hitler verkündete Deutschlands Absicht, die ethnischen Spannungen und Gewalt beenden und »die nationalen Eigenheiten der deutschen und tschechischen Völker sicherstellen« zu wollen, durch eine Operation, »die von dem ernsthaften Wunsch den wirklichen Interessen der in dieser Region lebenden Völker zu dienen geleitet wird«, in Übereinstimmung mit dem Willen derselben; der slowakische Präsident bat Hitler Slowakien zum Protektorat zu erklären.

Eine weitere hilfreiche intellektuelle Übung besteht darin, diese obszönen Rechtfertigungen mit denen zu vergleichen, die für Interventionen, einschließlich »humanitärer Interventionen«, in der Periode seit der UN-Charta angeboten werden.

In diesem Zeitraum ist wahrscheinlich die vietnamesische Invasion nach Kambodscha im Dezember 1978, die Pol Pots Greueltaten, die damals ihren Höhepunkt erreichten, beendete, das bezwingendste Beispiel für (III).

Vietnam nahm das Recht auf Selbstverteidigung gegen bewaffnete Angriffe, in einem der wenigen glaubwürdigen Fälle dieser Periode, in Anspruch: das Regime der Roten Khmer (Demokratisches Kampuchea, DK) führte mörderische Angriffe gegen Vietnam in den Grenzregionen aus. Die Reaktion der USA ist sehr erhellend. Die Presse verurteilte die asiatischen »Preußen« für ihren ungeheuerlichen Bruch internationalen Rechts. Für ihr Verbrechen das Schlachten Pol Pots beendet zu haben wurden sie hart gestraft, erst durch eine (von den USA unterstützte) chinesische Invasion, dann durch die Errichtung extrem harter Sanktionen durch die USA. Die USA anerkannten das vertriebene DK als die offizielle kambodschanische Regierung aufgrund dessen »Kontinuität« mit dem Regime Pol Pots, wie das US-Außenministerium erklärte. Nicht allzu verdeckt unterstützten die USA die Roten Khmer in ihren weiterhin stattfindenden Angriffen in Kambodscha.

Dieses Beispiel gibt uns mehr Auskunft über die das »Gewohnheitsrecht«, welches die Grundlage für die »sich herausbildenden gesetzlichen Normen humanitärer Intervention« bilden.

Trotz der verzweifelten Anstrengungen der Ideologen zu beweisen, daß Kreise quadratisch sind, gibt es keine ernstzunehmenden Zweifel daran, daß die NATO-Bombardierungen das was von der zerbrechlichen Struktur internationalen Rechts bleibt, weiter unterminieren. Die USA machten dieses in der Diskussion, die zu der Entscheidung der NATO führte absolut deutlich. Außer Großbritannien (das mittlerweile ein so unabhängiger Akteur ist, wie die Ukraine in den Jahren vor Gorbatschow) waren die NATO-Länder der US-Politik gegenüber skeptisch und waren besonders verärgert über das »Säbelrasseln« (Kevin Cullen, Boston Globe, 22.2.99) der US-Außenministerin Albright. Je genauer man sich heute der vom Konflikt betroffenen Region zuwendet, desto größer ist die Opposition zu dem Beharren Washingtons auf dem Einsatz von Gewalt, selbst innerhalb der NATO (Griechenland und Italien). Frankreich hat eine Resolution des UN-Sicherheitsrates verlangt, um die Stationierung von NATO-Friedenserhaltungskräften zu ermächtigen. Die USA lehnten dieses rundheraus ab, dabei auf »ihrer Position, daß die NATO in der Lage sein sollte, unabhängig von den Vereinten Nationen zu handeln«, bestehend, wie Sprecher des Außenministeriums erklärten. Die USA weigerten sich, die Benutzung des »neuralgischen Wortes 'ermächtigen'« in der abschließenden Stellungnahme der NATO zu erlauben, nicht gewillt, der UN-Charta und internationalem Recht irgendwelche Autorität zuzugestehen; nur das Wort »zustimmen« wurde erlaubt (Jane Perlez, New York Times, 11.2.99). Gleichfalls war die Bombardierung des Irak ein unverschämter Ausdruck der Mißachtung der UN, bis hin zum genauen Zeitpunkt, und wurde auch so verstanden. Und natürlich gilt dasselbe auch für die Zerstörung der Hälfte der pharmazeutischen Produktion eines kleinen afrikanischen Landes wenige Monate zuvor, ein Vorgang, der gleichfalls nicht anzeigt, daß der »moralische Kompaß« sich von der Selbstgerechtigkeit entfernt, gar nicht zu reden von einer Bilanz die sofort höchstrangig untersucht würde, wenn Fakten relevant für die Bestimmung dessen wären, was »Gewohnheitsrecht« ist.

So könnte auch ziemlich glaubhaft argumentiert werden, daß die weitere Zerstörung der Regeln der Weltordnung irrelevant ist, gerade so, wie sie ihre Bedeutung in den späten 30ern dieses Jahrhunderts verloren hatten. Die Verachtung der führenden Weltmacht gegenüber dem Rahmen der Weltordnung hat sich dermaßen gesteigert, daß es nichts mehr zu diskutieren gibt. Eine Analyse der internen dokumentierten Aufzeichnungen zeigt, daß diese Haltung bis in die frühesten Tage zurückverfolgbar ist, sogar bis hin zum ersten Memorandum des neugegründeten Nationalen Sicherheitsrates im Jahre 1947.

Während der Jahre unter Kennedy wurde diese Haltung erstmals öffentlich ausgesprochen. Die wesentliche Neuerung der Jahre unter Reagan und Clinton ist, daß die Mißachtung internationalen Rechts und der Charta mittlerweile ganz offen vor sich geht. Sie ist auch mit sehr interessanten Argumentationen gestützt worden, die auf den Titelseiten zu lesen wären, und an erster Stelle schulischer und universitärer Lehrpläne stünden, wenn Wahrheit und Ehrlichkeit als wichtige Werte angesehen würden. Mit brutaler Deutlichkeit erklärten die obersten Behörden, daß der Internationale Gerichtshof, die UN und andere Institutionen irrelevant geworden seien, da sie nicht länger den Vorgaben der USA folgen würden, wie sie es noch in den ersten Nachkriegsjahren getan hätten.

Man könnte dann die offizielle Position vertreten. Das wäre eine ehrliche Position, zumindestens wenn sie von der Weigerung das zynische Spiel der selbstgerechten Pose, und des Hochhaltens der verabscheuten Prinzipien internationalen Rechts, als hochgradig selektive Waffen gegen wechselnde Feinde einzusetzen, begleitet würde.

Während die Reagan-Anhänger bereits zu neuen Ufern aufbrachen, hat unter Clinton die Mißachtung der Weltordnung so zugenommen, daß sogar den Falken zuzurechnende Analytiker in Besorgnis geraten. In der aktuellen Ausgabe von *Foreign Affairs*, dem führenden Journal der herrschenden Elite, warnt Samuel Huntington davor, daß Washington einen gefährlichen Kurs einschlägt. In den Augen eines Großteils der Welt, wahrscheinlich sogar fast der gesamten, wie er schreibt, sind die USA dabei »zur verbrecherischen Großmacht zu werden«, die als »größte, einzelne äußere Bedrohung ihrer Gesellschaften« angesehen würden. Die »Theorie internationaler Beziehungen« der realistischen Schule, so fährt er fort, sagt voraus, daß es zu Koalitionen kommen könne, um ein Gegengewicht gegen diese verbrecherische Großmacht zu setzen. Aus pragmatischen Gründen sollte deshalb diese Position überdacht werden. Amerikaner, die ein anderes Bild ihrer Gesellschaft bevorzugen, könnten für ein Überdenken aus anderen als pragmatischen Gründen plädieren.

Wie beantwortet all dieses die Frage, was man im Kosovo tun soll? Es läßt sie unbeantwortet. Die USA haben einen Kurs gewählt, der, wie sie ausdrücklich anerkennen, die Greueltaten und Gewalt »vorhersagbar« eskalieren lassen; ein Kurs der auch einen weiteren Schlag gegen das Regime internationaler Ordnung führt, welches den Schwachen wenigstens ein Minimum an Schutz vor räuberischen Staaten bietet. Auf lange Sicht sind die Konsequenzen jedoch nicht vorhersagbar. Eine glaubwürdige Beobachtung ist, daß jede Bombe die auf Serbien fällt und jeder ethnische Mord im Kosovo vermuten läßt, daß es für Serben und Albaner kaum möglich sein wird, »Seite an Seite in einem wie auch immer gearteten Frieden zusammenzuleben« (Financial Times, 27.3.99). Es wurde bereits bemerkt, daß einige der möglichen Langzeitergebnisse außerordentlich häßlich sind.

Ein Standardargument ist, daß wir etwas tun mußten: wir konnten nicht einfach untätig dabeistehen als die Greueltaten weitergingen. Das ist niemals wahr. Eine Möglichkeit besteht immer darin, dem hippokratischen Prinzip zu folgen: »Zuallererst, füge kein Leid zu«. Wenn es keinen Weg gibt, bei diesem Prinzip zu bleiben, dann tue nichts. Es gibt immer Wege, die in Betracht gezogen werden können. Diplomatie und Verhandlungen sind nie am Ende. Es ist wahrscheinlich, daß, nachdem die Vorwände des Kalten Krieges ihre Effektivität verloren haben, das Recht auf »humanitäre Intervention« in den kommenden Jahren regelmäßiger in Anspruch genommen wird, vielleicht berechtigterweise, vielleicht nicht. In einer solchen Ära mag es lohnend sein, den Ansichten hochrespektabler Kommentatoren Beachtung zu schenken, ganz zu schweigen vom Internationalen Gerichtshof, der ausdrücklich in dieser Materie urteilte, dessen Entscheidung aber von den Vereinigten Staaten abgelehnt wurde und über dessen Kernpunkte nicht einmal berichtet wurde.

Es dürfte schwer sein, respektablere Stimmen als Hedley Bull oder Leon Henkin in den wissenschaftlichen Disziplinen der internationalen Angelegenheiten und des internationalen Rechts zu finden. Bull warnte vor 15 Jahren davor, daß »einzelne Staaten oder Staatengruppen, die sich zu autorisierten Richtern des Wohlergehens der Welt aufschwingen, unter Mißachtung der Ansichten anderer, tatsächlich eine Bedrohung der internationalen Ordnung, und damit des wirksamen Vorgehens auf diesem Gebiet, darstellten«.

In einem Standardwerk zur Weltordnung schreibt Henkin: »[der, L.S.] Druck, der das Verbot der Anwendung von Gewalt aushöhlt, ist bedauerlich, und die Argumente, mit denen die Anwendung von Gewalt in diesen Fällen gerechtfertigt wird, sind gefährlich und überzeugen nicht (...) In der Tat kommen Verletzungen der Menschenrechte nur allzu häufig vor und wenn es erlaubt wäre, ihre Verletzung durch den Einsatz äußerer Gewalt zu beheben, gäbe es praktisch kein Gesetz den Einsatz von Gewalt irgendeines Staates gegen irgendeinen anderen Staat zu verhindern. Ich denke, die Forderung nach Einhaltung der Menschenrechte und dem Beheben anderer Ungerechtigkeiten, muß durch andere, friedliche Maßnahmen durchgesetzt werden, und nicht dadurch, daß der Aggression Tür und Tor geöffnet werden und die grundsätzlichen Fortschritte im internationalen Recht, die Ächtung des Krieges als Mittel der Politik und das Verbot des Einsatzes von Gewalt, zerstört werden. Anerkannte Prinzipien des internationalen Rechts und der Weltordnung, bindende Vertragsauflagen, Entscheidungen des Internationalen Gerichtshofes, all dieses führt nicht automatisch zur Lösung bestimmter Probleme. Jede Angelegenheit muß für sich betrachtet werden. Diejenigen, die nicht die Standards von Saddam Hussein annehmen, müssen viele Beweise erbringen, um die Androhung und den Einsatz von Gewalt durchzusetzen und damit die Prinzipien der internationalen Ordnung zu verletzen. Vielleicht können diese Beweise erbracht werden, aber das muß gezeigt werden, nicht nur mit leidenschaftlicher Rhetorik vorgetragen werden. Die Konsequenzen solcher Verletzungen müssen genauestens bewertet werden, insbesondere was wir unter »vorhersagbar« verstehen. Und für diejenigen, die wenigstens ein bißchen ernsthaft sind, gilt, daß die Gründe für das Vorgehen analysiert werden müssen, wiederum nicht einfach durch Verherrlichung unserer Führer und ihres »moralischen Kompasses«.●

Der Text ist in der amerikanischen Fassung entnommen aus dem /APC/LABR/NEWSLINE

Übersetzung von Lars Stubbe

Eigentlich unglaublich,
daß ihnen das immer
wieder gelingt ...

Deinem Urgroßvater
haben sie erzählt:
Gegen den Erbfeind.
Für das Vaterland.
Und er hat das tatsächlich
geglaubt.
Was hat er gekriegt?
Granatsplitter in Beine
und Kopp
vor Verdun.

Deinem Großvater sagten sie:
Gegen die slawischen Horden.
Für die abendländische Kultur.
Er hat das wirklich geglaubt.
Was hat er gekriegt?
Bauchschuß und
einen verrückten Kopp
vor Stalingrad.

Deinem Vater erzählen sie jetzt:
Gegen die Völkermörder.
Für die Menschenrechte.
Für den Frieden.
Unglaublich – er glaubt's.
Was er wohl kriegt?
Und wo wird das sein – diesmal?

(Franz Josef Degenhardt)

DOKUMENTATION AUS: BASLER ZEITUNG 24./25.4.99

Wie, wenn die Geschichte keine Moral hätte?

Die moralische Legitimation des Nato-Einsatzes im Kosovo-Krieg findet in den westlichen Demokratien breite Zustimmung. Aufgrund der jüngsten Geschichte der Nato-Länder und ihrem militärischen Vorgehen muß man jedoch daran zweifeln, daß moralische Absichten gegenüber einer Summe von politischen Interessen wirklich vorrangig waren. Je größer und sichtbarer das Elend wird, das die Vertriebenen des Kosovo durchleben, desto stärker scheint sich die Überzeugung von der Moralität des Nato-Luftkriegs gegen Serbien in der Wahrnehmung der westlichen Gesellschaften zu festigen. Die Verbrechen Milosevics und das Elend der Flüchtlinge bestimmen die Wahrnehmung verständlicherweise so sehr, daß sich moralische Überlegungen aufdrängen.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Von Lukas Schmutz, Genf ● Die Fokussierung darauf bringt aber mit sich, daß zwei für die politische Analyse zentrale Fragen ausgeblendet oder zumindest allzu nebensächlich behandelt werden. Ob nämlich erstens tatsächlich moralische Ziele und nicht andere Interessen für die Entscheidung der Nato, den Krieg zu führen, leitend waren? Und zweitens, ob der Kontext geeignet war und ist, um die deklarierten Ziele auch effektiv zu erreichen.

Die Schwierigkeit bei der Suche nach verläßlichen Antworten auf diese Fragen ist offenkundig, da die klassischen, historischen Quellen diesbezüglich noch eine absolute Rarität sind. Churchill sagte, im Krieg sei die Wahrheit so kostbar, daß sie mit einer starken Leibgarde von Lügen umgeben werden muß. Deshalb muß man sich darauf beschränken, den Kontext der moralisch deklarierten Vorgänge mit den Instrumenten der Phantasie und des kritischen Zweifels auf ihre Glaubwürdigkeit hin abzuklopfen und zu prüfen, ob sich tatsächlich ein kohärentes Gesamtbild ergibt.

Blenden wir zunächst zurück nach Rambouillet. Nicht erst seit der Diskussion über den Annex B mit seinen – für jeden Vertreter eines unabhängigen Staates – offenkundig inakzeptablen Bedingungen erscheint »Rambouillet« kaum als ein Beispiel für Diplomatie, bei der es tatsächlich um Lösungen mit ihren eigenen Mittel geht. Der UNO-Sonderberichterstatter für Ex-Jugoslawien, der ehemalige tschechische Außenminister *Jiri Dienstbier*, berichtet, die Delegationen der Konfliktparteien hätten sich ein einziges Mal gesehen: beim Fototermin mit US-Außenministerin *Madeleine Albright*. Und Politikwissenschafter erklären, daß alle Regeln der Verhandlungstaktik, die angewendet werden, wenn ein Resultat erreicht werden soll, mißachtet wurden: Enge Zeitlimiten wurden gesetzt, die Verhandlungen wurden direkt auf Ministerebene geführt. Das sind starke Hinweise darauf, daß es in Rambouillet darum ging, eine Einigung eben nicht zustande zu bringen. Inhaltlich ging es in Rambouillet – ernsthaft oder nicht – um den Status von Kosovo. Letzte Woche nun unterstrich US-Präsident *Bill Clinton* in San Francisco die langfristigen Prioritäten der USA in Südosteuropa. Trotz viel humanitärer Rhetorik spielte die Frage des Status des Kosovo darin kaum eine Rolle. Vielmehr geht es um die Integration des ganzen Raumes in das liberale Welthandelssystem. Clintons Augenmerk lag schon ganz auf dem »Wiederaufbau« mit einer Art Marshallplan unter amerikanischer Führung.

Wirtschaftliche Interessen

Bedeutsam ist in diesem Zusammenhang, daß das US-Außenministerium die Wirtschaftsintegration im Balkan nicht erst seit kurzem und vor allem auch nicht in einer der europäischen Institutionen anstrebt. Vielmehr versuchen die USA seit 1996 in einer SECI (Southeast Europe Cooperation Initiative) genannten, amerikanischen Wirtschaftsorganisation, ein neues wirtschaftliches Standbein in Europa zu entwickeln, das unter anderem geeignet ist, der alten Donauroute Budapest-Belgrad-Nis-Thessaloniki neues Leben einzuhauchen. Im Frühling 1998 hat der für die Umsetzung des Abkommens von Dayton zuständige US-Botschafter *Robert Gelbard* Serbien ausdrücklich in Aussicht gestellt, in SECI – als erster internationaler Organisation – aufgenommen zu werden.

Angesichts der Langfristigkeit der Balkanpolitik ist interessant, worauf die USA sich in Dayton – wo effektiv verhandelt wurde – mit den anderen Parteien nach dem Bosnien-Krieg einigten. Daß *Milosevics* Weg nach Dayton mit 200.000 Toten und nicht mit 2.000 wie der nach Rambouillet gepflastert war, ist mehr als ein Detail: Denn auch inhaltlich wurde mit jenem Vertrag nicht versucht, die »ethnischen Säuberungen«, die vorangegangen waren, rückgängig zu machen, sondern er sanktionierte sie de facto weitgehend. Noch mehr als *Milosevic* profitierte sein kroatisches Pendant, *Franjo Tudjman*, davon: Im Feuerschutz der Nato-Luftschläge von damals konnte dieser Kroatien ethnisch von Serben säubern. 200.000 wurden vertrieben und zum Teil versuchsweise im Kosovo angesiedelt.

Deshalb ist festzustellen, daß alles, was heute als »moralisch inakzeptabel« dargestellt wird, damals sehr wohl mit den Interessen der Supermacht in Einklang gebracht werden konnte. Man kann das Resultat nur nüchtern festhalten: Am Schluß der Nato-Intervention von Bosnien standen einerseits gesäuberte Nationalstaaten, die andererseits von der Nato um so besser kontrolliert werden, als parallel zum Eingriff die entscheidenden Schritte der Nato-Ost-Erweiterung abgeschlossen wurden.

In bezug auf die Definition der US-Außenpolitik hat jedoch zugleich auch das Pentagon – und in mehr oder weniger direktem Verbund mit ihm die US-Waffenindustrie – gewaltiges Gewicht. Im Vorfeld des Nato-Einsatzes scheinen von hier aus zwei Perspektiven von Interesse: Die extrem teuren B-2-Bomber waren vor Kosovo erstens noch ohne Kampferprobung geblieben; die Weiterführung des Programms war deshalb im US-Kongreß höchst umstritten.

Zweitens ist die Waffenproduktion der ehemaligen UdSSR seit den neunziger Jahren aufgrund enormer Preisvorteile eine starke Konkurrenz der westlichen Industrie geworden [...]. Deshalb ist die reale »Demonstration« der Überlegenheit der eigenen Waffen von Zeit zu Zeit wirtschaftlich entscheidend.

Neudefinition der Nato

Pentagon und State Departement standen überdies im Vorfeld des Kosovo-Krieges gemeinsam vor der heiklen Aufgabe, der Neudefinition der Nato ein amerikanisches Gepräge zu geben. Diesbezüglich war hinsichtlich des Nato-Jubiläums eine gewisse Dringlichkeit gegeben. Vor allem aber wurden die europäischen Tendenzen, sich verteidigungspolitisch stärker von den USA abzukoppeln, parallel zur Kosovo-Krise stärker. Die Europäische Verteidigungsinitiative von Saint-Malo im Dezember 1998 markierte nach mehrmaligem Scheitern einen neuen Versuch in dieser Richtung. Zudem war in Deutschland mit *Joschka Fischer* eine politische Richtung ins Außenministerium gekommen, welche nicht nur die europäische Komponente in den internationalen Beziehungen zu stärken, sondern zugleich auch eine Kurskorrektur von interventionistischen stärker zu präventiven Methoden zu suchen versprach. Diese Tendenzen könnten – um zum unterstellten US-Kalkül zurückzukehren – durch einen Krieg in einer frühen Phase ihrer Entwicklung wohl am ehesten kompromittiert werden.

Die wirtschaftlichen und militärischen Interessen der USA umklammernd, ist wohl durchaus auch relevant, daß die meisten Beobachter heute davon ausgehen, daß die USA die Bedeutung des Euro unterschätzt hatten. Nimmt man von daher all diese Punkte zusammen, muß die Hypothese, daß ein Waffengang auf dem Balkan diversen Interessen der USA entgegen kam und entsprechend als »sinnvolles Szenario« eingestuft wurde, schlicht als realistisch beurteilt werden.

An diese Hypothese schließt sich selbstverständlich unmittelbar die Frage an, warum die Europäer dem Vorgehen nicht nur zugestimmt haben sollten, sondern es nach vier heiklen Kriegswochen immer noch einigermaßen geschlossen mit tragen. Hier könnten, verschiedene durchaus auch konfliktuelle Interessen von Bedeutung gewesen sein. Zunächst ist offenkundig, daß das moralische Argument bei diversen europäischen Politikern effektive Überzeugungen berührt und ihre Arbeit leitet.

Europäische Hintergedanken

Doch auch hier kann das Wahrnehmen kalter Interessen nicht ausgeschlossen werden. Deutlich ist, daß dem Krieg, vielleicht als Katalysator, Bedeutung für die Entwicklung eines europäischen Akzentes in der Nato-Allianz zugemessen wird. Dabei sind alle Varianten denkbar bis hin zur Überlegung, daß ein Scheitern eines gemeinsamen Offensiv-Abenteuers unter US-Führung ein wünschenswertes Resultat sein könnte. Dieses Szenario ist etwa im französischen Zusammenhang absolut möglich. Ein Anhaltspunkt diesbezüglich ist die im November aufgeflogene Spionageaffäre, bei der ein französischer Nato-Beamter den Serben Luftangriffsziele übermittelt hat.

Auf deutscher Seite wäre im pragmatischen Kalkül von Bundeskanzler *Gerhard Schröder* etwa die Überlegung denkbar, daß Deutschland die Beteiligung an einem »Ernstfall« – mit welchem Ausgang auch immer – braucht, um erstens außenpolitisch das seiner wirtschaftlichen Dimension angemessene Gewicht zu erringen und zweitens, um endlich der Rolle des europäischen Zahlmeisters zu entschlüpfen. Die völlig ungleiche Lastenverteilung etwa in Flüchtlingsfragen wurde von europäischen Partnern immer mit dem Argument begründet, daß sie die militärischen Lasten zu tragen hätten. Das wäre ein Aspekt, der sehr genau zu den Prioritäten der »Berliner Republik« Schröders passen würde. Der Gedanke, daß ein Bündel harter, interessenpolitischer Überlegungen dieser Art für die Auslösung des Nato-Schlages maßgebender waren als moralische, wäre leichter von der Hand zu weisen, wenn sich nicht von einer zweiten Reflexionsebene her massive Zweifel an der moralischen Intention aufdrängten: Es ist undenkbar, daß die Nato das Szenario einer serbischen Offensive unter den Luftangriffen ausgeschlossen hat. Sollte sie es doch vergessen haben, ist ihre Unfähigkeit derart, daß man auf ihre Schutzfunktion in Zukunft getrost verzichten kann.

Sollte sie es aber bedacht haben, stellen alle damit verbundenen Szenarien der Moralität nun nicht der Absicht, sondern der Kriegsführung ein miserables Zeugnis aus. Entweder hat man die Möglichkeit der Vertreibung als »worst case« in Kauf genommen, ohne die Absicht, den eingetretenen schlimmsten Fall mit folgenden militärischen Schritten wieder rückgängig zu machen. Oder man hat sie toleriert, um durch die »humanitäre Katastrophe« einen Einsatz von Bodentruppen zu legitimieren. Oder – und dafür spricht die Erfahrung der bisherigen Politik im Balkan – man ist an entscheidender Stelle sogar davon ausgegangen, daß in der Region nur ethnisch einigermassen reine Gebilde berechenbar und friedfertig sind. Dieser Überlegung folgend, wäre dann die Kriegsabsicht, eine als unumgänglich angesehene Bevölkerungsmigration zu beschleunigen. Historisches Vorbild dafür wären die großen Umsiedlungen nach dem Zweiten Weltkrieg, als unter alliierter Ägide Polen nach Westen verschoben und zugleich ethnisch von den Deutschen »gesäubert« wurde.

Nachkriegs-Serbien einbinden

Denkt man dieses interventionistische, langfristige Strategem weiter, erscheinen die Vertreibungen und die massiven Schäden an der Infrastruktur als an sich auch gute Voraussetzungen, um das Gebiet nach Kriegsschluß in das westliche System einzubinden. Die mittlerweile weiträumige zerstörte Infrastruktur Serbiens kann mit Sicherheit vom bankrotten Rußland nicht aufgebaut werden. Deshalb hat das Land in der Folge, mit oder ohne Milosevic, nur die Alternative, ein Agrarland zu werden oder den bisher abgelehnten Wechsel ins westliche System zu vollziehen.

Wenn die Prüfung des Einsatzes der Nato diese Ebenen als gegenüber der moralischen Ambition als eindeutig zweitrangig ausweist, dann läßt sich festhalten, daß er seitens der Verantwortlichen tatsächlich moralisch gerechtfertigt war. Für das geschichtliche Urteil insgesamt bedeutete jedoch selbst dies noch wenig. Hier werden erstens die Entwicklung der internationalen Beziehungen insbesondere zu Rußland und China entscheidend sein und zweitens auch die Folgen für den internationalen Rechtsrahmen der UNO: Er wurde in der Nachkriegszeit zur Durchsetzung rechtlich begründeter, multilateraler Politik aufgrund eines vereinbarten menschenrechtlichen Konsenses geschaffen. Die Frage ist, ob die Entwicklung in diesem Sinne jetzt gestärkt oder geschwächt wird.

Klarheit in diesen Fragen ist insbesondere auch für diejenigen zentral, die aus philosophischer und ethischer Überlegung und Überzeugung die Moralität des Krieges verteidigen. Denn sollte ihre Entscheidung auf einer realpolitischen Täuschung beruhen, wäre ihre Stimme das stärkste – weil redlichste – Wasser auf den Mühlen der Kriegspropaganda. ●

Basler Zeitung, 24./25. April 1999, Nr. 95, S. 4

KOMMENTAR:

Vom Wirtschaftsfundamentalismus / Armut / Krieg...

von Herrmann Cropp, Red. Osnabrück ● Das globale Politische strebt offenbar zu einem Ausgleich der Systeme. Nach der Auflösung des östlichen, totalitären Sozialismus 1989 neigt der Westen unverkennbar zu neuen sozialen Anstrengungen, um das zuvor entfesselte ökonomische Chaos zu bändigen. Doch ein neuer Begriff des Sozialen ist trotz der Kommunitaristen und der von ihnen inspirierten neuen Sozialdemokratie noch nicht gefunden. Vielmehr führen die postliberalen Regierungen des Westens sogar einen Krieg für die alte Doktrin, für den neoliberalen Wirtschaftsfundamentalismus. Wie kam das?

Das »Ende der Geschichte« (Fukuyama 1989) ist ein treffendes Synonym für die Überraschung über jenen historischen Vorgang, den man nicht einschätzen und angemessen darauf reagieren konnte. Tatsächlich war es aber nur das Ende der industriellen Epoche, wofür nicht zuletzt das verspätete Scheitern Lafontaines steht, dessen alte Ideen der staatlich regulierten Umverteilung, Gleichheit und Gerechtigkeit so nicht mehr greifen. Daß auch der erfolgreiche Neoliberalismus sein Ende haben müsse, stand nicht zur Debatte, obwohl er inzwischen ganze Volkswirtschaften ruiniert hat, mit gravierenden sozialen Folgen vom Fremdenhaß bis zu Bürgerkriegen. Sein »Sieg« vor nunmehr 10 Jahren erweist sich heute als Niederlage, nämlich gegenüber den von ihm selbst hervorgerufenen sozialen, ethnischen, religiösen und nationalen Konflikten.

Die Wohlfahrtstraditionen und Sozialstrukturen aller Länder sind, was ein auf's Geld fixierter Banker kaum wahrnimmt, völlig verschieden. Deshalb sind wirtschaftliche Modelle ebensowenig wie soziale Modelle (wirtschaftliche sind! soziale Modelle des Austausches) übertragbar. Die Sozialversorgung in den USA läßt sich kaum deregulieren, weil sie von jeher in privater Hand ist. Wenn sich in Deutschland hingegen der Staat aus dem Sozialbereich herauszieht, gibt es viel weniger privat finanzierte Sozialeinrichtungen, die das ausgleichen könnten, und die Folgen spüren wir bereits, z.B. beim Fremdenhaß. Rußland scheint den durch untaugliche Wirtschaftsreformen verursachten Staatsbankrott wenigstens soweit zu verkraften, daß Staat und Gesellschaft daran nicht zerbrechen. In Jugoslawien jedoch führte die neoliberale Entfesselung und Zerstörung der veralteten Wirtschaftseinrichtungen zur blutigen Zerschlagung des Staatenbundes, der bis dahin die sensibelste Region Europas befriedet hatte.

Ursache des Krieges in Jugoslawien ist nicht Macht- und Mordlust der Serben, und wie die üblen Nachreden lauten mögen, sondern die Wirtschaftskrise seit Ende der 80er Jahre, die, ähnlich wie in Rußland, von den westlichen Geldgebern durch Forderungen nach Liberalisierung und Deregulierung verursacht wurde. Die Teilrepubliken erhielten nicht die notwendigen Ausgleichszahlungen von der Bundesregierung, weil die vereinnahmten Steuergelder für den Schuldendienst an westliche Banken gezahlt wurden. Deshalb wurden Löhne nicht gezahlt, es gab eine große Streikbewegung, und dann erst waren die staatlichen Strukturen so erschüttert, daß eine Teilrepublik nach der andern ihren Vorteil in der Unabhängigkeit suchte. Das bedeutete Krieg, und diese Vorgeschichte nicht wahrzunehmen und zu berücksichtigen, könnte wesentlich teurer werden, als was einige wenige an der Zerschlagung des südslawischen Staatenbundes verdient haben.

... zu einem neuen sozialen Konsens

Jedoch soll man vorsichtig sein mit seinem Haß auf diese oder jene Wirtschaftsideologie. Als Teil der gesamten Liberalisierung und Öffnung der westlichen Gesellschaften nach 1968 hat der Wirtschaftsfundamentalismus die starren Gegensätze des kalten Krieges zu überwinden geholfen. Dabei entsprechen die gegensätzlichen Bezeichnungen Li-

Fortsetzung nächste Seite

IN SERBIEN BOMBARDIERT DER WESTEN DIE AUSGEBURTEN SEINER EIGENEN LOGIK

Die Stimme des Blutes

Wenn die Waffen sprechen, schweigt die Vernunft. Mit derselben hysterischen Aufwallung, die schon die Bomben gegen den Irak begleitet hat, feiert die westliche Öffentlichkeit das elektronische Scheibenschießen »per Mausklick« auf Serbien als ultima ratio des Kampfes um Menschenrechte, Frieden und Freiheit. Auf der einen Seite, so hören wir zum wiederholten Male, stehe die »demokratische Völkergemeinschaft«, auf der anderen Seite einer der terroristischen »Schurkenstaaten« mit einem wildgewordenen Diktator an der Spitze, der nicht anders als durch einen Bomben- und Raketenhagel am Morden unschuldiger Zivilisten gehindert werden könne. Wenn die demokratischen Waffen ihrerseits aus Versehen unschuldige Zivilisten treffen sollten, dann gehöre das zu den leider unvermeidlichen Risiken und Kosten einer militärischen Intervention, die zwar diesmal nicht durch die UNO legitimiert werden kann, aber eigentlich auch gar kein Krieg sei, sondern nur eine Art Notoperation.

von Robert Kurz

Diese Logik ist zwar ziemlich kraus, sie spekuliert aber darauf, daß es derartigen Schlächtern wie Saddam Hussein oder Milosevic gegenüber keine Sympathie und keine Solidarität geben kann. Die ehemaligen Linken und Pazifisten in den europäischen Regierungen, die an der Seite der USA inzwischen als olivgrüne »Demokraten im Kampfanzug« herumlaufen, reden sich so darauf hinaus, daß es »keine Alternative« gebe. Bleibt eigentlich nur noch eine kleine Frage: Woher kommen sie eigentlich, all diese »Schurkenstaaten« und durchdrehenden Diktatoren, die plötzlich in wachsender Zahl die Welt zu bevölkern scheinen und dem demokratischen Weltkonsens seit 1989 so brutal ins Handwerk pfuschen?

Es ist auffällig, daß die marktwirtschaftlich demokratische Welt des Westens diese Erscheinungen nicht rational erklären und ihren eigenen Anteil daran erkennen kann. Stattdessen werden die Saddam Husseins und Milosevics als Inkarnationen eines äußerlichen und fremden Bösen jenseits der Geschichte negativ mythologisiert. Damit übernimmt der Westen seinerseits genau jenes irrationale, manichäische Denkmuster der fundamentalistischen Fanatiker, dessen verheerende Auswirkungen er angeblich bekämpft. Diese bemerkenswerte logische Identität der Legitimation auf beiden Seiten deutet darauf hin, daß hier wesentliche historische und ökonomische Zusammenhänge verdrängt werden, weil ihre Offenlegung für das westliche Selbstbewußtsein peinlich wäre.

Schon von Anfang an hat die westliche Öffentlichkeit den ökonomischen Hintergrund der jugoslawischen Krise völlig ausgeblendet. Es wurde immer so getan, als seien hier nach dem Tod des als Integrationsfigur wirksamen Staatsgründers Tito plötzlich atavistische »balkanische Instinkte« aus den Abgründen der Geschichte emporgestiegen. In Wirklichkeit war der jugoslawische Bürgerkrieg grundsätzlich sozial und ökonomisch motiviert. Ebenso wie zahlreiche andere Gesellschaften der »nachholenden Modernisierung« im 20. Jahrhundert war das jugoslawische Modell Ende der 80er Jahre bankrott, weil ihm die verschärften Konkurrenzverhältnisse auf dem Weltmarkt die Luft abdrehten. Krise und Zusammenbruch folgten demselben Muster wie in zahlreichen kollabierenden Nationalökonomien an der kapitalistischen Peripherie: Der Kapitalstock konnte mangels Geldkapital nicht auf die Erfordernisse der 3. industriellen Revolution hochgerüstet werden, bei steigenden Importen verfielen die Exportpreise, die Außenverschuldung explodierte.

Der Zusammenbruch Jugoslawiens wurde historisch überlagert vom Zusammenbruch der Sowjetunion. Der Westen interpretierte daher ohne große Differenzierung die in den 80er Jahren beginnende Weltkrise ganz einseitig als das Scheitern eines marxistisch staatssozialistischen »Gegenmodells«, dessen Ende den Ruhm des Kapitalismus nur umso heller strahlen lasse. Diese in ihrem Kern zum »common sense« gewordene Interpretation, die den neoliberalen Weltkonsens befestigte, war aber von völliger Ignoranz gekennzeichnet. Der Westen wollte nicht begreifen, daß das Ende des vermeintlichen »Gegenmodells« auch der Anfang vom Ende eines gemeinsamen ökonomisch politischen Bezugssystems war.

Schon vor zehn Jahren hätte man leicht einsehen können, daß der Zusammenbruch dieses Modells keine spezielle Folge einer »falschen« marxistischen Ideologie war, sondern Bestandteil einer viel allgemeineren Krise des globalen Produktions-, Kredit- und Währungssystems, die ihre volle Durchschlagskraft zunächst in der Peripherie des Weltmarkts entfaltete. Es waren ja keineswegs nur marxistisch inspirierte Regimes, denen die ökonomische Grundlage wegzubrechen begann. Auch vom Westen protegierte Staaten in Afrika, Lateinamerika und Teilen Asiens erlebten ganz ähnliche ökonomische Einbrüche. Konnte dieser allgemeine Charakter der Krise noch einige Zeit durch die scheinbaren Erfolge der asiatischen Tigerländer und anderer Musterschüler des Kapitalismus in den »emerging markets« verdeckt werden, so hat der unrühmliche Zusammenbruch auch dieses vielgelobten Modells seit 1997 endgültig klar gemacht, daß die westliche Wahrnehmung des krisenhaften historischen Geschehens seit 1989 ganz oberflächlich und ideologisch verzerrt war. Inzwischen steht fest, daß die sogenannten marktwirtschaftlichen Reformen im größten Teil Osteuropas bereits gescheitert sind. Nur eine hartnäckig fortgesetzte Ignoranz kann die Einsicht noch abwehren, daß Kapitalismus und globale Marktbeziehungen nicht etwa die Lösung, sondern einen Teil des Problems darstellen.

Gerade der jugoslawische Fall machte diesen Zusammenhang am frühesten deutlich. Denn Jugoslawien hatte sich ja schon unmittelbar nach dem 2. Weltkrieg vom Sowjetblock abgespalten und war dafür vom Westen mit reichlichem Beifall belohnt worden. Das Lob steigerte sich, als die jugoslawische Ökonomie in den 70er und 80er Jahren auf einen strammen Kurs marktwirtschaftlicher Reformen ging; das Land wurde sogar in die OECD aufgenommen. Insofern stellte das ökonomische und soziale Desaster Jugoslawiens Ende der 80er Jahre ironischerweise den Modellfall für das Scheitern der marktwirtschaftlichen Transformation ehemals staatskapitalistischer Länder dar.

Aber die ökonomische Dimension dieses Falls wird kaum wahrgenommen, weil der Zusammenbruch der jugoslawischen Nationalökonomie viel schneller als anderswo in die Form ethnischer Konflikte überging: Zuerst spalteten sich die traditionell höher entwickelten nördlichen Regionen Slowenien und Kroatien mit westlicher (vor allem deutscher) Hilfe vom jugoslawischen Staatsverband ab, dann brach in Bosnien der Bürgerkrieg zwischen Serben, »Moslems« und Kroaten aus, während sich im Kosovo albanische und serbische Volksgruppen immer stärker mit offenem Haß gegenübertraten. Serbien, die Teilrepublik mit dem größten Bevölkerungsanteil im ehemaligen Gesamtjugoslawien, wurde durch die diversen Sezessionen von wichtigen industriellen Ressourcen abgeschnitten und mußte die ökonomische Krise fast allein ausbaden. Das erzeugte eine ungeheure Verbitterung, die von Milosevic mühelos serbo-nationalistisch aufgeladen werden konnte.

Das Scheitern der marktwirtschaftlichen Reformen und die westliche Unterstützung der Separatistenbewegungen waren ursächlich verantwortlich für den Ausbruch der nationalistischen Exzesse. Der Balkan ist in dieser Hinsicht längst kein Einzelfall mehr: überall in der Welt gehört es zu den katastrophalen Folgen des marktwirtschaftlichen Ruins, daß sich bis dahin einigermaßen friedlich miteinander lebende Menschen als verschiedene »Ethnien« oder Religionsgemeinschaften definieren und mit blutigen Gemetzeln übereinander herfallen. Auch in Indonesien, soeben noch gehätscheltes Wunderkind der kapitalistischen Globalisierung, laufen inzwischen in die Armut zurückgetriebene Menschen mit den aufgespießten Köpfen ihrer Nachbarn herum; ganz zu schweigen von Ruanda und anderen Bürgerkriegsregionen. Die wahre Geschichte all dieser Greuel ist noch nicht geschrieben, denn stets handelt es sich um eine »Fortsetzung der Konkurrenz mit anderen Mitteln« unter den Bedingungen des ökonomischen Zusammenbruchs.

Die Wiederkehr scheinbar archaischer (ethnischer oder religiöser) Zusammenstöße folgt exakt der Logik des Marktes. Die in plötzlichen Krisenschüben »Herausgefallenen« suchen sozialen und emotionalen Schutz in einer irrationalen Gemeinschaft, die sich gleichzeitig aggressiv nach »außen« wendet. Weil keine ökonomische und soziale Alternative existiert, beginnt eine Verwilderung des kapitalistischen Massenbewußtseins. Ethnische und religiöse Kampf-Identitäten sind oft nur der Vorwand für die Bildung von irregulären bewaffneten Banden, die als eine Art »Geschäftsunternehmen« der um sich greifenden Plünderungs-Ökonomie fungieren. Auch im Kosovo ist es ein nicht geringes Motiv sowohl der serbischen Milizen als auch der albanischen Untergrundarmee, ihre ehemaligen Nachbarn zu berauben bis auf die Unterhose.

Aber selbst die ethno-nationalistische Ideologie ist gar nicht so archaisch, wie es scheint, sondern ebenfalls aus dem glorreichen Westen importiert. Das bürgerliche Konzept der Nation wurde zusammen mit dem Kapitalismus von Europa aus über die ganze Welt verbreitet und anderen gesellschaftlichen Verhältnissen übergestülpt. In vielen Weltregionen hat die synthetische Konstruktion von Nationen Sprengsätze gelegt, die in Krisensituationen immer wieder explodieren. Das gilt besonders für die von Deutschland ausgehende Variante der Nationsbildung. Hatten die angelsächsischen Länder und Frankreich die heraufdämmernde kapitalistische Nation rein politisch definiert (wer in Frankreich geboren oder in die französische politische Gemeinschaft aufgenommen wird, ist Franzose), so entwickelte sich beim historischen Nachzügler Deutschland eine konkurrierende Ideologie, in der die Nation als ausschließende ethnisch kulturelle Entität erscheint.

Diese von den Philosophen Johann Gottfried Herder (1744-1803) und Johann Gottlieb Fichte (1762-1814) hervorgebrachte »völkische« Idee reduzierte kulturelle Zusammenhänge auf das abstrakte und irrationale Konzept der modernen Nation, das in dieser Form ebenso wie der westlich liberale Nationalbegriff einer Ideologisierung der beginnenden kapitalistischen Konkurrenz diente und im Laufe des 19. Jahrhunderts mit Elementen eines biologischen Rassismus angereichert wurde. Dabei gibt es eine Überschneidung mit der westlich angelsächsischen Ideologie. Denn schon der Urvater des Liberalismus, Thomas Hobbes (1588-1679), hatte ja die Konkurrenz aller gegen alle zum »natürlichen« Wesen des Menschen erklärt. Der allgemeine liberale Sozialdarwinismus des 19. Jahrhunderts setzte diese Biologisierung sozialer Verhältnisse fort und verband sich in Deutschland mit dem »völkischen« Nationalbegriff Herders und Fichtes. Die deutsche Nation wurde so als eine rassisch kulturelle und biologische »Abstammungsgemeinschaft« definiert; eine Idee, die im Faschismus mit dem Holocaust und der Tötung »lebensunwerten Lebens« ihre schlimmsten Exzesse feierte.

Auf dem Balkan und in großen Teilen Osteuropas übernahm die Schicht der intellektuellen bürgerlichen Modernisierer seit dem Ende des 19. Jahrhunderts den deutschen, »völkisch« rassischen Begriff der Nation. Angesichts der Tatsache, daß die Bevölkerung dort auf engem Raum im Sinne der »völkischen« Kriterien völlig inhomogen zusammengesetzt war, wurde mit der Übernahme der »deutschen Ideologie« von vornherein der Keim einer humanitären Katastrophe gelegt: Menschen verschiedener Religionen (Moslems, Orthodoxe und Katholiken), Sprache und Herkunft (Albaner, Serben, Kroaten usw.), die lange Zeit einigermaßen friedlich zusammengelebt hatten, wurden plötzlich als »rassisch« verschiedene Nationen definiert, die sich wechselseitig das gemeinsame Territorium streitig machten. Die heutigen Greuel der »ethnischen Säuberung« gehen auf diese Geschichte zurück. Und die zugrunde liegende Ideologie ist kein balkanischer Archaismus, sondern eine giftige Blüte vom Baum der westlichen Modernisierungsgeschichte selbst.

Besonders Deutschland, das jetzt brav im Namen der Menschenrechte mitbombt, ist auf dem Balkan doppelt mit sich selbst konfrontiert. Denn einerseits spukt dort die »völkische« Ideologie der deutschen Geschichte, während gleichzeitig die Erinnerungen an den faschistischen Überfall im 2. Weltkrieg wach werden. Andererseits ist die deutsche Nation ebenso wie jetzt wieder die Katastrophen-Nationen auf dem Balkan auch heute noch als »völkische Abstammungsgemeinschaft« definiert: Das geltende deutsche Recht gibt Menschen, die kein Wort Deutsch sprechen und deren Vorfahren vor Jahrhunderten ausgewandert sind, automatisch die Staatsbürgerschaft, weil angeblich »deutsches Blut« in ihren Adern fließt. Dasselbe »Blutsrecht« diskriminiert gleichzeitig Millionen Menschen anderer Herkunft politisch und juristisch, die in Deutschland geboren sind oder seit Jahrzehnten dort leben.

Und soeben ist die neue rot-grüne Regierung mit einer ohnehin inkonsequenten Reform dieses »blutigen« Staatsbürgerschaftsrechts gescheitert, weil die Konservativen Sturm dagegen liefen und erhebliche Teile der deutschen Bevölkerung geradezu »balkanisch« mobilisieren konnten. Diese politische und juristische Form der »ethnischen Apartheid« in einem kapitalistischen Zentrum und im Kontext der »Festung Europa« unterscheidet sich nur graduell von demselben Vorgehen in einer Zusammenbruchsgesellschaft; und man kann sich leicht ausmalen, was in Deutschland passieren würde, wenn bei 27.000 Prozent Inflation monatelang keine Löhne mehr ausgezahlt würden.

Aber der Westen ist auch noch aus anderen Gründen mit seiner Bombenkampagne gegen Serbien unglaubwürdig. Zum einen handelt es sich formal um einen gefährlichen Präzedenzfall: Ohne Mandat der UNO nimmt sich die NATO ein Recht zur Intervention heraus. Die nach dem 2. Weltkrieg mühsam in völkerrechtliche Formen gebrachte gegenseitige Anerkennung der kapitalistischen Staats-Leviathane mit ihrer »territorialen Integrität« ist damit nur noch Makulatur; der Verwilderung der internationalen Beziehungen im 21. Jahrhundert wurden Tür und Tor geöffnet. Zum anderen ist die humanitäre Begründung für die Intervention solange moralisch illegitim, wie gleich nebenan der NATO Partner Türkei unter der Minderheit der Kurden Massaker von Kosovo-Qualität ganz ungestört veranstalten darf und dafür vom Westen sogar noch die Waffen geliefert bekommt. Offenbar gibt es »gute« und »böse« Schlächter; je nachdem, ob sie auf ihrem Territorium US Kampfflugzeuge stationieren lassen oder nicht.

Das strategische Ziel der NATO bleibt trotzdem unklar. Denn die Weltherrschaft hat der Westen sowieso, nur weiß er anscheinend nicht mehr, was er mit dieser von ihm ruinierten Welt eigentlich anfangen soll. Die für den kalten Krieg geschaffenen Institutionen irren auf der Suche nach Feindbildern umher und brüten pathologische Pläne aus, die alles nur noch schlimmer machen. So kann die »demokratische Völkergemeinschaft«, geschoben von der Eigendynamik des militärisch industriellen Komplexes, nur noch mit den blutigen Gespenstern kämpfen, die ihr ureigenes Produkt sind.●

aus: Folha de Sao Paulo (Anfang April 1999)

FORTSETZUNG VON SEITE 12

beralismus und Fundamentalismus der tatsächlichen dialektischen Geschichtsentwicklung. In diesem Sinne installierte eine mächtige Friedensbewegung (und Bürgerrechtsbewegung) die, ihren ursprünglichen Zielen entgegengesetzte, neue Moral, die »political correctness«, mit der sie polizeiliche Gewaltausübung in ihrem politisch korrekten Sinne legitimierte, und zwar auch die einer Weltpolizei gegen Kriegsgreuel in Bosnien, Irak oder Afrika. Aus dem radikalen Frieden schaffen ohne Waffen wurde ein konservativer Pazifismus, der Frieden schaffen wollte durch die Polizei, das ist die Dialektik des Fortschritts.

Nicht nur die Serben, Russen oder Türken müssen ihre Gesellschaft, Staat und Wirtschaft modernisieren, auch der Westen. Das größte Problem der »Sieger der Geschichte« ist ihre Selbstgerechtigkeit und Konservatismus, mit dem sie ihre Selbsterneuerung unterdrücken. Wenn Lafontaine zum bestgehaßten Politiker stilisiert wird, ist das nicht bloß Schaumschlägerei derer da oben, denn offenbar sah Lafontaine den Zusammenhang zwischen Neoliberalismus und Armutskrieg. Jedoch zeigt das auch, daß die Erneuerung von Parteien und Regierungen kaum zu erwarten ist. Wesentlich mehr Hoffnung ist, wie bei allen Neuerungen, auf das Veränderungspotential spontan sich bildender Bewegungen zu setzen. So könnte eine Solidarität in Europa zustande kommen, die vielleicht ein neuer »sozialer Vertrag« sein kann, ein neuer Konsens in der Gesellschaft, eine neue Definition des Sozialen, was nicht zu verwechseln ist mit einem Gesellschaftsvertrag, den wir seit Rousseau haben, zur Definition der Gleichheit aller Menschen.

Der enorme heutige Reichtum, zu dessen Herstellung immer weniger menschliche Arbeit erforderlich ist, hat die Tendenz, sich von denen zu entfremden, die ihn zwar nicht herstellen, aber doch benötigen. Statt diesen Fortschritt zurückzuschrauben, was eine linkskonservative Kritik des Fortschritts meistens nahelegt, muß der Modernisierungsprozeß mit der Überzeugung voran getrieben werden, daß aller Reichtum den Menschen zu dienen hat. Armutskriege, nationale Abschottung und Flüchtlingselend sind ahistorisch, weil der Reichtum doch vorhanden ist – aber ich will jetzt nicht sagen: und nur verteilt werden muß. Entscheidend wird sein, daß das Soziale nicht totalitär ist, wie die früheren Konzepte der Verstaatlichung des Sozialen Sektors es vorsahen.

Die gesellschaftlichen Entwicklungen der letzten 30 Jahre im Westen, die neuen sozialen Bewegungen, Bürgerinitiativen, Basisgruppen, Regionalisierung und Lokalisierung weisen in eine Richtung von Selbstorganisation der modernen Individualisten, zu Freiwilligkeit, Partizipation, Mitgestaltung und Bürgerbeteiligung statt Institutionalisierung und Zentralisierung. Dieser Prozeß muß weitergehen, und an die Stelle der verlorenen sozialen Stabilität von Familie und Nachbarschaft wird eine sinnstiftende, zivilisationsstabilisierende offene Gesellschaft treten, die zu ihrer Verwirklichung über den gesellschaftlichen Reichtum verfügen muß. So entsteht ein neuer sozialer Konsens.●

»Können Rassisten geheilt werden?«

»Wer nicht fragt, bleibt dumm«, so weiß inzwischen jedes TV-gewöhnte Kind aus der Sesamstrasse. *Tahar Ben Jelloun* ist ein französischer Schriftsteller, marrokkanischer Herkunft, der, durch eine Frage seiner Tochter, sich zu diesem Buch inspirieren ließ. Es ist zwar für Kinder und Jugendliche verfaßt, ist aber, wie so manches 'Kinder'buch, auch für Erwachsene sehr empfehlenswert. Die kindliche Frage: »Papa, was ist ein Fremder?« – so auch der Titel – führt auch zu den Fragen: Was ist Rassismus? Was ist Antisemitismus, Kolonialismus? usw.

Jelloun antwortet knapp und präzise, so daß manchmal bei mir der Gedanke aufkam, wozu liest man eigentlich dicke Abhandlungen, wenn das Wesentliche doch so einfach und klar darzustellen ist. Wenngleich in Deutschland lebenden Kindern Namen wie Le Penn, Ernest Renan extra erklärt werden müßten, und es sicher ein Manko der deutschen Übersetzung ist, denn sie hätten ohne weiteres auch durch in Deutschland namentlich bekannte Rassisten ausgetauscht werden können, aber dadurch wird auch ein weiteres Auseinandersetzen mit der Thematik herausgefordert.

In Frankreich verkauften sich in den ersten vier Monaten nach Erscheinen von »Le racisme expliqué à ma fille« – so der Originaltitel – über 230.000 Exemplare, und auch in Deutschland war schon die erste Auflage innerhalb von Tagen vergriffen. Dieses Buch an allen deutschen Grundschulen als Pflichtlektüre wäre mit Sicherheit eine gute Waffe gegen den sogenannten Ausländerhaß, sowie gegen blinde Ressentiments überhaupt. »Andere achten bedeutet, sich um gerechte Urteile zu bemühen.« (S. 56) So einfach ist das mitunter.

Trotzdem bleibt natürlich die Hilflosigkeit gegenüber Kindern und Jugendlichen, die selbst rassistische Parolen den Erwachsenen nachplappern, und wo es nicht reicht, sie nur für dumm zu erklären. So kommt denn auch die Frage: »Sind denn alle dummen Leute Rassisten?« Die logische Antwort: »Nein, aber alle Rassisten sind dumm.« (S. 58) Gegen diese Dummheit hilft nur Bildung und – wie schon zur Goethezeit – das Reisen. Aber gerade dies wird wohl bei der Industrialisierung des Tourismus immer schwieriger. Das »All-inclusiv-system« der Reiseveranstalter gibt dem Lernen von anderen Menschen und Ländern so gut wie keine Chance mehr.

Auch die Erklärung, daß es eben keine Rassen unter den Menschen gibt, kann man nicht oft genug deklarieren. »Der Rassismus ist ein Teil der Geschichte der Menschheit. Er ist wie eine Krankheit.« (S. 87) Auch die Frage, ob denn Rassisten geheilt werden könnten gestaltet sich nicht einfach, aber das Buch läßt hoffen.

Jelloun, ein in Frankreich mit höchsten Literaturpreisen ausgezeichneter Romancier, der im marokkanischen Fès 1944 geboren wurde, gilt seit langem als Kämpfer für Toleranz. Wieder sind es die Opfer, die Betroffenen, die hier die Arbeit an dieser 'kranken' Gesellschaft leisten müssen – nicht die TäterInnen.

Das Nachwort von *Daniel Cohn-Bendit* ist dann eher wieder was für Erwachsene, und eigentlich überflüssig (bis auf die Daten zur Person von *Tahar Ben Jelloun*, aber das hätte ja wohl das Lektorat auch noch hinbekommen.

Was wirklich ärgerlich ist, ist der Preis. Daß ein derartig wichtiges Buch, mit der Zielgruppe Kinder und Jugendliche nicht von denen, die es angeht auch selber gekauft werden kann, ist ziemlich schändlich. So kann man nur hoffen, daß eine bezahlbare Taschenbuchausgabe schnell zur Verfügung gestellt werden wird.●

Jochen Knoblauch

Tahar Ben Jelloun: Papa, was ist ein Fremder? Gespräch mit meiner Tochter. Rowohlt Berlin 1999, 110 S., 29,80 DM

Wissenschaft oder Mythos

– Beispiel Landwirtschaft

Der sog. wissenschaftlich-technische Fortschritt prägt die Landwirtschaft stärker als manch andere Wirtschaftszweige. Die landwirtschaftliche Produktion, ihre Arbeits- und Flächenproduktivität sind nach dem Zweiten Weltkrieg kaum vorstellbar gestiegen. Die früher weit verbreitete Knappheit an Nahrungsmitteln ist heute, jedenfalls was das Angebot angeht, in Mitteleuropa kein Thema mehr. In den Supermärkten ist fast immer alles zu haben. Ist dies nicht der schlagendste Beweis für den Erfolg der Agrarwissenschaften und des agrotechnischen Fortschritts in Gestalt von Düngemitteln und Pestiziden, immer schlagkräftigeren Maschinen, medikamentösen Mastbeschleunigern u.v.a.m. ?

Der Agraringenieur *Bernd Keller* kennt nicht nur die »Nebenwirkungen« der industrialistischen Agrarentwicklung: die Umweltbelastungen, die Wegrationalisierung von fast 3 Millionen Arbeitsplätzen und das Höfesterben. Darüber hinaus ist er ein Freund und Kenner alter Bücher und: er kann sarkastisch bis ironisch, spannend, allgemein-verständlich und anschaulich schreiben.

Vor dem Hintergrund seiner historischen Kenntnisse nimmt Keller den wissenschaftlichen Fortschritt über Umwelt und Landwirtschaft in den letzten 100 Jahren auseinander und entlarvt einige seiner Mythen. So haben Wissenschaftler jahrelang gepredigt, daß mit jedem Kilogramm Kraftfutter zwei Liter Milch produziert würden. Diese Formel trieb viele Bauern zum kostspieligen Futterzukauf, verursachte Milch- und Gülleseen und ließ die Kassen der Futtermittelindustrie klingeln, bis sie sich als irrige Modellrechnung entpuppte. Heute werden erneut leistungsfördernde Medikamente und Wachstumshormone propagiert, nicht etwa um mehr Milch zu produzieren – sondern von Klimaschützern ! Auch ihre Denk- und Rechenfehler deckt Keller mit berechtigter Ironie auf. Besonders wichtig ist ihm das Thema Stallmist, der Inbegriff für eine das Bodenleben fördernde Düngung, eine artgerechte Tierhaltung sowie minimale Umweltbelastungen und zugleich das absolute Feindbild der modernen Agrarwissenschaft.

Gestützt auf eine Fülle im heutigen Wissenschaftsbetrieb marginalisierter Untersuchungen belegt Keller, daß der Misthaufen »die Seele der Landwirtschaft« ist und daß hinter seiner vermeintlichen Rückständigkeit tatsächliche Zukunftsfähigkeit versteckt ist. Schade ist, daß Keller, als »Trüffelschwein« inzwischen Inhaber eines Versandantiquariates, aus seiner treffsicheren Mythenkritik hier und da in eine pauschale Anti-Wissenschaftlichkeit rutscht, obwohl er selbst – noch dazu besonders sorgfältig und auf ein umfassendes Quellenstudium gestützt – wissenschaftlich arbeitet. Konkret zeigt er, wie altes landwirtschaftliches Wissen, das Tierhaltung und Pflanzenbau, Tiergesundheit und Fruchtfolgen im Zusammenhang zu berücksichtigen versuchte, durch eindimensionale, vermeintlich wissenschaftlich-exakte Versuchsergebnisse ersetzt wurde, die jedoch hinter frühere, kompleXere Erkenntnisse zurückfallen. Das Ergebnis ist die Verschwendung von Ressourcen, einschließlich der Geldvergeudung in Teilen der Landwirtschaft – ihre Kehrseite sind Umweltbelastungen. Bernd Kellers Texte sind nicht nur fachlich-politisch äußerst interessant und für jede kritische Diskussion über die Landwirtschaft, ihre Produktionsweisen und ihre Umwelteffekte unverzichtbar. Darüber hinaus sind sie spannend aufgebaut, sprachlich gelungen und bereiten auch Nicht-Insidern ein großes Lesevergnügen.●

Ulrich Häpke

Bernd Keller: Landwirtschaft, Umwelt und die Mythen der Wissenschaft. Wachstumslandwirtschaft und Umweltzerstörung Band V, Rheda-Wiedenbrück (ABL Bauernblatt Verlag) 1998, 93 Seiten, 18 DM

Staatsarchitektur

Auf den ersten Blick sieht sie aus wie ein Kunstkatalog, die 1.200 Gramm schwere Ausgabe *Staatsarchitektur* der unregelmäßig erscheinenden Zeitschrift *Vor der Information*. Sie befaßt sich mit Migrations- und Asylpolitiken und geht darauf in unterschiedlicher Art und Weise ein: *Vor der Information* arbeitet mit Bild- und verschiedenen Arten von Textbeiträgen. Die AutorInnen kommen aus dem k[illegible]nen Feld der Kunst und Theorie im deutschsprachigen Raum, aber auch aus Frankreich und Großbritannien, darunter etliche mit einer nicht-mehrheitsgesellschaftlichen Sozialisation. Es finden sich aber auch fundierte Beiträge aus dem (enger gefaßten) politischen Spektrum.

Inhaltlich geht es um sexistische und rassistische Strukturen der Gesellschaft, ihre juristische Schaffung und Absicherung und ihre völkischen Grundlagen. Dabei werden alte Formen des Rassismus ebenso untersucht, wie die neuen, kulturalistischen. Bewegungspolitisch wird unter anderem über und von *sans-papieres* und die Kampagne *kein mensch ist illegal* berichtet, oder es werden Erfahrungsberichte aus unterschiedlichen MigrantInnenberatungs- und -selbsthilfeinitiativen publiziert.

Die Reichweite der Beiträge ist unterschiedlich: Sie reicht vom wissenschaftlichen Blick von außen auf Migration, bis zu Berichten von mit Illegalisierung und Rassismus Konfrontierten. Ungewöhnlich ist die starke Betonung feministischer Perspektiven und Standpunkte im gesamten Band, die Situation und die Wünsche von Frauen werden in ihrer Unterschiedlichkeit wie auch in ihrer Gleichheit deutlich gemacht. Ebenso wird sympathischerweise die eigene Denkstruktur und der privilegierte Sprechort der Schreibenden in vielen Beiträgen reflektiert. Ob es wirklich gelungen ist, die Probleme des Schreibens und Sprechens über Migration, wie etwa Generalisierung oder Bevormundung in den theoretisch geprägten Artikeln zu vermeiden, muß offen bleiben. Es ist aber sehr angenehm zu erfahren, daß und wie sich die ProduzentInnen von *Vor der Information* damit auseinandergesetzt haben.

Wenn nur manch andere politische Zeitschrift optisch auch so gut gestaltet, und vom Inhalt so vielfältig, kritisch und selbstreflexiv wäre, wie *Vor der Information....*●

Bernd Hüttner

Vor der Information 7/8: Staatsarchitektur, ca. 336 S., DM 32, öS 220 (plus Porto), Bezug: Vor der Information, Säulengasse 7/15, A-1090 Wien

Die andere Eroberung

Mit massiver und anhaltender Exportförderung eroberten die EU und USA die Agrarmärkte vieler Entwicklungsländer. Verlierer dieses unfairen Wettbewerbs sind die Bäuerinnen und Bauern, die durch die verbilligten Importe von ihren eigenen Märkten verdrängt wurden. Die Überschüsse des Nordens bedrohen so das Menschenrecht auf Nahrung von Millionen Familien und untergraben systematisch die Ernährungssicherheit ganzer Länder. Diese erschreckende Bilanz zieht *Martin Wolpold-Bosien* nach einer Analyse der Agrarexportpolitiken der EU und USA.

Mit einem ausgefeilten System an preisbezogenen Exportsubventionen, Markterschließungsprogrammen, Exportkreditversicherungen, Nahrungsmittelhilfen u.a. verbilligen die EU und USA ihre Überschüsse. Langfristiges Ziel ist die Erschließung neuer Absatzmärkte. Die Regierungen der Einfuhrländer können mit den Billigimporten die politisch wichtige Stadtbevölkerung zufriedenstellen. Und für die einführenden Unternehmen bedeutet der Absatz hochsubventionierter Getreide-, Rindfleisch- oder Milchpulverlieferungen ein gutes Geschäft. Geschädigte sind vor allem die Bäuerinnen und Bauern, die durch die gedumpten Preise von ihren Märkten verdrängt werden.

Im Zeichen der Schuldenkrise wurden in vielen Entwicklungsländern sogenannte Strukturanpassungsprogramme eingeführt. Staatliche Programme zur Kreditförderung und technischen Beratung wurden gestrichen, Agrarreformprozesse gestoppt und Außenzölle gesenkt. Die letzten Importbarrieren zu diesen nun weitgehend liberalisierten Märkten sind für die (vollkommen antiliberalen) Dumpingexporte der EU und USA ohne Schwierigkeiten zu überwinden. Als Folge bricht die Grundnahrungsmittelproduktion in vielen armen Ländern zusammen.

Die Welternährungsorganisation FAO bezeichnet heute 82 Staaten als »einkommensarme Nahrungsdefizitländer«. Sie werden immer abhängiger von Nahrungsmitteleinfuhren, ohne sie auf die Dauer finanzieren zu können. In ihnen leben 60 Prozent der Weltbevölkerung und die meisten der derzeit auf 840 Millionen geschätzten chronisch unterernährten Menschen.

Bei den GATT-Verhandlungen haben das völkerrechtlich garantierte Menschenrecht auf Nahrung, die Ernährungssicherheit und die Perspektive der bäuerlichen Landwirtschaft keine nennenswerte Rolle gespielt. Das muß sich bei den Ende 1999 beginnenden Agrarverhandlungen in der Welthandelsorganisation WTO ändern!

»Die andere Eroberung« setzt sich ausführlich mit den Agrarexportpolitiken der EU und USA auseinander und führt ein in die Grundlagen der internationalen Agrarhandels- und Nahrungsmittelhilfeordnung. Abschließend legt *Wolpold-Bosien* Vorschläge für eine Agrarhandelspolitik vor, die ihre völkerrechtlichen Verpflichtungen gegenüber dem Recht auf Nahrung respektiert.●

dp

Martin Wolpold-Bosien: Die andere Eroberung –US-amerikanische und europäische Agrarexportpolitik und ihre Folgen für den Hunger im Süden der Welt. **Hrsg.: FIAN Deutschland e.V., AbL e.V.**, April 1999, ISBN 3-930413-16-7, 235 S., 26 DM

Die zehn Globa[illegible]erungslügen

Daß dieses Buch wenige Monate nach Erscheinen bereits in dritter aktualisierter Auflage verkauft wird, verwundert nicht. Wi[illegible]der Bestseller »Die Globalisierungsfalle« der Spiegel[illegible]-Journalisten *Hans-Peter Martin* und *Harald Schuhmann* warnt auch diese Publikation vor dem Diktat wirtschaftlicher Zwänge, dem soziale Errungenschaften durch einen weltweit entfesselten freien Markt geopfert werden sollen. Die angeblich »schicksalhafte« Globalisierung ist – so die Hauptthese von *Gerald Boxberger* und *Harald Klementa* – das Ergebnis einer »Politik für Großkonzerne«. Anhand zahlreicher Fakten, recherchiert u.a. in den Wirtschaftsseiten wichtiger deutscher Zeitungen, setzen die Autoren dazu an, vieles was zu gängigen Stehsätzen der aktuellen Wirtschaftsdebatte geworden ist – von der »notwendigen« Liberalisierung und Deregulierung bis hin zum überzogenen Sozialstaat, den wir uns nicht mehr leisten könnten – als »Globalisierungslügen« zu enttarnen. Die jungen Volkswirtschaftler der Universität Regensburg stellen aber nicht nur die sogenannte »Standortdebatte« in Deutschland in ein anderes Licht, sie verwehren sich auch gegen die Meinung, daß die Globalisierung den Entwicklungsländern mehr Wohlstand bringe und letztlich alle zu Gewinnern mache. Sie schreiben an gegen die ideologische Verengung auf ein Entwicklungsmodell, das nur wenigen nütze und Alternativen nicht mehr denken lasse: »Medien verbreiten 'wichtige' Nachrichten in Form von Meinungen 'wichtiger' Menschen, die 'zufällig' mit den Globalisierungsgewinner identisch sind«. (S. 159) Sprüche wie »Leistung muß sich wieder lohnen« kämen gerade von jenen, die von der Rendite oder den Zinsen ihres Kapitals lebten.

Als »Dreh- und Angelpunkt« der Globalisierung sehen die Autoren die schrankenlose »Kapital- und Warenmobilität«, die zu einem weltweiten »Konkurrenz- und Rationalisierungdruck« führe und auch für den ökologisch katastrophalen »Transportwahnsinn« verantwortlich sei (S. 173). Strategien der Gegensteuerung (sie füllen das letzte Drittel des Buches) machen sie daher in der Begrenzung des freien Weltmarktes und der Finanzspekulation aus. Ohne die Marktwirtschaft per se abzulehnen, plädieren die Volkswirtschaftler für ein beharren auf nationalstaatlicher Währungs-, Wirtschafts- und Sozialpolitik (sie teilen daher auch nicht die gegenwärtige »Euro-Euphorie«). Konzepte wie die Tobinsteuer (zur Begrenzung der Spekulation), die Ökosteuer (zur Herstellung realistischer Preise), staatliche Nachfragestimulierung oder die Forcierung weiterer Arbeitszeitverkürzungen skizzieren sie als politische Instrumente der Regulierung des Globalisierungsprozesses. Doch zu diesen Reformen werde es nur kommen, wenn die BürgerInnen Druck auf die politischen Entscheidungsträger ausüben. Für sie ist daher dieses Buch vor allem geschrieben.●

H.H.

Boxberger, Gerald; Klimenta, Harald: Die zehn Globalisierungslügen. Alternativen zur Allmacht des Marktes. München: dtv, 1998, 245 S., 16,90 DM / sFr 16 / öS 123

Aus: Pro ZUKUNFT, Nr. 1/99. Pro ZUKUNFT ist ein Informationsdienst der Robert-Jungk-Bibliothek für Zukunftsfragen und erscheint im Verlag Julius Beltz GmbH & Co. KG

Grüne Branchenbücher

Nach der im Februar 1999 in CONTRASTE vorgestellten Ausgabe des grünen Branchenbuches Schleswig-Holstein hat der Verlag »Das grüne Branchenbuch« vor kurzem die 4. Ausgabe für Hamburg herausgebracht. Die Ausgabe 1999/2000 enhält über 3.000 Adressen von Anbietern ökologischer Produkte und Dienstleistungen, die für VerbraucherInnen, die umweltbewußt einkaufen möchten, Kenntnisse über die angebotenen Alternativen vermittelt.
Ergänzt wird das Branchenbuch durch den Herausgeber BUND mit Kurzinformationen und Tips zum Energiesparen, zur Ernährung, Verkehr & Reisen und Haus & Garten.●

dp

BUND (Hrsg.): Das grüne Branchenbuch – Hamburg, Verlag das grüne Branchenbuch, Lasbeker Str. 9, D-22967 Tremsbüttel,
ISBN 3-932309-06-5, 6,90 DM

Rechenrabe 4

ist ein Mathematikprogramm für die vierte Grundschulklasse mit kindgerechter übersichtlicher Menüführung, und einigen Animationen. Der Rechenrabe mit der lieben Kinderstimme kommentiert richtige und falsche Lösungen mit »spitze«, »super«, »oh, nein« u.s.w. Nach Durchrechnung einiger Aufgaben darf man »vier in einer Reihe« spielen. Das Programm gliedert sich in Zahlenräume wie 1.000, 10.000 u.s.w. und Maßeinheiten.

In der Schritt-für-Schritt-Hilfe wird die jeweilige Aufgabe auf Wunsch noch einmal Schritt für Schritt vorgerechnet. Die einfache Gestaltung ermöglicht zielorientiertes Üben der Aufgaben, die nicht in Geschichten und Spiele eingebettet sind und dennoch einen lernmotivierenden Rahmen bietet.●

ub

Systemvoraussetzungen: 486er, Windows 3.1 oder 95, 8 MB RAM, 15 MB Festplattenspeicherplatz, VGA 640 x 480, 256 Farben, Soundkarte, CD-ROM-Laufwerk, 98 DM

WIDERSPRUCH
Beiträge zur sozialistischen Politik
36

Zeit

Weltzeit, Mobilitätskultur, mythologische Zeit; Geoökonomie, Arbitragekapitalismus, Kurzfristigkeit, Prognostik und globale Finanzkrise; nachhaltige Zukunft – jenseits von Beschleunigung? Ökologie der Zeit und öko-soziale Zeitpolitik; Zeitwohlstand versus Güterwohlstand; Zeitmanagement, Flexibilität oder Politik der Eigenzeit

A.J. Obrecht, E. Altvater, M. Madörin, M. Held, M. Müller, L.A. Reisch, K. A. Geißler, M. Spitzner, F. Reheis, U. Mückenberger, J.P. Rinderspacher

Diskussion

G. Notz: Frauenzeiten – Männerzeiten
H. Schäppi: Neue Wege in der Arbeitszeitpolitik
H.-H. von Winning: Zeit, Geschwindigkeit, Verkehr

Marginalien / Rezensionen / Zeitschriftenschau

200 Seiten, Fr./DM 21.– (Abonnement 36.–/38.–) zu beziehen im Buchhandel oder bei
WIDERSPRUCH, Postfach, CH-8026 Zürich
Tel./Fax 01 - 273 03 02
widerspruch@access.ch http://www.access.ch/widerspruch

JOBS

Ökologisch arbeitende Schreinerei in Heidelberg sucht ab sofort mitarbeitende/n Teilhaber/in, Schreiner/in mit Berufserfahrung, auch für Planung und Verkauf. h.o.f.schreinerei
☎(0 62 21) 16 66 16

Innovative Monatszeitung sucht mutige/n Einsteiger/in mit (Berufs-)Erfahrung in Redaktion, Layout, Organisation, Verwaltung, Akquise und/oder Vertrieb. Unsere Inhalte sind Ökologie, Kultur und Soziales vor dem Hintergrund eigenständiger Regionalentwicklung. Torfkurier Verlag, Große Str. 81, D-28870 Ottersberg (Nähe Bremen)
☎(0 42 05) 77 99 66, Fax 77 99 65

Ökozentrum mit 14 selbstverwalteten Betrieben und Initiativen in Verden bei Bremen sucht erfahreneN Koch/Köchin o. Gastronomie-/Mittagstisch-/Kneipenbetrieb. Bewerbungen bitte an: Ökozentrum, Artilleriestr. 6, D-27283 Verden/Aller
☎(0 42 31) 95 70 o. (0 42 35) 94 22 12 (Ahmet)

AUSBILDUNG

Suche Ausbildungsplatz zur Tischlerin in netter ökologischer Schreinerei, sehr gerne in Betrieb in Selbstverwaltung.
Isa Weitz, 26 J., Abi
Bergheimer Str. 120, D-69115 Heidelberg
☎(0 62 21) 2 49 53

SUCHE

Buchhändler/innen: VLB gesucht
Verzeichnis lieferbarer Bücher VLB & Adreßbuch 98/99 dt.-sprach. Verlage gesucht als gebrauchte CD-ROM oder Buchausgabe. Kostenlos oder mit Bezahlung.
K.H. Meyer, Bergwerkstr. 33, D-79688 Hausen
☎/Fax (0 76 22) 67 13 22

JOBSUCHE

BWL-Student (FH, 4. Sem.) mit langjähriger Erfahrung in Verkauf, Büro- u. Lagerorganisation bietet Mitarbeit als Aushilfskraft oder auf freiberufl. Basis (Raum Wiesbaden, MZ, Frankfurt).
Thomas Greiner, Scharnhorststr. 4,
D-69195 Wiesbaden
☎(06 11) 44 30 43

Diplm. Sozialpädagoge / Sozialarbeiter (FH) sucht neuen Wirkungskreis. Ich bin 25 Jahre, habe solide EDV-Kenntnisse (MSOffice, Pagemaker, HTML-Design) sowie kaufmännische Kenntnisse (Buchhaltung u. ReWe, BWL, Recht, VWL). Ich habe 4 Jahre in einer selbstverw. Jugendinitiative gelebt und möchte nun in meinem Beruf arbeiten. Meine Schwerpunkte: Umwelt-, Medien-, Reise-und Erlebnispädagogik. Gerne auch Bildungsarbeit etc. Wer hat Lust, mich kennenzulernen?
Jens Jackowski, Westfeldstr. 73,
D-58453 Witten
☎((1 77) 388 20 58

PROJEKTE

Die legendäre Finkenburg hat ab Juli zehn leere Zimmer. Wenn Ihr mit uns (4 Erwachsene u. 2 Kinder) auf dem Land zwischen Bremen und Verden leben wollt, ruft mal an. Kinder, am liebsten zwischen 6 und 9 wären gut, aber nicht Bedingung.
☎(0 42 04) 14 97

Für den Start eines **Gemeinschaftsprojekts** in Selbstverwaltung in Mitte/(Süd-)Westen v. Deutschl. suche ich engag. Leute, die an Politik und Umwelt und Tieren interess. sind und sowohl prakt. arbeiten als auch theoret. hinterfragen wollen. Themen: Natur/Umw., Gesellsch./Politik, Tierrechte, Kultur, die aber nicht nebeneinander stehen sollen, sondern integriert betrachtet werden sollen. Für den Anfang suche ich zunächst einmal Leute, die mit mir gemeinsam Natur-/Umw.seminare inhaltl. u. organisat. vorbereiten wollen.
Susanne, ☎(02 28) 63 50 94

Anders arbeiten – anders leben. Sozialistische Selbsthilfe Köln-Mülheim (SSM) sucht MitmacherInnen. Wir leben von Umzügen und Gebrauchtwarenhandel, kochen füreinander etc., haben Platz zum Wohnen. Führerschein wäre super. Wir machen Projekte im Stadtteil und betreiben mit Freunden das Institut für Neue Arbeit.
☎(02 21) 640 31 52

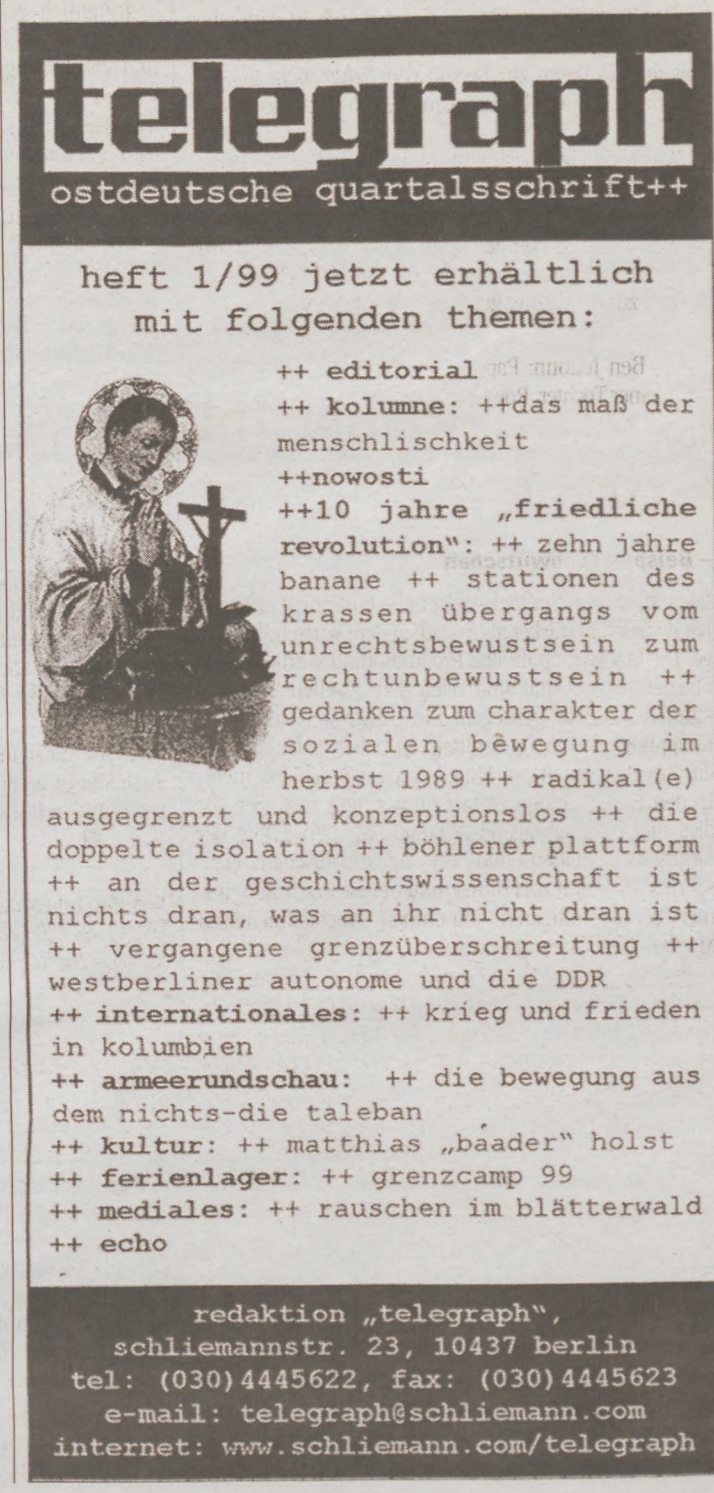
Im Laufe des Jahres 1999 wird die **Projektwerkstatt** im Kreis Gießen ihre Tore schließen. Das ungewöhnliche Haus, ein biologisch umgebauter Bauernhof mit 500qm Wohnhaus, Zwischengebäuden und Scheune (Fachwerk), ausgestattet mit Solaranlage, Regenwasseranlage, Zentralheizung bot jahrelang vielen Aktions- und Seminargruppen eine Arbeitsplattform.
Zum Haus gehören das komplett eingerichtete Tagungshaus mit 18 Betten, ein schallisolierter Proben-/Fetenraum und 649qm Grundstück. Das bisherige alternative Wohnprojekt hofft, daß sich Menschen finden, die in dem schönen Haus in schöner Lage (20 km östlich Gießen, 60 km nördlich Frankfurt, mit Bahnanschluß im Ort) zumindest das Tagungshaus weiterführen wollen, aber vielleicht auch darüberhinaus die Räume mit Leben füllen. Dafür bieten sie einen »politischen«, d.h. geringeren Verkaufspreis oder auch andere Regelungen, z.B. Ratenzahlung. Die Einnahmen aus dem Verkauf der ehemaligen Projektwerkstatt sollen der politischen Arbeit verschiedener Basisgruppen bundesweit zugute kommen.
Kontaktadresse: Projektwerkstatt, Ludwigstr. 11, D-35447 Reiskirchen
☎(0 64 01) 90 32 83

KLEINANZEIGEN

Ausfüllen: Den Text gut lesbar eintragen (38 Anschläge/Zeichen ergeben eine Satzzeile)
Kosten: Privat bis zu 5 Zeilen **10 DM** (jede weitere Zeile 1 DM)
Gewerblich bis zu 5 Zeilen **40 DM** (jede weitere Zeile 5 DM)
Private Stellengesuche sind kostenlos!
Chiffregebühren: 9 DM
Bezahlt werden kann mit Scheck, Geldscheinen, mit Briefmarken oder mit Bankeinzug. Im voraus muß allerdings immer das Geld hier sein. Quittungen nur bei ausreichend frankiertem Rückumschlag. **Aufträge ohne Geld & Absender landen ausnahmslos im Papierkorb!** Ausnahme: Bestellwert ab 50 DM. Da gibt's nämlich ne Rechnung.
Termin: jeweils zum **15. des Monats**

Einsenden an:
CONTRASTE e.V.
Postfach 10 45 20, D-69035 Heidelberg

SCHNIPSEL



IMPRESSUM

CONTRASTE

Monatszeitung für Selbstverwaltung
erscheint 11mal im Jahr.
ISSN 0178-5737
Herausgeber ist CONTRASTE,
Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.
Postfach 10 45 20
69035 Heidelberg
☎ (06221) 16 24 67

CONTRASTE wird von ca. 40 MacherInnen geschrieben, zusammengestellt, redigiert, gesetzt, gedruckt... und was alles zum Herausgeben dazugehört.

Die Informationen fließen zusammen über die Regional- und Fachredaktionen. Endredaktion, Herstel lung, Vertrieb und Anzeigenverwaltung erfolgt über CONTRASTE in Heidelberg.

Wer einen Beitrag in CONTRASTE veröffentlichen will, schickt ihn an die Heidelberger Endredaktion. Gerne nehmen wir Eure Texte auf Diskette, verarbeiten können wir alle gängigen Formate.

In allen Redaktionen sind ausschließlich ehrenamtliche Leute am Werke.

Vertriebs-, AbonnentInnen- oder sonstige Beschwerden bitte auch in Heidelberg vorbringen.

Alle an einer aktiven Mitarbeit Interessierten können dies im Heidelberger Büro kundtun und erhalten dann die Einladungen zu den zwei- bis viermal jährlich stattfindenden Redaktionstreffen.

Redaktionen :

01099 Dresden, Redaktion Dresden, Reinhard Lichtenhahn, Martin-Luther-Str. 13, ☎ (0351) 802 99 40, Fax 802 99 50; **10997 Berlin, Redaktion Berlin,** Ricarda Buch, Manteuffelstr. 97, ☎ (0 30) 612 38 27, **E-Mail:** r.buch@partisan.net; **18546 Saßnitz/Rügen, Redaktion Rügen/MV,** Andreas Küstermann, Weddingstr. 1, ☎ (038392) 3 36 49, Fax 3 37 49, **E-Mail:** a.kuestermann@link-n.cl.sub.de, **Internet:** www.ruegen-wirtschaft.de/presse-verlag-ostseh; **22763 Hamburg, Redaktion Hamburg,** Hilmar Kunath, Daimlerstr. 34 ☎ (0 40) 39 90 41 96, **E-Mail:** hkgw@vossnet.de, **Internet:** http://www.web-line.com/bs/contraste; **23701 Eutin, Redaktion Norddeutschland,** Volker Nadolni, Janussstr. 11, ☎ (04521) 53 12, Fax 29 33; **28870 Ottersberg, Redaktion Bremen,** Götz Paschen, Everinghausen 42 ☎(04205) 77 99 66, Fax 77 99 65, **E-Mail:** torfkurier@t-online.de; **37085 Göttingen, Redaktion Göttingen,** Kai Böhne, Wilamowitzweg 3, ☎ (0551) 5 75 46; **49008 Osnabrück, Redaktion Osnabrück,** Herrmann Cropp, Postfach 18 11, ☎ (05402) 73 73, **E-Mail:** packpapier.verlag@t-online.de; **50679 Köln, Redaktion Köln,** Heinz Weinhausen, Helenwallstr. 20a, ☎ (0221) 88 18 90, **E-Mail:** h.weinhausen@link-k.de; **53119 Bonn, Redaktion Bonn,** Thomas Faßbender, Im Tannenbusch 5, ☎ (0228) 987 52 10, **E-Mail:** vzs5ek@uni-bonn.de; **60313 Frankfurt, Redaktion Rhein/Main,** netz Hessen, Uwe Weppler, Schäfergasse 46, ☎ (0 69) 131 04 07, Fax 131 04 08; **Redaktion Saarland, AKTION 3. Welt Saar,** 66674 Losheim, Weiskirchener Str. 24, ☎ (06872) 99 30 56, Fax 99 30 57 und Netzwerk Selbsthilfe Saar e.V., 66111 Saarbrücken, Nauwieser Str. 19, ☎ (06 81) 37 15 02; **69035 Heidelberg, Redaktion Heidelberg,** Postfach 10 45 20, ☎ (06221) 16 24 67, Fax 16 44 89; **69434 Hirschhorn, Redaktion Neckar/Odenwald,** Stefan Riedel, Neckarsteinacher Str. 38x, ☎ (06272) 36 48, Fax 69 35; **71729 Erdmannshausen, Redaktion Stuttgart,** Peter Streiff, Im Esper 22, ☎ (0 71 44) 33 22 56, **E-Mail:** p.streiff@link-n.cl.sub.de; **90429 Nürnberg, Redaktion Franken,** Kurt Regenauer, Imhoffstr. 22, ☎ (0911) 26 77 68, **E-Mail:** k.regenauer@suedschiene.de, **Internet:** www.suedschiene.de

Fachredaktionen :

Genossenschaften: 79102 Freiburg, Burghard Flieger, Erwinstr. 29, ☎ (0761) 70 90 23 · Fax 70 90 84, **E-Mail:** genossenschaft@t-online.de; **Jugendumweltbewegung:** 27283 Groß Hutbergen, Post Hönisch, Peter von Rüden, Armin Torbecke, Thedinghauser Str. 13, ☎ (04231) 48 78, Fax 48 79, **E-Mail:** p.rueden@link-n.cl.sub.de; **Sozialpolitik:** 88142 Wasserburg, Dieter Koschek, Dorfstr. 25, ☎ (0 83 82) 88 78 75; **Tauschringe:** 49504 Lotte-Halen, Klaus Kleffmann, Hasenkamp 30, ☎ (0 54 04) 61 97, Fax 48 22, **E-Mail:** privatier@t-online.de; **Selbstorganisierte Lebensgemeinschaften:** 10777 Berlin, Elisabeth Voß **E-Mail:** elisv10777@aol.com; **Regionalentwicklung und Landwirtschaft:** 28309 Bremen, Bernd Hüttner, Zur Dampfmühle 8, ☎ (04 21) 45 16 96

V.I.S.D.P.: Dieter Poschen, über CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Für Beiträge, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, übernimmt der/die Autor/in die Verantwortung.
Eigenverlag; alle Nachdruckrechte bei CONTRASTE e.V., Heidelberg
Anzeigenverwaltung: Dieter Poschen, c/o CONTRASTE e.V., ☎ (06221) 18 34 02; Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 5/98
Herstellung:
Zündsatz GbR, Gaisbergstr. 97, 69115 Heidelberg;
Bildredaktion: Ute Berthold, c/o CONTRASTE
Druck: Caro-Druck, Kasseler Str. 1A, 60486 Ffm

E-Mail:
CONTRASTE@t-online.de
Internet:
http://www.nadir.org/nadir/periodika/contraste/

Endredaktion:
☎ (06221) 18 34 02
Vertrieb:
☎ (06221) 16 24 67
Telefax:
☎ (06221) 16 44 89

ALTERNATIVE ÖKONOMIE

NIEDERKAUFUNGEN

Anders leben – anders arbeiten Leben in der Kommune
Die Kommune Niederkaufungen ist eine seit 11 Jahren bestehende Lebens- und Arbeitsgemeinschaft von derzeit 70 Personen.
An diesem Wochenende wird es um Fragen gehen wie:

- Eine Kasse – und das funktioniert?
- Entscheidungen treffen ohne ChefIn und Abstimmungen?
- Geht im Kollektiv nix oder alles schief?
- Die Kleinfamilie – Hort des letzten Glücks oder Beziehungssackgasse?

Wir haben zwar keine fertigen Antworten, aber mittlerweile viele Erfahrungen im kommunitären Miteinander gesammelt und richten uns mit diesem Seminar an Leute, die Anregungen für ihre eigene weitere Lebensgestaltung suchen und Lust haben, sich mit alternativen Lebensformen auseinanderzusetzen.
Termine: 11.-13.6.99, 27.-29.8.99, 1.-3.10.99

Los geht's: Selbstbestimmt leben – Gruppen gründen
Mit diesem Motto lädt die Kommune Niederkaufungen zu Pfingsten (20.-24.5.99) Menschen ein mit der Idee, neue Gemeinschaftsprojekte zu gründen. Utopien können ausgetauscht bzw. direkt erlebt werden; Gleichgesinnte können sich finden, um ihre Träume gemeinsam zu verwirklichen. Bestehende Gruppen helfen dabei mit Rat und Tat. Zur Unterstützung der Veranstaltung werden auch SpenderInnen und Sponsoren gesucht.
Information & Anmeldung:
Tagungs- und Begegnungshaus Niederkaufungen, Kirchweg 1, D-34260 Kaufungen
☎(0 56 05) 80 07 30, Fax 80 07 40

GRAFISCHE BETRIEBE

Frühlingstage 1999
Themen:

- Ausbildung/Weiterbildung
- Finanzierung/Eigenkapital
- Selbstverwaltung
- Umweltbewußtes Produzieren/ Öko-Audit
- Digitale Druckvorstufe

Termin: 21.-24.5.99, Andechs
Information & Anmeldung:
Ulenspiegel Druck & Verlag GmbH, Besengassl 4, D-82346 Andechs
☎(0 81 52) 33 66, Fax 53 52

NETZ

Im Team erfolgreich
Erfolgreiche Teams vollbringen auch unter schwierigen Bedingungen außerordentliche Leistungen. Themen dieses Trainings sind: Teambildung; Teamphasen und Teamentwicklung; Zielklarheit; Leitung, Verantwortung und Delegation im Team; Entwicklung eines »Wir-Gefühls«; Bearbeitung von Störungen und Konflikten. Lernen Sie, die Zusammenarbeit Ihres Teams zu fördern und zu verbessern.
Termin: 19.-21.5.99, Bonn

Führen, Motivieren, Delegieren
Sie führen erfolgreich, indem Sie Ihre MitarbeiterInnen erfolgreich machen. Als Führungskraft gilt es, fachliche Kompetenz und soziale Kompetenz zu verbinden. Das setzt neue Maßstäbe für die Vorgesetztenrolle. Lernen Sie, Ihre Mitarbeiter zu motivieren, situativ zu führen, richtig zu delegieren und Zielvereinbarungen zu treffen. Ziel dieses Seminars ist es, Ihren individuellen Führungsstil weiterzuentwickeln und Ihre Qualitäten als »Coach« zu verbessern.
Termin: 7.-9.6.99, Bonn

Die Lernende Organisation und ihre fünf Disziplinen
In diesem Seminar bieten wir eine Einführung in fünf Kerndisziplinen: Personal mastery, Mentale Modelle, Vision, Teamlernen, Systemdenken. Über theoretische Kurzinfos, Computersimulation, Reflexionen unter Einbezug des Teilnehmerhintergrundes werden die Grundzüge des Modells vermittelt.
Termin: 18.-20.6.99, Bonn

Was fördert die EU im nächsten Jahrtausend?
Unter dem Schlagwort Agenda 2000 werden zur Zeit die neuen Programme der EU für die Jahre 2000 bis 2005 geschrieben. Das Seminar informiert über den aktuellen Stand der Diskussion.
Termin: 25.6.99, Hannover
Information & Anmeldung:
Netz e.V., Schildstr. 12-19, D-28203 Bremen
☎(04 21) 794 90 44, Fax 749 90 46
E-Mail: netz@aries.de
Internet: http://www.aries.de

MEDIENARBEIT

Homepage mit »Frontpage«
Professionelles Layout von Web-Seiten mit der Software »Frontpage«: Sie planen die Dokumente und ihre Verknüpfung, wählen Designs, setzen Links und Anker und binden Grafiken ein.
Termin: 29.-30.5.99, Frohburg (b. Leipzig)
Information & Anmeldung:
Münchener Medienladen, Postfach 19 04 18, D-80604 München
☎(0 89) 167 51 06, Fax 13 14 06
E-Mail: g.hooffacker@link-m.de
www.hooffacker.de

ÖKODORF-INSTITUT

Seminar zur Gemeinschaftssuche / -gründung
Termin: 9.-11.7.99, Lebensgarten bei Hannover

22.-29.Mai 99: Zu den ÖKODORF-Festivals 97+98 gab es motivierende Feedbacks & Wünsche, solche Begegnungen von Gemeinschaften und InteressentInnen häufiger stattfinden zu lassen. Deshalb organisieren wir 1999 zwei ÖKODORF-Festivals: Pfingsten in Gemeinschaft am Bodensee; 6.-12.August in Gemeinschaft bei Mainz; beide Gemeinschaften mit je 20jähriger Erfahrung.

24.-26.Sept. 99: Seminar der Delphin-Gemeinschaft zur Gemeinschaftssuche / -gründung in Hausen /Schwarzwald.
Info: Ökodorf-Institut, Bergwerkstr. 33, D-79688 Hausen
☎/Fax (0 76 22) 67 13 22

JUNGE LINKE

Wie rechts sind rote Fahne und schwarzer Block?
»Drum linkszwo drei, weil auch du ein Arbeiter bist...«. Noch immer singen Linke mit Inbrunst an sich ziemlich merkwürdige Lieder auf Demos. Und rufen solche Sprüche wie »Hoch die internationale Solidarität!«
Was ist damit eigentlich gemeint? Die Solidarität zwischen Deutschland und den USA oder gegen den »Yankee-Imperialismus« und für die »unterdrückten Völker«? Sind nicht alle Nationen scheiße, warum nur die in der »Dritten Welt« nicht? Überhaupt bringen sich Tag für Tag viele Menschen um, wenn es um die Fragen nationaler Identität und Zugehörigkeit geht. Warum ist es so ein tolles Gefühl, wenn »wir« mit mehreren tausend DemonstrantInnen gemeinsam die gleichen Parolen brüllen und »geschlossen« marschieren?
Innerhalb der linken Bewegung gibt es viele Identitäten und Bezugspunkte. Zwar werden die meisten »links« nicht durch das zufällige Lesen schlauer Theorieabhandlungen, sondern durch die Anziehungskraft alternativer Subkulturen. Trotzdem bleiben Identitäten immer Zwangsverhältnisse.
Auf dem Seminar wollen wir einige Identitätswege wie z.B. linken Nationalismus, Regionalismus, strukturellen Antisemitismus oder postfeministische Menstruationsesoterik nachzeichnen und versuchen, Kriterien zu linker Bewertung davon zu finden. Desweiteren wollen wir der Frage nachgehen, ob es Identitäten geben kann, auf die sich mensch positiv beziehen kann und ob »linke« Politik ohne Identitäten überhaupt möglich ist.
Termin: 29.-30.5.99, Castrop-Rauxel

Nie wieder Krieg!? ohne Deutschland!??
Als 11 Jahre nach Ende des 2. Weltkrieges alle Schwüre »Nie wieder Krieg!« verdrängt waren, das Grundgesetz seine erste große Revision erfuhr und mit den stimmen der SPD die Remilitarisierung beschlossen wurde, konnte die Friedensbewegung einen kleinen Erfolg erzielen: Zumindest der Angriffskrieg blieb geächtet, das Grundgesetz verpflichtete die Bundeswehr zu reinen Verteidigungsaufgaben. Als 11 Jahre später die SPD ein weiteres Mal umfiel und mit den Notstandsgesetzen auch Einsätze der Bundeswehr bei innergesellschaftlichen Konflikten ermöglichte, blieb diese Verteidigungsanbindung der Bundeswehr noch unberührt.
Noch bevor Gerhard Schröder 1998 Kanzler wurde, stimmten SPD und Grüne für einen verfassungs- und völkerrechtswidrigen NATO-Einsatz im Kosovo. Fünfzig Jahre nach ihrer Gründung kann die BRD ihre Armee wieder ohne Verteidigungsbindung weltweit einsetzen.
Die Remilitarisierung der bundesdeutschen Gesellschaft war wie kaum ein zweiter Bereich von heftigen Auseinandersetzungen begleitet. Die Friedensbewegung mobilisierte Millionen von Menschen auf die Straßen. Auf der anderen Seite standen die Militärs – zum großen Teil in der Tradition des Faschismus –, das ganz große Kapital und eine politische Elite, die auch innergesellschaftlich Interesse am militärischen Apparat hat. Auf dem Seminar soll verständlich werden, warum dies so ist. Mit einem Blick auf die Erfolge der Friedensbewegung wollen wir aber auch über Handlungsperspektiven dikutieren.
Termin: 29.-30.5.99, Castrop-Rauxel

Kultur und Subver[illegible] Jugendkultur und die politische Strategie der Rechten
Rechtsextreme Gruppen haben schon seit einiger Zeit erkannt, wie wichtig das kulturelle Umfeld [illegible]ugendlichen ist. Im Rahmen der Strategie der Schaffung sogenannter »national-befreiter Zonen« in Ostdeutschland haben sie daher viel Wert auf die Erlangung der kulturellen Hegemonie unter Jugendlichen gelegt. Damit waren sie in erschreckendem Ausmaß erfolgreich. Rechte Weltbilder sind in vielfältiger Weise vermittelt über Musik, aber auch über bestimmte Formen der Freizeitgestaltung und des Outfits fester Bestandteil ostdeutscher Alltagskultur geworden.
Der Erfolg liegt gerade darin, daß nicht nur bei einer kleinen Gruppe aggressiver Jugendlicher sondern auch bei scheinbar ganz »normalen« Leuten nationalistische und rassistische Denkmuster fest verankert worden sind.
Im Seminar soll diese Strategie der Rechten genau beleuchtet werden. Wir werden uns dazu auch einige rechte Bands und ihre Texte ansehen. In einem theoretischen Teil wird es um die Entstehung von Kultur gehen und das Wechselspiel von Kultur und Bewußtseinsbildung. Die Rolle der Kultur im Zuge von politischen Veränderungen wird leider auch von Linken oft verkannt.
Daher soll es auch darum gehen, welchen Stellenwert die Einflußnahme auf Jugendkultur für emanzipatorische Politik hat und in welchem Verhältnis eine mögliche aktive Kulturarbeit zum aufklärerischen Anspruch radilkaldemokratischer Politik steht.
Termin: 12.-13. Juni 99, Gelsenkirchen
Information & Anmeldung:
Ludwig Quidde Forum, Kieler Str. 29c, D-42107 Wuppertal
☎(02 02) 45 50 54, Fax: 45 11 23

SOMMERCAMP

Heraus zum 4. anarchistischen Sommercamp!
Nach den letzten drei @-Camps in Hamburg und Berlin werden wir 1999 die Kontinuität der anarchistischen Sommertreffen weitertragen und an die Erfahrungen und Erfolge der letzten Jahre anknüpfen. Deshalb veranstalten dieses Jahr Braunschweiger AnarchistInnen das Treffen vom 30.7.-8.8.99 in der Nähe von Hannover, der Stadt der EXPO 2000.
Info: @-Camp-Vorbereitungsgruppe, c/o Ökoscouts, Madamenweg 168, D-38118 Braunschweig
☎(05 31) 8 29 09, Fax 89 66 77
E-Mail: a-camp@gmx.de

6. PFINGSTCAMP

Auch 1999 findet in Thüringen wieder das JugendUmweltPfingstcamp statt.
Termin: 20. bis 25. Mai 1999
Informationen:
Öko-Camp e.V., Schillergäßchen 5, D-07745 Jena
☎/Fax (0 36 41) 44 93 04

BEYOND GROWTH

Die aktuelle Auseinandersetzung über angebots- und nachfrageorientierte Wirtschaftspolitik verdeckt, daß Politik nach wie vor auf Wachstum setzt. Gleichzeitig ist nachhaltige Entwicklung heute als gesellschaftliches Ziel weitgehend akzeptiert. Hier besteht ein oft übersehenes Dilemma: Wenn nachhaltige Entwicklung eine reduzierte Nutzung der natürlichen Umwelt bedeutet, ist Wirtschaftswachstum als gesellschaftlicher Problemlöser nicht mehr ohne weiteres verfügbar. Ob Technologie dauerhaft in der Lage ist, Wirtschaftsleistung und Umweltverbrauch voneinander zu entkoppeln, ist eine offene Frage. Dieses Spannungsfeld ist Thema der Konferenz »Beyond Growth«, die vom 24. bis 26. September 1999 in Berlin stattfinden wird. Die Konferenz soll wissenschaftliche Analysen und politische Kontroversen verbinden. Dabei sollen auch solche Probleme in Angriff genommen werden, die im politischen Tagesgeschäft in der Regel nicht hinterfragt werden.
Info: Umweltbildungshaus Johannishöhe, D-01737 Tharandt
☎(03 52 03) 3 71 81
eMail: gl.johannishoehe@LINK-DD.cl.sub.de

INTERNATIONALISMUS

Landlose Menschen – Opfer der Globalisierung
An dem Wochenende soll ein kurzer Überblick über die landlosen Menschen aus Guatemala, Ecuador, Mexiko und Brasilien, von 1910 bis heute gegeben werden. Ausserdem wird referiert über:

- die Entrechtung und Entmündigung der Kleinbauern und Kleinbäuerinnen, sowie der SaisonarbeiterInnen,
- die heutige Widerstandsaktionen der Landlosenbewegung in Brasilien, am Beispiel der betroffenen Frauen
- die gegenwärtige Situation in Chiapas
- Entwicklung der Globalisierung (NAFTA)

Termin: 28.-30.5.99
Information & Anmeldung:
COLPO, anarchistische Aktions und Medienwerkstatt, Kreuzbergstr. 43, D-10965 Berlin
☎/Fax (0 30) 785 91 81

AUSTRIA

Von der Konsumabhängigkeit zur regionalen Ökonomie
Do 3. 6. bis So 6. Juni 1999 im Bildungshaus St. Georgen, 9313 St. Georgen am Längsee in Kärnten
Information & Anmeldung:
Mag. Reinhard Pichler, Bildungshaus St. Georgen, A-9313 St. Georgen a. L.
☎++43(0)42 13/2046-39
Fax: ++43(0)42 13/2046-46
e-mail: »Reinhard Pichler«
a8801920@unet.univie.ac.at

MANNHEIM

Gedanken über die Arbeit im Kapitalismus
Schon 1884 sagte der Sozialexperte Adler: »Der Gedanke, das Mäßigung etwas schönes sei, soll nicht an Boden gewinnen, und deshalb darf die Unterstützung nur das Existenzminimum gewähren; der Arbeiter, der bei voller Gesundheit untüchtig ist, soll Entsagung üben.«
»Was muß den Menschen angetan werden, damit an die Stelle all seiner Fantasien und Möglichkeiten zwei Funktionen treten: Arbeit und Kaufen« (R.Trampert)
»Der Kapitalismus kann viele Millionen Menschen nicht in den Produktionsprozeß integrieren. Für seinen Gesamtbetrieb liegt die profitabelste Lösung im schnellen Tod der überflüssigen Menschen« (R. Trampert)
Referent: Rainer Trampert (Hamburg)
Termin: Freitag, 21.5.99, 19.30 Uhr, Cafe Filsbach I6, 1-2, Mannheim

Karawane »Geld oder Leben«
Die Karawane »Geld oder Leben« bahnt sich den Weg aus der Schweiz nach Köln. Sie ist ein bunt zusammengewürfelter Haufen aus Bauwägen, Traktoren und Fahrrädern und will durch ihre Fahrt, auf den EU-Gipfel und vor allem auf die Gegenaktivitäten aufmerksam machen. Denn das »vereinigte Europa« ist alles andere als ein Friede-Freude-Eierkuchen-Projekt, wie es uns von der Politik und der Wirtschaft verkauft wird.
Um unseren Protest gegen das vereinigte Europa auf die Straße zu tragen, treffen wir uns am 26.5.99 um 17 Uhr am Wasserturm Mannheim zu einer Demonstration mit Fahrrädern, Skatebord, Inline-Skates, etc. um die Karawane gebührend zu empfangen.

NEUE ARBEIT

Ziel der Projektwerkstatt »Neue Arbeit« vom 27. bis 29.5.99 ist es, daß sich Projekte, Initiativen und interessierte Einzelpersonen kennenlernen und sich gemeinsam über wissenswertes austauschen. Es sollen auch die Probleme erörtert werden, mit denen die im Bereich der Neuen Arbeit agierenden Projekte täglich konfrontiert werden. Als Beispielprojekt wird das Projekt *workstation* – Ideenwerkstatt Berlin e.V. vorgestellt. Vor allem wollen wir über unseren Kreis hinaus deutlich machen, daß der Phantasielosikeit der Mehrheit der Gesellschaft und der EntscheidungsträgerInnen viel entgegenzusetzen ist!
Zu den einzelnen Programmpunkten

- Das Offene Atelier ist ein selbständiges Projekt in der Trägerschaft von *workstation* und stellt sich erstmalig mit einer eigenen Ausstellung vor (27.5.99)
- Am Freitagvormittag findet im Rahmen der Veranstaltung »Langes Leben – kurzer Sinn« auf dem Gelände der Ufa Fabrik in der Viktoriastrasse 10-18 in 12105 Berlin-Tempelhof ein workshop zum Thema »Theorie und Stand der Praxis der Neuen Arbeitsgesellschaft« statt.
- Anschließend ist Zeit zum Mittagessen (entweder dort auf dem Gelände oder nach Wahl)
- Für den Nachmittag ist ein EntwicklungsForum angedacht. Das EF ist ein Anschubinstrument aus dem *workstation*-Konzept und soll der praktischen Umsetzung von Projekten Nachdruck verleihen. Über dieses Brainstorming können vielleicht Modelle entstehen, wie Projekte der Neuen Arbeit auf die Füße gestellt werden können.
- Die Veranstaltungsräume, soweit noch nicht genannt, werden rechtzeitig bekanntgegeben bzw. zu erfragen sein. Da workstation aus Berlin-Kreuzberg kommt, bemühen wir uns um Räumlichkeiten in der Umgebung.

Um Rückmeldung für die Teilnahme an den Veranstaltungen wird gebeten !
Verpflegung und Unterkunft sind selbst zu tragen. Wir geben natürlich gerne Tips zur Unterbringung.
Information & Anmeldung:
Frauke Hehl, Naunynstrasse 27, 10997 Berlin
☎(0 30) 616 599 07, fax 616 599 06
E-Mail: work.station@berlin.de

Agenda, Nachhaltigkeit, Mensch-Natur-Technik:
Hat Umweltschutz nix anderes mehr zu bieten?
perspektiven
Doch!
Perspektiven radikaler, emanzipatorischer Umweltschutzarbeit
4-6mal jährlich.
Beiträge zur Theorie emanzipatorischer Umweltschutzarbeit, Praxis, Termine, Einmischung in die aktuelle Umweltschutzdebatte. Umweltschutz als Teil gesellschaftlicher Bewegung.
Abo (einschl. Beilage "Ö-Punkte"): 40 DM/Jahr. Aktuelle Ausgabe: 6 DM in Briefmarken.
Projektwerkstatt, Ludwigstr. 11, 35447 Reiskirchen-Saasen

CONTRASTE

JETZT ABONNIEREN: Ich/Wir abonniere/n CONTRASTE zum fortlaufenden Bezug zum jährlichen Bezugspreis von 80,– DM bzw. 650 ÖSh (incl. Versand). Das Abonnement verlängert sich automatisch um weitere 12 Monate, wenn es nicht mindestens **3 Wochen vor Ablauf schriftlich** gekündigt wird.

Name:
PLZ, Ort, Straße:
Gruppe/Betrieb/Beruf:
Datum: Unterschrift:

Zahlungsweise (zutreffendes bitte ankreuzen)
☐ **Einzugsermächtigung:** Ich erkläre mich damit einverstanden, daß die Abonnementgebühren von meinem Konto abgebucht werden.

Kontoinhaber:
Geldinstitut:
Konto-Nr.: BLZ:

Diese Einzugsermächtigung wird ungültig, wenn ich sie **schriftlich** widerrufe.

Datum: Unterschrift:

☐ **Gegen Rechnung.** Ich zahle sofort nach Erhalt der Rechnung. **Bitte keine Vorauszahlung auf unser Konto !**
☐ **Ein Verrechnungsscheck liegt dieser Bestellung bei.**

Diese Bestellung kann **innerhalb von 7 Tagen schriftlich** widerrufen werden.
Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Davon habe ich Kenntnis genommen.

Datum: Unterschrift:

Coupon ausgefüllt an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg, einsenden.

SCHNUPPERABO

CONTRASTE zum kennenlernen? Gegen 10 DM in Briefmarken/ Schein bekommt Ihr CONTRASTE drei Monate frei Haus. Das Schnupperabo ist befristet und läuft automatisch aus. Also, 10 DM mit Eurer Anschrift und dem Vermerk »Schnupperabo« an nebenstehende Vertriebsanschrift einsenden.

Zum Verbleib bei der/dem BestellerIn
Ich habe am ..... die Zeitung CONTRASTE zum jährlichen Bezugspreis von 80,-DM abonniert. Ich weiß, daß ich das Abonnement innerh. von 7 Tagen schriftlich widerrufen kann.
Dazu genügt eine Postkarte an: CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg